

PARITÄTISCHER RUNDBRIEF



4. QUARTAL 2019

Es geht nicht nur ums Geld
Wie Armut Menschen ausgrenzt –
und was wir dagegen tun können



Freiwilligentage
Berlinweites Engagement



Mehr Geld für Sozialausgaben
Ulrich Schneider im Interview



Hilfe am Telefon
Silbernetz e. V. berät



Bildquellen unter: www.paritaetjob.de/Bildverzeichnis

ParitätJob.de – Ihr Stellenportal für Sozial- und Pflegeberufe

bei Mitgliedern des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin

Finden Sie Ihren Job in der Wohlfahrtspflege in Berlin!
Die Stellenangebote Paritätischer Mitglieder – für Sie zusammengefasst auf einer Webseite

Jetzt suchen und gleich bewerben!

ParitätJob.de

 **DER PARITÄTISCHE
BERLIN**

Es geht nicht nur ums Geld

Wie Armut Menschen ausgrenzt – und was wir dagegen tun können

Was heißt es, arm an etwas zu sein? Die meisten Menschen denken bei dem Wort Armut zunächst an finanzielle Armut. Doch das ist nur ein Aspekt.

Es gibt auch Informations-, Kontakt-, Bildungs- und Bindungsarmut. Der Besitz von sozialem Kapital ist enorm wichtig, denn es betrifft all die Werte und Dinge, die in unserem Leben zählen: soziale Beziehungen, Familie, Freunde, Zugang zu Informationen, Vertrauen zu anderen entwickeln und es von anderen gewinnen. Es ist einfacher, an Geld zu kommen, auch wenn es nur wenig ist, als an soziales Kapital. Erschwerend kommt hinzu, dass soziales Kapital abhängig ist von finanziellem.

Existenzielle Armut, die in Ländern des afrikanischen oder asiatischen Kontinents vorkommt, wo Menschen so gut wie nichts haben, keine Unterstützung bekommen und jeden Tag um ihr Überleben kämpfen müssen, gibt es hier bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr.

Dennoch: Wer wenig Geld hat, muss sich oft einschränken. Es ist gänzlich falsch, das gleichzusetzen mit bildungsfern oder sozial schwach! Viele Singles, viele Familien oder Alleinerziehende holen sich in Netzwerken genau die Unterstützung, die sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen. Sie wissen: im Stadtteilzentrum gibt es Ferienfreizeitkurse für die Kinder, in der Bibliothek gibt es das Buch umsonst. Einige Eltern wissen das, andere nicht.

Dieses Wissen, dieses soziale Kapital macht auch einen Unterschied, wenn es um die Vererbung von Armut geht. Studien zeigen: Armut wird oft an die nächste Generation weitergegeben. Kinder, die netzwerkende Eltern haben, profitieren von den erlebten Erfahrungen und vom Wissen ihrer Eltern.

Was heißt das im Alltag für unsere Paritätischen Mitgliedsorganisationen? Sie beziehen Eltern überall ein, wo es möglich ist: in Kurse, in Treffen bei Stadtteilzentren, bei Nachbarschaftstreffs. Die Art, wie Eltern ihr Leben meistern, hat Vorbildfunktion für ihre Kinder. Soweit die persönliche Verantwortung.

Und die gesellschaftliche? Warum darf uns Armut nicht gleichgültig sein? Weil sie das friedliche und vertrauensvolle Zusammenleben aller in Frage stellt und gefährdet. Menschen leben am besten in Gesellschaften zusammen, in denen Informationen, Beziehungen und Geld gleichmäßiger verteilt sind.

Zugespißt gefragt: Würden nicht in einer kommunistischen Gesellschaft, in der die Mittel, zumindest theoretisch fast gleich verteilt wären, die Menschen am unverbrüchlichsten zusammenhalten? Die Antwort liegt auf der Hand: Wenn alle gleich sein müssen, wäre das eine erzwungene, politisch verordnete Gleichheit, die Menschen zu Ameisen macht. Sie müssen funktionieren und konsumieren nach Plan von oben. Und wer im Weg steht und mehr und anderes will, wird zertreten.

Wir leben im Großen und Ganzen in einer freiheitlichen und sozial orientierten Gesellschaft, in der Wohlstand, erwor-

ben durch günstige Umstände und Talente, mit anderen in sozialer Verantwortung geteilt wird. Das schafft Zusammenhalt! Und es funktioniert nicht nur über höhere Steuern für Wohlhabende und Verzicht auf Steuerhinterziehung, sondern auch, indem das soziale Kapital geteilt wird. Wohnquartiere müssen durchmischt bleiben oder es wieder werden, damit beispielsweise bei Schulbesuchen Kinder und Eltern in Kontakt und Gespräch kommen, unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist. Segregation, als räumliches Auseinanderdriften der Einkommensgruppen, ist nicht gut.

Und schließlich wirkt Arbeit gegen Armut. Rentner, die länger arbeiten wollen und könnten, sollten das auch dürfen. Alter sollte nicht zwingend zur Verrentung führen müssen. Geringverdiener und Menschen brauchen oft bessere berufliche Perspektiven. So bringt unser Netzwerk Work for Refugees Geflüchtete und mögliche Arbeitgeber auf einer Jobbörse zusammen. Bei der Aktion Schichtwechsel können Menschen aus Unternehmen ihren Job für einen Tag mit Menschen mit Einschränkungen aus einer Werkstatt tauschen. All das fördert Jobs, das Verständnis füreinander, Empathie. Es ist integrativ.

Noch einige Worte in eigener Sache zum Thema anonymes Schreiben über »unhaltbare Zustände« im Paritätischen Berlin, im August in Umlauf gebracht, gerichtet an Medien und Politik. Darin werden Vorwürfe gegen einzelne Personen im Verband und gegen

den Verband allgemein erhoben.

Da Vorwürfe, auch aus anonymen Quellen, zutreffen könnten, haben wir sie mit der Geschäftsführung im Vorstand, Beirat, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, intensiv geprüft, obwohl das Schreiben in der Diktion übler Nachrede und Verleumdung verfasst war. Ergebnis: Die behaupteten Tatsachen erwiesen sich als unwahr. Das Schreiben war in der Absicht verfasst worden, dem Ruf des Verbands zu schaden.

Vor Verleumdungen und übler Nachrede ist niemand, auch keine Organisation, geschützt. Wovor man sich schützen kann ist, dass Verleumdungen und Behauptungen der Wahrheit entsprechen.

Wie nun weiter? Wie bisher, indem wir unsere Pflichten und Aufgaben mit Engagement und Sorgfalt erfüllen.

Ihre

Barbara John

Barbara John



Barbara John ist Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin

FOTO: HOLGER GROSS / DER PARITÄTISCHE BERLIN

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin in den sozialen Medien

Den Paritätischen finden Sie auch auf Facebook und Twitter. Wenn Sie tagesaktuelle Nachrichten über uns und unsere Mitglieder erhalten möchten, laden wir Sie ein, uns zu liken oder zu folgen:



ParitaetBerlin

Wir nutzen eine Gender-schreibweise, die auch Barrierefreiheit und eine gute Lesbarkeit ermöglichen soll. Die Bezeichnung von Personengruppen schließt sowohl männliche, weibliche, als auch lesbische, schwule, bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) explizit ein.

Impressum

Herausgeber:

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e. V.
Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin
Tel.: 030 8 60 01-0, Fax: 030 8 60 01 110
paritaet-berlin.de
info@paritaet-berlin.de
Geschäftsführung: Dr. Gabriele Schlimper

Verantwortlich:

Anja Wotzlaw, Mitarbeiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, und Kathrin Zauter, Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 030 8 60 01 130
wotzlaw@paritaet-berlin.de

Der Paritätische Rundbrief erscheint alle drei Monate. Bitte senden Sie Pressemitteilungen und Beiträge per Mail an die Redaktion (wotzlaw@paritaet-berlin.de).

Rundbrief 1/2020
Redaktionsschluss: 14. Dezember 2019

Layout und Satz:

unicom werbeagentur gmbh
unicom-berlin.de

Titelbild:

Großes Bild: Familie mit Kind, Foto: Susanne Tessa Müller; kleine Bilder (v.l.): Blumenbinden der Sozialstiftung Köpenick, Foto: Reginald Gramatté; Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V., Foto: Der Paritätische Gesamtverband; Silbernetz-Rufnummer hilft gegen Einsamkeit, Foto: Silbernetz e. V.

Herstellung:

Union Sozialer Einrichtungen gemeinnützige GmbH

Gedruckt auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Papier. Der Rundbrief hat eine Auflage von 1500 Stück. Der Verteiler umfasst alle Mitgliedsorganisationen der Paritätischen Landesverbände Berlin und Brandenburg. Weitere Adressaten: Gesellschaftliche Institutionen, Verbände, Verwaltung, Einrichtungen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der Rundbrief wird unter paritaet-berlin.de veröffentlicht.

Links führen zum Teil auf externe Seiten. Wir übernehmen keine Haftung für Inhalte Dritter.

PARITÄTISCHER RUNDBRIEF



Landesgeschäftsstelle

Ein Feuerwerk der Kreativität:
Über 500 Gäste besuchten die Parité-Gala auf dem Pfefferberg.

Seite 14



Berliner Freiwilligentage

Putzaktionen, Diskussionsrunden, Kieztouren, Bastelprogramm und vieles mehr: 300 Aktionen bei den Berliner Freiwilligentagen

Seite 16

6 – 14, 20

Landesgeschäftsstelle

- Herzlich willkommen beim Paritätischen!
- Änderungen und neue Mitglieder
- Dr. Gabriele Schlimper: Was uns bewegt
- Neue Paritätische Netzwerke
- Filmpremiere »Systemsprenger« mit Podiumsdiskussion zur Kinder- und Jugendhilfe
- Start der Kältehilfessaison
- Salon Sozialer Träger – Genossenschaften als Partner sozialer Träger
- Parité-Gala mit internationalen Künstlern
- Neues Förderangebot der Aktion Mensch »Internet für alle«

15 – 20

Gemeinsame Sache – Berliner Freiwilligentage

- Abschlussfeier für die Gemeinsame Sache – Berliner Freiwilligentage
- Rückblick: mehr als 300 Aktionen bei den Freiwilligentagen

21 – 22

Neues aus der Geschäftsstelle Bezirke

- Empfehlungen zur Entwicklung einer Engagement-Strategie
- Neuer Stadtteilzentrenvertrag für Marzahn-Hellersdorf
- Workshop zur Unterstützung von Fundraising

23 – 24

Gesamtverband

- Paritätisches Jahresgutachten: Tiefer werdende Kluft zwischen Arm und Reich
- Begrenzung des Eigenanteils in der Pflege

24 – 26

Ältere Menschen

- Interessenvertretung älterer Menschen
- Projekt »Hospiz macht Schule«
- Neujahrskonzert der Volkssolidarität

27

Frauen

- Sexuelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit

28 – 30

Gesundheit

- Fruchtbarkeitserhaltung bei krebserkrankten Menschen
- »Checkpoint BLN« mit Angeboten zur HIV-Prävention
- Bilanz: ein Jahr Therapiezentrum der Deutschen Rheuma-Liga Berlin

31 – 52

Schwerpunkt: Wie Armut Menschen ausgrenzt – und was wir dagegen tun können

- Einführung: Interview mit Ulrich Schneider, Geschäftsführer Paritätischer Gesamtverband
- Kinder und Familien
 - ▶ Studie »Verschlossene Türen« belegt wachsende soziale Ungleichheit
 - ▶ Grundlegender Wechsel statt ständiger Bastelei
 - ▶ Programm »KinderZukunft«
 - ▶ Familienfördergesetz für das Land Berlin
 - ▶ Deutscher Kinderschutzbund für Kindergrundsicherung
 - ▶ Alleinerziehend – und zurück in den Beruf?
 - ▶ Strategie gegen Kinderarmut – von Michael Grunst, Bezirksbürgermeister Lichtenberg
- Hilfe bei Jugendarmut
- Erwerbsarmut: Wenn die Arbeit nicht zum Leben reicht
- Sich ein Zuhause leisten können
 - ▶ Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
 - ▶ Leitlinien zur Wohnungslosienpolitik
- Straffälligkeit: Gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik
- Schuldnerberatung des Deutschen Familienverbands

4. QUARTAL 2019



Ältere Menschen

Beim Neujahrskonzert der Volkssolidarität kann man Kunst genießen und zugleich soziale Projekte unterstützen.

Seite 26



Kindertagesstätten

Teilhabe statt Streit – von Klein an: Mittelhof e.V. hat ein Konzept zur Mediation in Kitas erarbeitet.

Seite 61

- Armut behindert Teilhabe
 - Gesundheitliche Risiken – Teilhabe trotz Armut?
 - Chronische Erkrankungen und Wiedereinstieg in den Beruf
- Armut im Alter
 - Würdevolles Leben statt Altersarmut
 - Das Angehörigen-Entlastungsgesetz
 - Was bleibt vom Leben? Unterstützung durch die Volkssolidarität
 - Der Verein Silbernetz berät telefonisch

53 – 59 Jugendarbeit und Jugendhilfe

- BTHG: Teilhabe muss finanziert werden
- Suche nach neuen Betreuungsmodellen
- Zukunft familienanaloger Angebote
- Neue Chance für Freude am Lernen: Drei Projekte gegen Schuldistanz
- Bildung und Skateboards: Der Verein Drop In stellt sich vor
- Lernen am Street College
- Chancenpatenschaften zwischen jungen Menschen
- Umfrage zu Kita- und Schulfördervereinen

60 – 62 Kita

- Stellungnahme zum Gute-Kita-Gesetz
- Mediation in Kitas
- Broschüre: Multiprofessionelle Teams

63 – 65 Kultur

- Konzertreihe »Resonanzen – internationale Klänge«
- Engagement im Circus Sonnenstich

66 – 69 Menschen mit Beeinträchtigungen

- Verein Mittendrin leben feiert Geburtstag
- Unabhängige Vertrauens- und Beschwerdestelle

- Adventsbasar der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen
- »PIA«-Preis kommt wieder

70 Migration

- #Bikeygees im Familienzentrum Lichtenrade

71 Pflege

- Sterbegleitung gehört in Verträge der ambulanten Pflege

72 Queer

- Wohnen für lesbische und alleinlebende Frauen

73 Stiftungsmittel

- Termine für Fördermittel-Direktanträge
- Termine für Seminare zum Zuwendungsrecht

74 – 75 Suchthilfe

- Fachtag und 40. Geburtstag des Vereins Tannenhof

75 – 76 Wohnungsnotfallhilfe

- Stellungnahme zum Mietendeckel
- HVD plant neue Wohneinheiten

77 Wettbewerbe und Förderpreise

78 – 83 Paritätische Akademie Berlin

- Studienangebote
- Paritätisches Kitaforum eröffnet
- Kick-Off für Netzwerk »Neue Arbeitswelten«
- Publikation: Demokratieferne Einstellungen
- Paritätische Foren und Termine
- Veranstaltungsinformationen

83 Bildungswerk Brandenburg

84 – 85 Stellenbörse

85 Fachgruppen und Arbeitskreise

86 – 87 Telefonverzeichnis

HERZLICH WILLKOMMEN!

Neuaufnahmen von Mitgliedern im Paritätischen Berlin

Berliner Verein für Integration e. V.

Cicerostraße 16a, 10709 Berlin
Telefon: 030 89 04 91 69–100
info@bgi-berlin.de
www.bgi-berlin.de

INDEPENDENT LIVING Stiftung

Sitz: Große Müllroser Str. 51a, 15232 Frankfurt (Oder)
Möllendorffstr. 52, 10367 Berlin (Verwaltung)
Telefon: 030 44 35 29–0
Fax: 030 44 35 29-11
info@independentliving.de
www.independentliving.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG e. V.)

Sewanstraße 43, 10319 Berlin
Telefon: 030 33 85 97 77
info@verband-brg.de
www.verband-brg.de

ÄNDERUNGEN

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin

Neues Wohnen im Kiez GmbH Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

neuer Name:
Neues Wohnen im Kiez GmbH
Bildung, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Elternkreise Berlin-Brandenburg EKBB e. V. Landesverband

neue Anschrift:
Stephanstr. 5, 12167 Berlin

Spastikerhilfe Berlin e. V.

neuer Name:
Cooperative Mensch e. V.

neue E-Mail:
verein@co-mensch-ev.de

neue Webseite:
www.co-mensch-ev.de

Interessengemeinschaft zur Förderung von Menschen mit Behinderung e. V.

neue Anschrift:
c/o Frau Viola Meinecke,
Richard-Wagner-Str. 38,
14513 Teltow

Gays & Lesbians aus der Türkei Berlin-Brandenburg/Berlin-Brandenburg Türkiye Eşcinseller Derneği e. V. (GLADT e. V.)

neue Anschrift:
Lützowstraße 28, 10785 Berlin

neue Geschäftsführung:
Dr. Norbert Mönter

ÄNDERUNGEN

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin

GZF Gesundheitszentrum für Flüchtlinge gGmbH

neue Anschrift:
Wildenowstraße 38, 12203 Berlin

neue Telefonnummer:
030 85 96 00 70

neue Fax-Nummer:
030 85 96 00 72

neue E-Mail:
dr.moenter@gzf-berlin.org

neue Geschäftsführung:
Dr. Norbert Mönter

ZuB Wohnhaus gGmbH

neue Anschrift:
Meraner Straße 3, 12681 Berlin

neue E-Mail:
info@zub.berlin

neue Webseite:
www.zub.berlin

Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben (GIZ)

neue Rechtsform:
Gesellschaft für interkulturelles
Zusammenleben gGmbH (GIZ).

Deutscher Diabetiker-Bund Landesverband Berlin e. V.

neuer Name:
Diabetiker Bund Berlin e. V.

Stadtteilverein Tiergarten e. V.

Anschrift lt. Vereinsregister:
Kluckstr. 11, 10785 Berlin

Abweichende Postanschrift:
Pohlstraße 91, 10785 Berlin

Alzheimer-Gesellschaft Berlin e. V.

neuer Name:
Alzheimer Gesellschaft Berlin e. V.
Selbsthilfe Demenz

KulturLeben Berlin – Schlüssel zur Kultur e. V.

neu:
c/o Stadtteilverein Tiergarten e. V.
Stephanstr. 13, 10559 Berlin

Forum Soziale Dienste GmbH

neue Anschrift:
Hauptstraße 98-99, 10827 Berlin

Herzlich willkommen beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin!

Niklas Alt ist seit Juni 2019 Bezirksbeauftragter für Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg in der Geschäftsstelle Bezirke und ist im Verband außerdem zuständig für freiwilliges Engagement

Mit welchen Erwartungen sind Sie zum Paritätischen Berlin gekommen?

Ich kannte einige Kolleginnen und Kollegen schon über Netzwerke für Engagement in der Geflüchtetenarbeit. Und ich fand es immer beeindruckend und spannend, auf wie vielen Hochzeiten der Paritätische und die Geschäftsstelle Bezirke tanzen und dabei viel bewegen. Umso schöner ist es, jetzt selbst mitzumischen.

Auf welche Aufgaben freuen Sie sich besonders? Was gehört eher zum Pflichtprogramm?

Ich bin ja jetzt schon ein paar Monate dabei – und da gibt es einige Sachen, die besonders Spaß machen: Schön ist es, wenn ein Projekt, bei dem ich mitwirke, nicht nur eine gute Medienresonanz hat, sondern bei Menschen im Kiez auch tatsächlich etwas bewegt – wie zum Beispiel die Gemeinsame Sache – Berliner Freiwilligentage. Und es gibt wenig Alltag, sondern immer wieder neue Ideen und Projekte, die wir im Team zusammen angehen, das gefällt mir gut. Es gibt aber auch schon ein paar Stapel auf meinem Schreibtisch, die sortiert und abgelegt werden wollen. Mein messbares Ziel: Bis dieses Interview erscheint, sind sie weg.

Was wünschen Sie sich für Ihr erstes Jahr beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin?

Viele Begegnungen mit inspirierenden Menschen – im Landesverband, bei den Mitgliedsorganisationen, in den Bezirken und auch in Einsatzstellen vor Ort. Ich freue mich auf den Punkt, an dem ich sagen kann: Jetzt weiß ich, was in den vielen verschiedenen Bereichen des Paritätischen passiert, zumindest grob, und kann das in meine Bezirke und in meinen Bereich einbringen.

Was haben Sie in Ihr neues Büro mitgebracht?

Bislang nur einen Kugelschreiber – da ist also noch Luft nach oben.

Sind Sie auch neu in die Stadt gekommen, oder haben Sie nur den Job gewechselt?

Ich bin schon einige Jahre in Berlin. Zeitgleich mit meinem Start beim Paritätischen bin ich umgezogen. So dass ich jetzt nicht



Niklas Alt

FOTO: KASIA DROZD

mehr vom süd-östlichen Berlin in den Nord-Westen pendele, sondern vom südlichen Westen nach Nord-Ost – und endlich alle Himmelsrichtungen abgedeckt habe.

Wie viele Namen von Kolleginnen und Kollegen konnten Sie sich bereits merken?

In der Geschäftsstelle Bezirke ging es schnell mit den Namen, da sind es ja nicht so viele. Für alle anderen schaue ich ab und zu noch auf die letzten Seiten des Rundbriefs. Aber die Male werden weniger.

Wo hat man die besten Chancen, Sie nach Dienstschluss anzutreffen?

Irgendwo in oder rund um Berlin: zum Beispiel beim Joggen auf dem Tempelhofer Feld oder im Gleisdreieckpark. Man trifft mich auch ab und zu in dem einen oder anderen Museum oder beim Spaziergehen auf der Suche nach versteckter Bauhaus-Architektur. Zu finden bin ich manchmal auch in kleinen Jazz-Bars, zum Beispiel in Neukölln, oder auch auf einem Rock-Konzert.

Was sollten die neuen Kollegen unbedingt von Ihnen wissen?

Neben meiner Bezirkszuständigkeit habe ich den fachlichen Schwerpunkt freiwilliges Engagement – der viele und manchmal auch ungeahnte Schnittmengen zu anderen wichtigen Themenfeldern hat. Darüber hinaus? Wenn ich in der Geschäftsstelle Bezirke nicht an meinem Platz sitze und die Sonne scheint, lohnt sich ein Blick auf die Gartenbank, wo ich mit Laptop sitzen könnte. ■

Wir nutzen eine Genderschreibweise, die auch Barrierefreiheit und eine gute Lesbarkeit ermöglichen soll. Die Bezeichnung von Personengruppen schließt sowohl männliche, weibliche, als auch lesbische, schwule, bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) explizit ein. ■

Was uns bewegt

Von Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin

Anschlag in Halle (Saale)

Wir verurteilen den Anschlag in Halle (Saale) und gedenken der Opfer. Gleichzeitig stehen wir unseren jüdischen Nachbarn und Freunden jederzeit zur Seite! Antisemitismus hat nicht nur gar keinen Platz in unserer Gesellschaft, im Gegenteil: Er muss in jeder Form bekämpft werden. Die Frage muss erlaubt sein: Muss eine demokratische Gesellschaft Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aushalten und dulden? Ich sage: nein. Das sind nicht bloß Meinungen, sondern Haltungen mit Folgen. Sie führen zu Verhörung, Diskriminierung und Gewalt. Sie verändern unsere Gesellschaft hin in eine Richtung, die wir ablehnen, hin zum Schlechten. Dagegen stellen wir uns – wir arbeiten miteinander und für alle Menschen!

Wohnungsnotfallhilfe

Wie kann wohnungs- und obdachlosen Menschen geholfen werden? Der Senat hat neue Leitlinien zur Wohnungsnotfallhilfe vorgelegt. Ein breites Bündnis von Akteuren, darunter auch der Paritätische Berlin, hatte zuvor Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, etwa zu besonderen Zielgruppen wie Familien und EU-Bürgern. Diese Empfehlungen sind eingeflossen in die neuen »Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik«, die Ende Oktober vorgestellt wurden. Das war richtig und wichtig. So begrüßen wir die ressortübergreifende Verantwortungsübernahme durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung zur Verstetigung des Modellprojektes Krankenwohnung und der Clearingstelle. Dennoch wird diese Unterstützung nicht ausreichen, um allen wohnungslosen, nicht krankenversicherten Menschen Zugang zu einer würdevollen gesundheitlichen Versorgung zu gewähren. Bei allen positiven Ansätzen: Die Finanzierung ist ungewiss. Hier muss nachgebessert werden. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 43.

Umsetzung BTHG

Das Bundesteilhabegesetz ist ein weiteres sozialpolitisches Thema, das uns intensiv beschäftigt. Das, so heißt es vollständig, Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Men-



Dr. Gabriele Schlimper

FOTO: WILLIAM GLUCROFT

schen mit Behinderungen (BTHG), wird am 1. Januar 2020 in Kraft treten. Seit 2017 arbeiten unsere Referenten und Mitgliedsorganisationen an der Umsetzung in Berlin mit, viele unserer Hinweise wurden berücksichtigt und es ist gut, dass das BTHG nun bald kommt. Dafür wurden Strukturen in den Bezirken, bei den Trägern der Eingliederungshilfe, zum Teil neu geschaffen. Uns ist wichtig: Im Praxistest müssen diese bestehen – und wenn nötig, muss das Gesetz nachgebessert werden. Etwa 20.000 Menschen in Berlin erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe. Für sie müssen klare Übergänge vom alten zum neuen Gesetz erkennbar sein. Konkret heißt das: Solange einige Regelungen im neuen Gesetz noch nicht final feststehen, müssen entweder weiterhin alte Bescheide oder Übergangsregeln gelten. Es darf kein »Vakuum« nach dem ersten Januar geben. Hürden müssen noch bei der Finanzierung von stationären Einrichtungen und Personal in der ambulanten Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche beseitigt werden.

Freiwilligentage

Sich für den eigenen Kiez oder ein Herzensprojekt engagieren – das haben viele Berlinerinnen und Berliner bei der »Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage« im September getan. Es gab mehr als 300 Mitmach-Aktionen. Was mich sehr freut: Auch viele Partner haben sich beteiligt, darunter die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales. Unser Motto in diesem Jahr war »engagement.macht.demokratie.«, denn Engagement und eine starke Zivilgesellschaft tragen zur Demokratie

bei! Deshalb befürworten wir es, wenn hauptamtliche Stellen die Freiwilligenarbeit koordinieren, wenn sich möglichst viele Menschen, die es wollen, auch engagieren können. Da denke ich etwa an barrierearme Orte für Menschen mit Beeinträchtigungen. Eine Würdigung wäre auch die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für regelmäßig freiwillig Engagierte. Bezirkliche Freiwilligenagenturen und Stadtteilzentren verstärkt zu fördern, ist richtig, dennoch sollten die Freiwilligen selbst stärker unterstützt werden. Mehr zu den Freiwilligentagen lesen Sie ab Seite 15, unsere Empfehlungen für die Förderung von Engagement finden Sie auf Seite 21.

Ausblick: 70. Geburtstag

Im nächsten Jahr wird unser Verband 70 Jahre alt! Ein Grund zum Feiern – aber keiner, um sich auszuruhen, im Gegenteil: Mit unserer Neuorganisation, die ich auf den folgenden Seiten beschreibe, wollen wir noch schneller die Anliegen unserer Mitgliedsorganisationen aufgreifen und Lösungen anbieten. Außerdem werden wir Sie mit einem neuen Erscheinungsbild überraschen! Unser Corporate Design und unsere Webseite werden moderner und übersichtlicher. Soviel zum Ausblick. 70 Jahre sind aber auch ein Anlass zu schauen: Woher kommen wir? Welche Personen haben den Verband entscheidend mitgeprägt? Dafür hören wir uns schon jetzt überall um. Im Laufe des Jahres 2020 können Sie sich beim Jahresempfang, im Rundbrief, auf unserer Internetseite oder in den sozialen Netzwerken über viele Geschichten unter dem Aspekt »70 Jahre, 70 Personen, 70 Geschichten« freuen! ■

Neue Paritätische Netzwerke

Sich schneller austauschen und dabei Innovationen vorantreiben –
von Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Berlin



Paritätisches Digitalforum in der Google-Zentrale Deutschland

FOTO: MARTIN THOMA

ÄNDERUNGEN

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin

MIM – Mädchen in Marzahn e. V.

neue Anschrift:

c/o Frauentreff HellMa
Marzanner Promenade 41,
12679 Berlin

neue Telefonnummern:

030 542 50 57 und 030 934 950 94

neue Faxnummer:

030 93 02 26 41

neue E-Mail:

kontakt@mim-ev.de

Gays & Lesbians aus der Türkei Berlin-Brandenburg/Türkeyeli Escinseller Derneği e. V. (GLADT e. V.)

neuer Name:

GLADT e. V.

proRemus Verein zur Errichtung eines Zentrums für die Diagnose und Rehabilitation von Muskelkranken und von Geburt an Querschnittgelähmten – e. V.

abweichende Postanschrift:

c/o Danker
Jüterbog Str. 6a, 10965 Berlin

CharlotteAktiv e. V.

neue Anschrift:

Riehlstr. 6a, 14057 Berlin

neue E-Mail:

charlotteaktiv@mail.de

BMH Berliner Menschen helfen Stiftungs-gGmbH

abweichende Postanschrift:

c/o Bräuning,
Pfeddersheimer Weg 29,
14129 Berlin

Computerbildung e. V.

neue Anschrift:

Bölschestraße 87, 12587 Berlin

Miteinander mehr erreichen als einzeln nebeneinander – so lässt sich vereinfacht zusammenfassen, was wir mit den neuen Paritätischen Netzwerken vorhaben. Oft werden Strategien und Umsetzungsschritte besser, wenn sie disziplinübergreifend in Netzwerken erarbeitet werden.

Ausgangspunkt Paritätisches Personalforum

Ausschlaggebend war dabei für uns die Erfahrung mit dem etablierten Personalforum. Seit mehr als zehn Jahren vertiefen Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisation dort zum Beispiel Fragen rund um Daten-

schutz und Personalentwicklung. Und dabei spielte es meist keine Rolle, ob es sich um kleine oder große Organisationen, um etwa Kita-, Jugendhilfe-, psychiatrische Einrichtungen oder den Pflegebereich handelte. Mehr als 700 Teilnehmende konnten innerhalb der vergangenen zwei Jahre im Sinne des Best Practice erfahren, wie andere Organisationen mit Herausforderungen umgehen. Zudem konnte die Paritätische Akademie Berlin als Veranstalter auf die



Dr. Gabriele Schlimper

FOTO: MARTIN THOMA

Wissenswertes

Ausführliche Informationen zu den Paritätischen Netzwerken finden Sie hier:

<http://bit.ly/parinetzwerke>

Ansprechpartnerin für die neuen Paritätischen Netzwerke bei der Paritätischen Akademie Berlin:

Melanie Lorenz, Tel.: 030 275 8282-11, lorenz@akademie.org

Ansprechpartnerin »Innovation und Wirkung«:

Anne Jeglinski, Tel.: 030 86 001-601, E-Mail: jeglinski@paritaet-berlin.de

Ansprechpartnerin »Verbandsentwicklung«:

Dorothee Thielen, Tel.: 030 86 001-179, E-Mail: thielen@paritaet-berlin.de

Angebote der Paritätischen Foren finden Sie in diesem Rundbrief ab Seite 81.

wahrgenommenen Bedarfe mit neuen Aus- und Weiterbildungsformaten antworten. Diese Methode ist effektiv.

Etablierung neuer Netzwerke

Inzwischen gibt es das Netzwerk Personalmarketing und das Netzwerk Neue Arbeitswelten mit einem ersten Treffen am 28. November. In letzterem diskutieren die Teilnehmenden etwa die Möglichkeiten für mehr Selbstorganisation. Und wir haben weitere Foren entwickelt. Im Dezember 2018 hat das Paritätische Digitalforum seine Arbeit aufgenommen, im März 2019 das Paritätische Jugendhilfeforum und im August 2019 das Kitaforum. Weitere Foren planen wir zu den Themen Eingliederungshilfe, soziale Stadt und Innovationen. Die Arbeitsweise der Foren richtet sich nach dem Bedarf unserer Mitgliedsorganisationen. So laden einige Gruppen externe Experten ein, etwa von Fachhochschulen oder Betroffenenvertretungen, um sich wechselseitig Impulse zu geben. Vertreter von Mitgliedsorganisationen sind willkommen, die Foren mitzugestalten, zum Beispiel als Dozenten für bestimmte Aspekte. Die Foren bündeln die Expertise aus Mitgliedsorganisation, den Referaten des Landesverbandes und der Paritätischen Akademie Berlin.

Konsequenzen für Organisationsstruktur

Der Paritätische Landesverband hat innerhalb des bestehenden Stellenumfanges durch Nutzung von Synergien, zwei neue Stabsstellen geschaffen: »Innovation und Wirkung« sowie »Verbandsentwicklung«. Beide Stellen sind mit 0,2 Stellenanteilen versehen. Die Stabsstelle Innovation und Wirkung soll soziale und digitale Innovationen sondieren, praktisch nutzbar machen und Projekte zur Wirkungsorientierung planen. Die zweite Stabsstelle soll die internen Verbandsstrukturen für mehr Mitgliederorientierung agiler gestalten. So wird die Stabsstelle Informationen bündeln und Strategieempfehlungen geben.



Teilnehmende des Digitalforums im Mai 2019

FOTO: MARTIN THOMA

den nur schwer für sie bezahlbare Wohnungen. Das dringende Anliegen nach leistbarem Wohnraum haben wir an die Politik adressiert. Ein weiteres Beispiel: Wir haben eine einheitlichere Vorgehensweise der Verwaltung bei Zuwendungen gefordert. Das ist ein bereichsübergreifendes Thema, für das wir uns als Verband nachdrücklich einsetzen.

Zusammenfassung

Der Paritätische Berlin möchte durch neue Netzwerke die Anliegen seiner Mitgliedsorganisationen aber auch Innovationsmöglichkeiten »von außen« schneller erkennen und umsetzen. So

tauschen sich etwa Mitglieder bei Treffen aus und lernen dabei voneinander. Zudem steuern externe Referenten Impulse zu spezifischen Themen ein. Die Paritätische Akademie Berlin entwickelt zudem punktgenaue Weiterbildungsangebote. Der Verband schafft gemeinsam mit seiner Akademie innovative Strukturen und Angebote. Das ermöglicht es ihm, kompetent zwischen seinen Mitgliedsorganisationen und der Verwaltung des Landes Berlin zu agieren, um soziale Arbeit bestmöglich leisten zu können. Der Paritätische Berlin lädt alle Mitglieder herzlich ein, diese Netzwerke mitzugestalten. ■

Paritätische Mitgliederversammlung 2019

Unsere Mitgliederversammlung findet am **Mittwoch, den 27. November 2019 um 16 Uhr** wie in den Vorjahren im Tagungswerk Jerusalemkirche, Lindenstraße 85, 10969 Berlin statt.

Alles Wissen nutzen, um auch jedes »schwierige Kind« zu begleiten

Film-Premiere »Systemsprenger« mit anschließender Podiumsdiskussion in Berlin

Publikum im Kino in der Kulturbrauerei

FOTO: SUSANNE GONSWA/DWBO

Die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Berlin hatte Mitte September zur Berliner Premiere des Films »Systemsprenger« mit anschließender Podiumsdiskussion eingeladen. 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen und Verbänden der Kinder- und Jugendhilfe schauten gemeinsam den Film über den Weg eines äußerst explosiven wie auch feinfühligsten Mädchens durch die Institutionen.

In dem Film agierten Sozialarbeiter vom Jugendamt und von Wohngruppen, eine Psychiaterin, ein Schulhelfer, eine Tagesmutter; Menschen wie die Zuschauer selbst, die sich um »schwierige« Kinder kümmern. »Märchenfigur« nannte die Regisseurin Nora Fingscheidt in der Diskussion ihre Frau vom Jugendamt. Sie weiß, dass kein Verantwortlicher in der Realität jederzeit derart ressourcenvoll und kontinuierlich für ein Kind verfügbar sein kann. Meist müssen sie 60 Mädchen und Jungen gleichzeitig betreuen. Gerade deshalb dankten die Anwesenden zunächst für den ehrlichen und wertschätzenden Blick auf ihre Arbeit. »Der ist nicht ab-

wertend wie beim Tatort«, warf eine Frau ein.

Zu viele Fälle gleichzeitig

Zugleich zeigt der Film deutlich, wie viel Verzweiflung im System herrscht. Um ein Kind in schwierigen Situationen zu verstehen und zu begleiten, brauche es eben Zeit, Ausdauer und eine hohe Professionalität, meinte Martin Hoyer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin. Da gäbe es ein Problem. »In den zurückliegenden zehn bis 15 Jahren sprachen wir viel über Geld und wie es zu sparen ist, wenig über Fachlichkeit«, betonte er. »Die Sozialarbeiter in den Jugendämtern müssen weniger Fälle betreuen, damit sie Zeit haben, um sich untereinander und mit den Sozialarbeiterinnen der Träger besser koordinieren und vernetzen zu können.« Zugleich kritisierte er, dass neue Projekte aus Kostengründen nicht aufgelegt worden seien.

Zusammenspiel von Eltern und Institutionen

Deshalb fordert die Liga der Spitzenverbände einen unabhängigen Innova-

tionsfonds auf Landesebene. Dadurch könnten nötige neue und individuelle Betreuungsmöglichkeiten entwickelt und bestehende Angebote besser vernetzt werden.

»Warum wurde der Wunsch des Mädchens nicht gehört?«, fragte Kerstin Stappenbeck von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Im Film hatte die neunjährige Benni klar gesagt: »Ich will zu Mama!« »Den Trägern wird nicht genug Zeit für die Arbeit mit den Eltern gegeben«, antwortete Barbara Eschen vom Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Die Geschichte dieses wilden, trotzigsten Mädchens fordert die Jugendhilfe heraus, konsequent alles Wissen anzuwenden, das im System vorhanden ist, unterstrich Menno Baumann von der Fliebler Fachhochschule in Düsseldorf. Er ist Deutschlands einziger Professor für Intensivpädagogik und hat die Autorin des Films beraten. »Konsequent gilt es Netzwerke zu bilden, um das vorhandene Wissen zusammenzuführen und für jedes Kind individuell zu nutzen.« Das betrifft die Frage,

wie man Eltern gewinnt, ebenso wie das Zusammenspiel beispielsweise zwischen Polizei und Jugendhilfe. In Berlin gibt es dafür die neu geschaffene Koordinierungsstelle, ausgestattet mit zweieinhalb Stellen. Alle zwei Wochen treffen sich die Mitarbeitenden und suchen nach den besten Ideen für »die Schwierigsten« – in den zurückliegenden zwölf Monaten allein für 28 Mädchen und Jungen.

Gute Konzepte austauschen

»Wir können nicht alle retten«, äußerte sich resigniert eine Jugendamtsmitarbeiterin. Ihr hielt Professor Menno Baumann seine Überzeugung entgegen: »Wir sollten die Rahmenbedingungen so ändern, dass das möglich ist!« Vor allem sollte dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen Helfer einander zuhören und sich verstehen. Niemand sollte aufgegeben werden.

Man solle sich auch bundesweit vernetzen, damit gute Konzepte schneller bekannt werden, empfahl ein Disku-



Diskussionsrunde nach der Filmpremierre

FOTO: SUSANNE GONSWA/DWBO

tant. Dafür werde er sich über die Verbände und im Gespräch mit den Ministerien einsetzen, versprach Martin Hoyer. »Bei allem was ihr tut, fragt unbedingt auch nach unseren Erfahrungen«,

verlangte zum Abschluss ein ehemaliges Heimkind von careleaver e.V. »Wir haben das System erlebt und können euch mit unserer Perspektive helfen.«

■ BARBARA LEITNER, FREIE AUTORIN

30 Jahre Kältehilfe

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin in einer Stellungnahme zum Start der Kältehilfesaison im Oktober

Die Berliner Kältehilfe wurde 1989 auf Initiative von Berliner Kirchengemeinden und den Wohlfahrtsverbänden ins Leben gerufen, um obdachlosen Menschen eine unbürokratische Übernachtungsmöglichkeit während der kalten Jahreszeit zu bieten. Die Kältehilfe ist als improvisierte Notlösung zur unmittelbaren Überlebenshilfe entstanden.

Auch heute, im Jahr 2019, ist die Kältehilfe als Nothilfe für auf der Straße lebende Menschen ein überlebenswichtiges Angebot.

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums würdigt die Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, Dr. Gabriele Schlimper, die Leistungen der Kältehilfe:

»30 Jahre Kältehilfe spiegeln das unermüdliche und großartige Engagement vieler Ehrenamtlicher wider. Sie sorgen dafür, dass obdachlose Frauen, Männer und auch Familien mit Kindern in den kalten Monaten einen sicheren Schlafplatz und etwas zum Essen haben. Ganz herzlichen Dank dafür! Gleichzeitig sehen wir, dass die Not nicht geringer geworden ist, im Gegenteil. Wir brauchen dringend mehr Wohnungen, gerade für die, die unsere besondere Hilfe benötigen.

Wir sehen das Land Berlin in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass ausreichend preiswerter Wohnraum gebaut wird.«

Laut Schätzungen der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände Berlin leben in der Hauptstadt zwischen 6000 und 8000 Menschen obdachlos auf der Straße. Etwa 40.000 Menschen sind ordnungsrechtlich in Unterkünften

untergebracht. Dem steht das Recht auf Wohnen, das bereits seit 1948 in der UN-Charta der Menschenrechte und in der Berliner Verfassung verankert ist, gegenüber: »Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum«, Art. 28 Berliner Verfassung.

Betrachtet man die Entwicklungen auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt ist zu erwarten, dass die

Pressekonferenz der LIGA zur Kältehilfe am 1. Oktober 2019

FOTO: ANJA WOTZLAW





Notschlafplatz der Kältehilfe in der Taborgemeinde

FOTO: ANJA WOTZLAW

Zahl der Menschen in Wohnungsnotfallsituationen weiter ansteigen wird. Immer mehr Menschen in Berlin sind von Wohnungsverlust bedroht, sie leben in prekären Wohnsituationen oder

Nicht das Notsystem stärken, sondern Wohnungen zur Verfügung stellen

leben bereits schutzlos, ohne ein Dach über dem Kopf auf der Straße. Viele Unterkünfte, Wohnheime und Notschlafplätze sind überfüllt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin fordert zur Prävention von Wohnungsnotfällen:

- ▶ ein Frühwarnsystem, das vor dem Verlust der Wohnung greift
- ▶ die Umsetzung des Fachstellenkonzeptes
- ▶ keine Zwangsräumungen von besonders gefährdeten Zielgruppen
- ▶ die Umsetzung der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach den Paragraphen 67 ff SGB XII.

Zur Verbesserung der Situation bereits obdachloser Menschen fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin:

- ▶ Wohnungen für wohnungslose Menschen
- ▶ keine Verdrängung und unangekündigte Räumung von öffentlichen Plätzen
- ▶ den Ausbau von streetwork (multilingual) an Brennpunkten
- ▶ die auskömmliche Finanzierung von Wohnungslosentagesstätten zum Tagesaufenthalt
- ▶ den Ausbau der ganzjährigen Notübernachtung auch für spezifische Zielgruppen
- ▶ Umsetzung des Rechtsanspruches zur Unterbringung auch von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern.

Die Kältehilfe ist in den vergangenen Jahren immer mehr zum Rettungsanker für die Menschen geworden, die woanders nur schlecht oder keine Hilfe finden. Menschen mit chronischen und massiven psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen, körperlichen Beeinträchtigungen, mit Sprachbarrieren und erheblichen Teilhabeschwierigkeiten stranden in der Kältehilfe. Es muss unser gemeinschaftliches Ziel sein, nicht das Notsystem zu stärken, sondern für wohnungslose Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen und die Zugangsbarrieren der gesundheitlichen und medizinischen Hilfesysteme zu verringern. ■

Gutes und bezahlbares Wohnen zusammen organisieren!

Beim zweiten »Salon Sozialer Träger« ging es um die Zusammenarbeit von sozialen Trägern und Wohnungsgenossenschaften

Manchmal brauchen gute Entwicklungen nur einen kleinen Anstoß. Zu dieser Erkenntnis sind die Teilnehmer des zweiten Salons Sozialer Träger am 21. August gelangt. Der Paritätische Berlin hatte zu der Veranstaltung Institutionen, Vereine und Genossenschaften eingeladen, um darüber zu reden, ob und wie Genossenschaften und soziale Träger als Partner agieren können.

Hintergrund der Veranstaltung ist der angespannte Wohnungsmarkt in Berlin, der es auch sozialen Trägern immer schwerer macht, bezahlbare Ob-

jekte für ihre Wohn- oder Beratungsprojekte zu bekommen. Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Berlin, verwies in diesem Zusammenhang auf die historisch gewachsene Funktion von Wohnungsgenossenschaften: »Genossenschaften sind vor allem Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund der desolaten Wohnungssituation aus Selbsthilfe gegründet worden«. Auch heute sei die Wohnungssituation in den wachsenden Städten schwierig.

»Wir haben praktisch noch immer die gleiche Situation. Die Wohnungssfrage ist wieder zu einer sozialen Frage

geworden«, schlug Gabriele Schlimper einen Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart. Sie betonte, dass Genossenschaften und soziale Träger in dieser Situation viel gemeinsam hätten und eine Zusammenarbeit schon deshalb nahe liegen würde. Diese Einschätzung teilten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Salons.

Bericht aus der Praxis

Beispielhaft berichtete Sören Gahrman von der SelbstBau eG von der Arbeit der kleinen Genossenschaft. In den Häusern der SelbstBau gibt es

neben 421 Wohnungen auch 43 Gewerberäume, die teilweise von sozialen Trägern genutzt werden. Zwei Kitas, eine freie Schule, Organisationen aus dem Bereich Gesundheit und weitere Träger sind in den Häusern der Genossenschaft dauerhaft untergebracht worden. Sören Gahrman sieht in der Zusammenarbeit der Partner »ein sinnvolles Zusammenspiel zwischen Bedürfnissen und Kompetenzen«.

Vorbildwirkung hat ein ganz besonderes, vom Paritätischen initiiertes Projekt, das sich beim Salon ebenfalls vorstellte. Aus einer ähnlichen Veranstaltung im April 2017 heraus hat sich eine Initiative von sozialen Trägern gebildet, die derzeit eine eigene Wohnungsgenossenschaft gründet – aus der Selbsthilfe heraus. »Unser Ziel ist es, Wohnungen zu akquirieren und zu bauen. Wir wollen bezahlbaren und sicheren Wohnraum für unsere Klienten«, erklärte Gunter Fleischmann von der in Gründung befindlichen Genius eG.

Genossenschaft in Gründungsphase

Für die Arbeit hat sich die Genossenschaft in Gründung ehrgeizige Ziele gesetzt. Unter anderem wird eine Gemeinnützigkeit angestrebt. Diese Möglichkeit der Vergünstigung war 1989 durch eine Gesetzesänderung für Genossenschaften abgeschafft worden. »Wir wollen damit auch ein politisches Zeichen setzen. Wir wollen zeigen: Es kann nicht sein, dass das Grundrecht auf Wohnen nur noch dafür da ist, um damit Profit zu machen«, ergänzte



Beim Salon Sozialer Träger

FOTO: MARTIN THOMA

Joachim Schmitz von der künftigen Genossenschaft sozialer Träger.

Während einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer anfangs noch nicht genau wussten, wie das Thema des Salons zu ihrer Arbeit passen könnte, änderte sich das im Laufe der Veranstaltung. Überall wurde emsig mitgeschrieben, es wurden Kontaktdaten und Erfahrungen ausgetauscht. Als die Selbstbau eG erklärte, für ein neues Projekt in Brandenburg noch soziale Träger als Partner zu suchen, wurde der Druck, unter dem viele Träger stehen und das Interesse im Raum an den Reaktionen offensichtlich. So mancher neue Kontakt wurde schließlich im anschließenden Worldcafé vertieft. Vermutlich sind bei diesem Salon erneut Impulse für neue

Wohnraum-Selbsthilfe-Projekte gelegt worden.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der Reihe »Gutes Wohnen für alle – Soziale Träger als Partner der Wohnungswirtschaft« statt, die durch den Paritätischen Gesamtverband angeregt worden war. Im Herbst wird ein weiterer Salon Sozialer Träger stattfinden (siehe blauer Kasten).

■ DOMINIQUE HENSEL, FREIE AUTORIN

Wissenswertes

Am 23. Oktober zwischen 17 und 20 Uhr findet der dritte Salon Sozialer Träger statt. Das Thema lautet: »Prima Bude – inklusive Wohnformen zusammen planen«.

Vertreter von sozialen Trägern und Genossenschaften nahmen teil.

FOTO: MARTIN THOMA



Parieté-Gala lockt 500 Gäste

Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Beeinträchtigung begeistern an einem gemeinsamen Theaterabend

FOTO: YAN REVAZOV

Bei traumhaftem Sommerwetter feierten am 23. August mehr als 500 Gäste die Parieté-Gala 2019. Die Veranstaltung auf dem Pfefferberg fand unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, statt. Als Ehrengast hielt die zweifache Olympiasiegerin im Eiskunstlauf Katarina Witt das Grußwort. Katarina Witt fördert mit ihrer Stiftung seit rund 15 Jahren inklusive Projekte.

Bei ausverkauftem Haus begeisterten in den beiden Shows mehr als 60 Schauspielerinnen, Artisten, Tänzer und Musikerinnen. Sie boten nicht nur im Theatersaal, sondern auf dem gesamten Areal des Pfefferbergs ein opulentes Spektakel. Darunter waren Jade Pearl Baker, BigBrass, Nicoletta Tinti & Silvia Bertoluzza und das Utopia Orchester. Regie führte Georgio Madia, moderiert wurde die Veranstaltung von Annika Lau, Leeroy Matata und Stefan Linne, unterstützt von den Gebärdensprache-Dolmetscherinnen Oya Ataman und Anka Böttcher.

Bei allen Uraufführungen und Darbietungen der Parieté-Gala ist die Idee

der Inklusion gelebtes Zusammenspiel. Parieté ist ein Wortspiel. Es setzt sich aus den Worten Parität (Gleichheit) und Varieté (Vielfalt) zusammen.

Die Parieté-Gala wird von der VIA Verbund für Integrative Angebote Berlin gGmbH und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin veranstaltet. Besonderer Dank gilt der Anne Ramm

Stiftung, die die Gala unterstützt; gefördert wird die Gala von der Aktion Mensch.

■ ANNE LAXY, LAXY PR

Wissenswertes

Infos zur Parieté-Gala finden Sie auf der Internet-Seite: www.pariete-berlin.de

v.l.: Gabriele Schlimper, Paritätischer Berlin, Ehrengast Katarina Witt sowie Uwe Gervink vom Via Unternehmensverbund

FOTO: YAN REVAZOV



Danke für das Engagement bei der »Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage 2019!«

Bei der Aktion von Tagesspiegel und Paritätischem Berlin gab es mehr als 300 Mitmach-Aktionen, eine Spendenmeisterschaft – und eine gelungene Abschlussfeier

Viele Berlinerinnen und Berliner waren vom 13. bis zum 22. September bei mehr als 300 Mitmach-Aktionen der Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage aktiv. Sie haben etwa Hinterhöfe verschönert, Blumenkästen gebaut, Flure gestrichen, ältere Menschen besucht oder über Demokratie diskutiert.

Am 22. September luden die Veranstalter der Tagesspiegel und der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin die Beteiligten zur gemeinsamen Dankeschön-Feier ein. Im Tagesspiegel-Verlagsgebäude erwartete die Besucherinnen und Besucher ein buntes Kulturprogramm, Wertschätzung von Berlins Politik und ein Buffet.

»Wir brauchen engagierte Bürgerinnen und Bürger«, sagte Der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller in seinem Grußwort bei der Dankeschön-Feier. Ausdrücklich hob er das diesjährige Motto der Freiwilligentage

»Wir brauchen engagierte Bürgerinnen und Bürger.«

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

»engagement.macht.demokratie« hervor. Für Freiheit und Demokratie müsse man etwas tun: sich engagieren, solidarisch sein mit anderen und sich gegenseitig stärken. Es gäbe gute Beispiele für Patenschaften, etwa Lesepaten oder in Sportvereinen. Die Politik würdige dieses Engagement zum Beispiel mit der Ehrenamtskarte und der Unterstützung des Aufbaus der Freiwilligenagenturen als Anlaufpunkte in den Bezirken. Dabei setzte man auch auf das Know-how des Paritätischen Berlin, der mit seinem Netzwerk vor Ort unterstützt, so Müller, der auch Schirmherr der Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage ist. Grußworte richteten zudem Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit und Soziales, und Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, an die Besucher.

An der Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage haben sich 27 Part-



Partner der Freiwilligentage auf der Bühne, 4.v.l.: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller

FOTO: ANJA WOTZLAW

ner aus Politik, Verwaltung, Unternehmen, Verbänden, sozialen Organisationen, Freiwilligenagenturen, Initiativen und eine Hochschule beteiligt. Die vollständige Liste der Partner finden Sie auf der Internetseite www.gemeinsame-sache.berlin.

Anschließend haben 17 soziale Organisationen und Unternehmen Spenden für ihre Projekte entgegen genommen. Einige Wochen lang fand zuvor die Online-Spendenmeisterschaft in Kooperation mit der Plattform Betterplace.org statt. Der Paritätische Berlin stellte zusätzlich 15.000 Euro als Fördermittel zur Verfügung und packte abschließend Geld für jedes Projekt obendrauf. Platz eins erzielte die Interkultural gGmbH mit Ihrem Nachbarschaftsbegegnungsprojekt »Küchentisch«. Platz zwei errang der Kiezzgarten »Heinrich-Treff« im Stadtbezirk Lichtenberg. Der Treffpunkt Heinrichstraße e.V. kann nun neue Pflanzen, Spiel- und Sportgeräte anschaffen. Platz drei ging an die Unabhängige Beratungsstelle für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten von KuB Berlin e.V.

Das Musik- und Kulturprogramm war abwechslungsreich: Kinder und Ju-

gendliche vom Zirkus Cabuwazi zeigten ihr Können bei bestem Wetter im Hof, auf der Bühne boten der Chor des Tagesspiegel und die Künstlerin Bernadette La Hengst ein Programm nicht nur zum Zuhören, sondern auch zum Mitsingen. So war auch diese Abschlussveranstaltung für die Freiwilligentage eine gemeinsame Sache.

■ ANJA WOTZLAW, PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Publikum bei der Dankeschön-Feier

FOTO: ANJA WOTZLAW



AKTIONEN BEI DEN FREIWILLIGENTAGEN

Ein Rückblick: Eine kleine Auswahl aus mehr als 300 Aktionen

Blumengrüße aus Friedrichshagen

Mit bunten Blumengrüßen Freude schenken! Das ehrenamtliche Blumenbinden zu Beginn der Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage hat bereits Tradition in Friedrichshagen. Zusammen mit dem Bürger-Rathaus Friedrichshagen e. V. verschenkte die Sozialstiftung Köpenick ehrenamtlich gebundene Blumensträuße an Passantinnen und Passanten. Wie viel so eine Geste auslösen kann, sah man dabei sofort in den Gesichtern der Menschen, die sich über dieses kleine Geschenk freuten. Auch der Stellvertretende Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat Gernot Klemm war bei der Aktion mit dabei und unterstützte die zahlreichen freiwillig Engagierten. Diese und noch 38 andere Aktionen haben dieses Jahr die Sternenfischer – Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick koordiniert.



Blumengrüße aus Friedrichshagen

FOTO: REGINALD GRAMATIK

Nistkästen für Vögel bauen in Mitte

Gemeinsam mit Mitarbeitenden der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales wurden in der Fabrik Osloer Straße Nistkästen für Vögel gebaut. Auch Mittes Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste Ramona Reiser legte Hand an und gab einigen Häusern den letzten Anstrich. Die Vogelhäuschen sollen in der kommenden Zeit von freiwilligen Paten im Kiez verteilt und beobachtet werden. Die Freiwilligen waren mit den Vogelhäuschen so schnell, dass sie nach einem gemeinsamen Mittagessen in der »Nachbarschaftsetage« auch noch die Bücherbox vor dem Labyrinth Kindermuseum aufräumten und putzten sowie den Garten mit Wasser versorgten.



Wohnraum für gefiederte Nachbarn schaffen

FOTO: ANIKA GÖBEL



Gemeinsam Lesen in leichter Sprache

FOTO: ANIKA GÖBEL

LEA-Leseclub – inklusives Lesen in Spandau

Im Café Paul des Paul-Schneider Hauses in Spandau treffen sich immer mittwochs lesebegeisterte Menschen mit und ohne Behinderung zum gemeinsamen Lesen. In gemütlicher Runde bei Getränken und Süßem wird gemeinsam ein Buch in leichter Sprache gelesen. Die Teilnehmenden unterstützen sich dabei gegenseitig, erklären Missverständliches und lachen viel. Der LEA-Leseclub ist ein Projekt von Kubus e. V., ein Verein zur Förderung der Kultur, Bildung und sozialer Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung und wird unterstützt von der Lebenshilfe Berlin.

Willkommen im Moritzpark

Wie kann der Moritzplatz für die Nachbarschaft ein attraktiver und sicherer Ort werden? Bei der Aktion »Willkommen im Moritzpark!« haben Nachbarinnen und Nachbarn mit Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann diskutiert und viele Ideen für die Nutzung der nördlichen Randfläche gesammelt: vom Wochenmarkt über spielerische Stadtmöbel, einen Kiosk, ein Gebäude als Treffpunkt für Jung und Alt, bis zu festen Grills und einem Paul-Lincke-Denkmal. Die Aktion wurde von der AG Moritzplatz des Kieznetzwerks Kreuzberg initiiert. Das Netzwerk bleibt dran an der Entwicklung des Moritzplatzes – und zeigt so, wie Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement das demokratische Miteinander stärken.



Wie soll der Platz genutzt werden?

FOTO: NIKLAS ALT

Stolpersteine putzen mit Staatssekretärin Sawsan Chebli

Engagement ist auch, als Bürgerin und Bürger Zeichen gegen Gewalt und Völkermord zu setzen. Die Stolpersteine in Deutschland machen genau das sichtbar: Sie erinnern vor Wohnhäusern an Opfer des Nationalsozialismus. An den Freiwilligentagen haben Engagierte auf Initiative der Organisation HiMate Stolpersteine im Kreuzberger Bergmann-Kiez geputzt und sie von Straßenschmutz befreit. Tatkräftig dabei war auch Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in der Senatskanzlei. Neben Informationen zu den Biographien gab es auch Gespräche mit Jugendlichen, damit das Gedenken auch in Zukunft lebendig bleibt.



Sawsan Chebli beim Putzen der Stolpersteine

FOTO: NIKLAS ALT



In Aktion für die »Drachenreinigung«

FOTO: NADINE WITTEK

Reinigung des Drachen auf dem Abenteuerspielplatz

Der im Jahr 2007 entstandene mosaik- und perlenbestückte Drache auf dem Abenteuerspielplatz im Güntzelkiez in Wilmersdorf wurde nach vielen Jahren der Benutzung und Verwitterung durch die Firma Niederberger professionell gereinigt. Auslöser dieser Aktion war eine Ausschreibung der Messe Berlin, welche ein interessantes und dem Allgemeinwohl dienendes Objekt suchte. Der Mosaikdrache, Projektvorschlag von Herrn Corff, Leiter des Abenteuerspielplatzes und Frau Zwicker, Geschäftsführerin im Nachbarschaftszentrum – NUSZ – ufafabrik (Foto vorn) bekam den Zuschlag und wurde an die Firma Niederberger vermittelt. Diese ließ ihre Auszubildenden ans Werk. Die drei jungen Männer konnten ihr Wissen praktisch anwenden. Drei umweltschonende Verfahren wurden mit professionellen Maschinen ausgeführt. Bereits nach zwei Stunden blitzte der Drache wieder und kann ausgebessert und demnächst wieder bespielt werden.



Ein Musikfestival schafft Begegnungen

FOTO: CHRISTIAN PETH

SpaceBerg – ein inklusives Festival der Lebenshilfe Berlin

Ein buntes Bühnenprogramm, unter anderem mit dem Inklusionsbotschafter Graf Fidi, heizte den Gästen am 14. September ordentlich ein und animierte zum Mitmachen. Den Organisatorinnen und Organisatoren ist es gelungen, über Musik ein Festival der Begegnung zu schaffen: Menschen mit oder ohne Behinderungen feierten bei Rock- bis Technomusik ausgelassen miteinander und bis in die Nacht.



Fachgespräch in Tempelhof-Schöneberg

FOTO: ANNE JEGLIŃSKI

Fachgespräch »Demokratisch engagiert«

Was trägt eine aktive Zivilgesellschaft zur lebendigen Demokratie bei? Warum spielt das freiwillige Engagement dabei eine entscheidende Rolle? Wie engagierten sich Menschen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg? Diese Fragen diskutierten Prof. Barbara John, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin und Integrationsbeauftragte a.D., Dr. Susanna Kahlefeld, Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerliches Engagement und Partizipation, Dr. Anne Ulrich, Heinrich-Böll-Stiftung, Referentin für Demokratie, Stefan Böltes, Bezirksvorsteher Tempelhof-Schöneberg, Dr. Tegner, Schöneberg hilft e. V. mit vielen interessierten Gästen. Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg war Partner der Veranstaltung. Es kamen Gäste aus dem Publikum zu Wort, die ihre Aktivitäten vorstellten und von Erfahrungen berichteten. Sichtbar wurde, wie wichtig eine engagierte Zivilgesellschaft ist und was diese auch braucht, um sich entfalten zu können. »Zivilgesellschaft steckt ihren Rahmen selbst, der Staat unterstützt. Das braucht eine lebendige Demokratie«, so Professor Barbara John.



Helfer im Einsatz bei der Deutschen Rheuma-Liga Berlin

FOTO: ANJA WOTZLAW

Falten und Putzen im Gesundheitszentrum

Über doppeltes Engagement konnte sich die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e. V. am 13. September in Tempelhof-Schöneberg freuen: Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des Vereins mit etwa 11.000 Mitgliedern füllten Briefe mit Infoflyern, zum Beispiel für den Patiententag am 24. Oktober. Draußen putzten Mitarbeiter von der Firma Pfizer die Fenster und zupften Unkraut aus den Fugen zwischen den Gehwegplatten. Die Firma hatte ihren Mitarbeitern ermöglicht, bei einem freiwilligen Einsatz von der Arbeit freigestellt zu werden. Mit ihrer Teilnahme unterstützten die Freiwilligen die Therapiestätte, in der Kälte- und Wärmeanwendungen, Kurse im Warmwasserbecken oder im Gymnastikraum angeboten werden.

Schmuck und Seife für Verkauf herstellen

Unter dem Titel »Unser Wedding kann auch Schmuck Design/ sein« konnten Freiwillige am 21. September zusammen mit Bewohnern des Joachim-Fahl-Hauses Schmuck und Seife herstellen. Das Heim des Unionhilfswerks für Menschen mit geistiger Behinderung liegt am Plötzensee. Andreas Stoltz, der zusammen mit einer Kollegin bei der nicht ganz leichten Arbeit hilft, hat die Schmuckwerkstatt vor drei Jahren ins Leben gerufen. Die Ergebnisse werden auf Weihnachtsmärkten und bei anderen Gelegenheiten verkauft.



Inklusives Treffen für einen guten Zweck

FOTO: MARTIN THOMA



Barbara John streicht ein Hochbeet

FOTO: DETLEF FRIEDENBERGER

Hochbeet-Streichen im Bürgerzentrum Neukölln

Im Bürgerzentrum Neukölln legte auch unsere Vorstandsvorsitzende Prof. Barbara John mit Hand an und strich am 14. September den Zaun eines Hochbeetes. Bei der »Gemeinsamen Sache« wurden besonders viele helfende Hände gebraucht: Vom Dach bis zum Keller, innen und außen wurde das Haus verschönert, die Arbeitsmaterialien dafür wurden gestellt. Das Bürgerzentrum Neukölln ist eine Begegnungsstätte für alle Berliner, unabhängig von Alter und Kultur, ehrenamtliche Helfer sind das ganze Jahr über willkommen.



Fans und Anwohner am Olympiastadion

FOTO: KATHRIN ZAUTER

Hertha BSC mit Aufräumaktion

Vor dem Osttor am Olympiastadion: Rund 100 Menschen sind dem Aufruf von Hertha BSC gefolgt und gehen ans Großreinemachen. Zwei Gruppen ziehen los: eine kämpft sich Richtung U-Bahnhof durchs Gebüsch, die andere geht zum S-Bahnhof. Herr W. ist schon lange Hertha-Fan und extra aus Hennigsdorf angereist: »Das ist hier wie mein Wohnzimmer. Klar, räume ich da auf!« Und auch Christine aus Reinickendorf ist nicht wegen des als Belohnung versprochenen kostenlosen Tickets für das Heimspiel gegen Paderborn hier, sondern weil es für sie wichtig ist, etwas Gutes zu tun. Beharrlich sammelt sie weggeworfene Kippen ein. Im Müllsack von Herrn Hildt klappern Flaschen. Er wohnt hier um die Ecke und will, dass es in seiner Nachbarschaft sauber ist. Immer neue Helferinnen und Helfer stoßen dazu. Die Säcke füllen sich schnell. Am Ende haben hier rund 130 Leute mitgemacht. Sauber, Hertha!

Bau einer Feuerstelle bei Babel e. V.

Babel e. V. begann im Rahmen der Berliner Freiwillingentage mit dem Bau einer Feuerstelle und eines Brotbackofens. Babel e. V. ist in einem komplizierten Sozialraum im interkulturellen Bereich mit hohem Anteil sozial Benachteiligter tätig. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen, engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Bezirksstadtrat für Jugend Familie, Bildung und Sport, Gordon Lemm, wurde die Feuerstelle geplant, Steine gesetzt und der Garten verschönert. Mit finanzieller Förderung des Paritätischen Berlin soll hier ein Brotbackofen entstehen, der die interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit bereichert.



Bau der Feuerstelle

FOTO: MARKUS PLEYER



Im Böhmisches Dorf in Neukölln

FOTO: CHRISTIAN PETH

Spaziergang mit Bezirksbürgermeister Martin Hikel in Neukölln

Ein sonniger 19. September, viele Menschen der Projekte »LieblingsOrte«, einer Broschürenreihe über inklusive Orte in den Stadtteilen, der Bezirksbürgermeister von Neukölln Martin Hikel und die bezirkliche Beauftragte für Menschen mit Behinderungen Katharina Smaldino – und alle hatten ein gemeinsames Ziel: die LieblingsOrte im »Böhmisches Dorf« zu erkunden. Neben einem beeindruckenden Einblick in das Handwerk der alten Rixdorfer Dorfschmiede verzauberte der vorhandene Dorfcharakter des Böhmisches Dorfes, das mitten im Bezirk Neukölln sein Dasein bewahrt. Einige Barrieren wurden von den Expertinnen und Experten in eigener Sache erkundet und erfasst.



Im Nachbarschaftsgarten

FOTO: ANNE ROLLWAGEN



Ein Spaziergang im Grunewald

FOTO: LEA WINNIG

Werkeln im Nachbarschaftsgarten FriedaSüd

Zwischen den hohen Häusern in der Friedrichstraße liegt der offen und einladend wirkende Nachbarschaftsgarten FriedaSüd. Heute sah man links und rechts Leute am Werkeln und Schubkarren hin- und her fahren. Durch einen selbstgebauten Holzbogen betritt man den Garten. Im Rahmen der Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage 2019 wurde der Garten auf den Herbst vorbereitet. Es wurde gebastelt, gebaut und gepflanzt und sich anschließend in gemütlicher Runde in der Holzhütte mit Brot, Aufstrichen und geretteten Lebensmitteln gestärkt. Auch in Zukunft sind hier alle willkommen: immer freitags ab 16 Uhr kann hier mitgeholfen werden.

Klimawandel – auf Erkundungstour im Grunewald

Wie werden die Wälder fit gemacht für den Klimawandel? Was ist unser durchschnittliche CO₂-Verbrauch? Und was können wir persönlich tun um unsere CO₂-Bilanz zu verbessern? Diesen und weiteren Fragen widmete sich die spannende Erkundungstour »3000 Schritte extra« im Grunewald, zu der zahlreiche Berlinerinnen und Berliner erschienen. Interessante Antworten und Anregungen gab es von der fachkundigen Begleitung durch das Forstamt. Organisiert wurde das Ganze vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und der Fürst Donnersmarck-Stiftung, auch Stadträtin Böhm war mit dabei.

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Internet für alle

Neues Förderangebot der Aktion Mensch will digitale Teilhabe insbesondere von Menschen mit Behinderungen stärken

Die Digitalisierung schreitet voran. Allerdings sind digitale Angebote nicht immer leicht zu bedienen. Für viele Menschen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben deshalb erschwert oder sogar unmöglich. Digitale Barrieren sind insbesondere für Menschen mit Behinderung aber auch für viele andere ein großes Problem. Aktion Mensch e.V. möchte dies mit dem Aktions-Förderangebot »Internet für alle« ändern.

Das Programm richtet sich an alle Zielgruppen der Aktion Mensch, insbesondere an Menschen mit Behinderung. Es soll eine selbstbestimmte und chancengleiche Teilhabe auch mit Hilfe des Internets ermöglichen. Sind Sie Mitarbeiter in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung oder der Kinder- und Jugendhilfe und möchten Sie Ihren Teilnehmern und Klienten mediale Teilhabe ermöglichen? Dann können Sie viel bewegen.

Nutzen Sie das von Aktion Mensch neu entwickelte Aktions-Förderangebot »Internet für alle«, im Rahmen des-

sen die Schaffung von technischen Voraussetzungen sowie Bildungsangeboten unterstützt wird. Anträge für dieses Förderangebot können bis zum 30. September 2021 gestellt werden.

Was die Aktion Mensch fördert:

- Investitionskosten, das heißt Kosten für Hardware wie Router, Computer, Tablets oder spezielle Ein- und Ausgabegeräte zur Herstellung von Barrierefreiheit sowie investive Herstellungskosten zur Bereitstellung des Internetanschlusses, Software zur Herstellung von Barrierefreiheit sowie Service- und Supportleistungen, die mit der Erstinstallation in Verbindung gebracht werden können. Für eine optimale Nutzung des Internets empfiehlt Aktion Mensch eine Bandbreite von mindestens 16 MB.
- Honorar- und Sachkosten, das heißt Kosten für Bildungsangebote für Nutzer und gegebenenfalls auch Mitarbeiter in den Bereichen Medienkompetenz, -bedienung, und Hand-

habung der Technik sowie Sensibilisierung für die eigene Rolle.

Wieviel die Aktion Mensch fördert:

- bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten, maximal 5.000 Euro
- bis zu 100 Prozent der Honorar-/ Sachkosten, maximal 5.000 Euro

Die Förderhöchstsumme beträgt somit 10.000 Euro. Eigenmittel sind nicht erforderlich. Die maximale Projektlaufzeit beläuft sich auf ein Jahr.

■ BETTINA LANGE, ZUWENDUNGSBERATUNG UND STIFTUNGSMITTEL BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Alle Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite von Aktion Mensch:

www.aktion-mensch.de/foerderangebot-internet-fuer-alle

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE BEZIRKE

Ein effizienter Rahmen für starkes Engagement

Empfehlungen zur Entwicklung einer Berliner Engagement-Strategie

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin begrüßt, dass die Senatskanzlei am 22. Oktober 2019 die Entwicklung der Berliner Engagement-Strategie mit einer Auftaktveranstaltung gestartet hat.

Eine Engagement-Strategie für das Land Berlin ist dann sinnvoll, wenn sie als Fundament für die Sicherung, Weiterentwicklung und Klärung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement dient. Dann kann eine Engagement-Strategie eine schlanke und effiziente Rahmenstruktur bilden, die sowohl etablierte Akteure, als auch insbesondere neue Initiativen und Vereine vernetzt, fachlich vereint und freiwilliges Engagement auch als Möglichkeit zur sozialen Teilhabe begreift.

Beim Entwicklungsprozess der Engagement-Strategie sollte sichergestellt werden, dass sie auch nachhaltig im digitalen Raum umgesetzt werden kann und zivilgesellschaftliche Akteure über die notwendigen Ressourcen verfügen, um sich angemessen mit dem fundamentalen Wandel durch die Digitalisierung auseinandersetzen können.

Als hilfreich erachten wir, dass im Strategieprozess mit der Einbindung eines Forschungsinstitutes wissenschaftliche Expertise genutzt wird. Auch bei der Umsetzung der Engage-

ment-Strategie sollte die Zusammenarbeit von Praxis und Forschung angestrebt werden. Der Dialog von Berliner Hochschulen und Akteuren des Engagements und die Einführung des Themas Engagement in die Curricula sollte genutzt werden, um das Potenzial von Engagement für eine aktive demokratische Zivilgesellschaft zu stärken.

Die Umsetzung einer Engagementstrategie hängt in besonderem Maße von der Zusammenarbeit der relevanten Akteure ab. Daher empfehlen wir die Einsetzung eines dauerhaften Gremiums, in dem die bei der Entwicklung der Strategie beteiligten Akteure ebenfalls deren Umsetzung begleiten. Darüber hinaus sollten flächendeckend Ansprechpersonen für freiwilliges Engagement in den Verwaltungen auf Landes- und Bezirksverwaltungen eingesetzt werden und Schnittstellen geschaffen werden, die niedrigschwellige Förderstrukturen gewährleisten und eng mit den bezirklichen Freiwilligenagenturen und Stadtteilzentren zusammenarbeiten.

Zur nachhaltigen Stärkung des freiwilligen Engagements hat der Paritätische Wohlfahrtsverband im Rahmen der Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage 2019 Empfehlungen veröffentlicht und mit Vorschlägen geeigneter Maßnahmen verbunden.

- ▶ Die Potenziale des Engagements zur sozialen Teilhabe zu nutzen
- ▶ Professionelles Freiwilligenmanagement zu stärken
- ▶ Bezahlbare Räumlichkeiten für freiwilliges Engagement bereitzustellen
- ▶ Mobilität von freiwillig Engagierten zu gewährleisten
- ▶ Bezirkliche Freiwilligenagenturen zu verstetigen
- ▶ Anerkennung von freiwilligem Engagement auszubauen

■ ANNE JEGLSKI UND NIKLAS ALT

Wissenswertes

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e.V.,
Geschäftsstelle Bezirke

Anne Jeglinski, Leiterin der Geschäftsstelle
Bezirke, Innovation und Wirkung

Niklas Alt, Bezirksbeauftragter, Arbeits-
schwerpunkt Freiwilliges Engagement

Sekretariat: Simone Hanjohr
Telefon: 030 860 01-600
hanjohr@paritaet-berlin.de

Die ausführlichen Empfehlungen hier:
<http://bit.ly/engagementempfehlungen>

Neuer Stadtteilzentrenvertrag im Berliner Osten

Unterzeichnung des Stadtteilzentrenvertrages Marzahn-Hellersdorf am 12. September im Schloss Biesdorf

Am 12. September 2019 kam es in feierlicher Runde im Schloß Biesdorf zur Unterzeichnung des neuen Stadtteilzentrenvertrages Marzahn-Hellersdorf durch die zuständige Bezirksstadträtin Juliane Witt und Vertreterinnen und Vertreter der Kooperationspartner Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. mit Anne Jeglinski, AWO Berlin Kreisverband Spree-Wuhle e.V. und dem Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Juliane Witt, Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur, Soziales und



Bei der Unterzeichnung des Vertrags

FOTO: SABINE BEHRENS

Facility Management, verwies vor allem auf den gemeinschaftlichen Prozess der Ausgestaltung des Vertrages: »Die ausführliche Debatte zur Finanzierung der Stadtteilarbeit und Stadtteilzentrum im Bezirk hat partizipativ, transparent und vertrauensvoll stattgefunden und ein Ergebnis erbracht, welches heute mit den Unterschriften aller Partner fixiert wurde. Im feierlichen Teil habe ich Gelegenheit, den Beteiligten ganz herzlich zu danken, insbesondere auch Anne Jeglinski und ihren Partnern im Kooperationsgremium von Caritas und AWO und natürlich Amtsleiterin Frau Melanie Rubach.«

Derzeit verfügt der Bezirk Marzahn-Hellersdorf über ein Netz von 13

sozialen Stadtteilzentren sowie über eine Selbsthilfekontaktstelle in freier Trägerschaft. Diese gestalten in Abhängigkeit von der Sozialstruktur und der räumlichen Ausdehnung eines jeden Stadtteils einen oder mehrere Standorte. Erklärtes Ziel der Vertragspartner ist es, für jeden Stadtteil von Marzahn-Hellersdorf ein soziales Stadtteilzentrum zu erhalten. Die sozialen Stadtteilzentren bilden damit ein flächendeckendes Netz zur wohnortnahen Sicherung der Nachbarschafts-, Gemeinwesen- und Selbsthilfearbeit im Bezirk.

Die Finanzierung der Einrichtungen erfolgt durch den gebündelten Einsatz von Mitteln des Bezirks und des Senats von Berlin, durch Eigenleistun-

gen und Eigenmittel der Träger und der Wohlfahrtsverbände. Die Einführung des neuen Finanzierungsmodells mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 zur Sicherstellung einer Basisfinanzierung und der individuellen Auslegung von Einzelbedarfen bezirklich finanzierter Stadtteilzentren wird nun auch auf Grundlage dieses Vertrages weitergedacht.

Die Geschäftsstelle Bezirke bedankt sich an dieser Stelle für den konstruktiven Gestaltungsprozess bei den Vertretern der Stadtteilzentren und des Bezirksamtes sowie für das Vertrauen, diesen Prozess moderieren zu dürfen.

■ ANIKA GÖBEL, BEZIRKSBEAUFTRAGTE FÜR MITTE, SPANDAU UND STEGLITZ-ZEHLENDORF

Unterstützung beim Fundraising

Workshop »Einblicke in das professionelle Fundraising« vermittelte Überblick über Strategien, Rahmenbedingungen und Trends



Für viele soziale Organisationen überlebenswichtig: Fundraising

FOTO: UNSPLASH

Zum zweiten Mal in diesem Jahr hat die Geschäftsstelle Bezirke auf Grund der großen Nachfrage den ganztägigen Workshop »Einblicke in das professionelle Fundraising« im August durchgeführt. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen sind täglich damit beschäftigt, neue Fördermöglichkeiten zu erschließen und stoßen dabei immer wieder vor enorme Herausforderungen.

So ist es nicht nur schwierig herauszufinden, welche Fördermöglich-

keiten überhaupt in Frage kommen, sondern auch, wie umfangreich der Bewerbungsaufwand ist und ob dieser Aufwand überhaupt geleistet werden kann.

Mit mehr als 20 Jahren Berufserfahrung im Fundraising hat Anne Stalfort mit den Teilnehmenden genau diese Fragen und noch vieles mehr bearbeitet. Dazu gehörte zum Beispiel ein Überblick über Strategien im Fundraising, genauso wie rechtliche Rahmenbedingungen und Trends.

Auch wurden die Erstellung und Bearbeitung von Finanzplänen diskutiert und über Methoden der Förderrecherche. Ausgehend von dem großen Interesse Paritätischer Mitgliedsorganisationen werden wir auch im Jahr 2020 Workshops und Weiterbildungen rund um das Thema Fundraising und Finanzierung anbieten.

■ CHRISTIAN SIEVERT, REFERENT OFFENE JUGENDARBEIT UND BEZIRKSBEAUFTRAGTER FÜR TREPTOW-KÖPENICK BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Paritätisches Jahresgutachten

Verband konstatiert wachsende soziale Ungleichheit und fordert neue soziale Sicherungspolitik

Angeichts wachsender sozialer Ungleichheit warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem aktuellen Jahresgutachten vor einer fortschreitenden Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Verband fordert den Ausbau der sozialen gemeinnützigen Infrastruktur in der Fläche, eine Stärkung individueller sozialer Rechte und Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

In seinen Jahresgutachten untersucht der Paritätische regelmäßig anhand von amtlichen Daten und der Bundesgesetzgebung, wie es um soziale Lage und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland steht.

Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer

Das aktuelle Jahresgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass schwerwiegende und ungelöste soziale Probleme das Bild einer insgesamt guten gesamtwirtschaftlichen Lage trüben: »Die Einkommenszuwächse in Deutschland sind höchst ungleich verteilt, die Vermögenskonzentration und damit die Spreizung nehmen zu. Die immer tiefer werdende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet den sozialen Zusammenhalt massiv«, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Die gute Beschäftigungsentwicklung könne nicht über die tiefen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt hinwegtäuschen.

Fehlende Infrastruktur in einigen Regionen

Zudem gebe es massive Defizite in der Infrastruktur, wobei sich extreme regionale Disparitäten zeigen: »Von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse«, wie sie das Grundgesetz fordert, sind wir sternweit entfernt. Statt kurzer Wege für ein gutes Leben für alle überall, fehlt es in vielen Regionen an adäquater Infrastruktur und Grundversorgung«, so Rosenbrock. Die Bundesregierung habe im Berichtsjahr 2018 zwar durchaus einige Gesetze realisiert, die im Ansatz gut und geeignet waren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das Jahresgutachten kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die Vorhaben in der Regel zu rigide in den Voraussetzungen beziehungsweise viel zu klein dimensioniert waren.



FOTO: ANJA WOTZLAW

Neue soziale Sicherheitspolitik gefordert

»Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht zuletzt, durch solidarische, sozial gerechte Umverteilung für einen Ausgleich zu sorgen. Tatsache aber ist: Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme erodieren und verlieren zunehmend ihre Funktionsfähigkeit. Die sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung greifen zu kurz und erreichen in vielen Fällen nur einen Bruchteil der betroffenen Zielgruppen«, so Rosenbrock. Der Paritätische fordert eine neue »soziale Sicherheitspolitik, verstanden als Politik für soziale Sicherheit und Zusammenhalt« und schlägt dazu Reformen unter anderem bei den Grundsicherungsleistungen, der Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung vor.

Vorrang für Gemeinnützigkeit

Darüber hinaus fordert er einen massiven Ausbau sozialer Infrastruktur und plädiert für einen Vorrang der Gemeinnützigkeit:

»Es gibt Bereiche, in denen haben Profitinteressen nichts verloren«, so Rosenbrock. Am aktuellen Beispiel der Wohnungspolitik zeige sich der akute Handlungsbedarf: »Was gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Organisationen selbstorganisiert und ohne Gewinnausschüttungen schaffen können, das muss wieder Vorrang vor privaten Renditeinteressen oder staatlicher Regulierung bekommen«, so Rosenbrock. Zur Finanzierung fordert der Paritätische einen steuerpolitischen Kurswechsel. Die viel diskutierte Vermögenssteuer könne dabei allenfalls ein erster Schritt sein.

■ JANINA YEUNG, PARITÄTISCHER GESAMTVERBAND

Wissenswertes

Hier der Link zum Download des Paritätischen Jahresgutachtens:

<https://bit.ly/2ZITktb>

Paritätischer für »Pflegedeckel«

Der Paritätische Gesamtverband fordert eine Begrenzung des Eigenanteils in der Pflege auf maximal 15 Prozent

Ein »Pflegedeckel« fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband, um die Eigenanteile zur Finanzierung der Pflege für die Betroffenen künftig auf maximal 15 Prozent der Kosten zu begrenzen. Der Verband will stattdessen die Pflegekassen stärker in die Pflicht nehmen. Es handle sich hier um eine echte und überfällige Neuausrichtung, um künftig nicht nur gute Pflege zu gewährleisten, sondern die Betroffenen auch vor Armut zu schützen.

»Es ist höchste Zeit, dass aus dem Festzuschuss der Pflegekasse eine verlässliche Versicherung wird. Es kann nicht sein, dass Pflegebedürftigkeit wieder zum außerordentlichen Armutsrisiko dieser Gesellschaft wird«, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Laut aktueller Daten des Verbandes der privaten Krankenversicherung müssen Pflegebedürftige für einen Heimplatz immer mehr aus eigener Tasche bezah-

len, die Eigenbeteiligung liege im Bundesdurchschnitt bei fast 1930 Euro. Der Paritätische nennt diese Zahlen alarmierend und mahnt zügige Reformen an, um die Betroffenen zu entlasten und die Pflegefinanzierung vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Schon heute sei es so, dass die Rente meist nicht reiche, um die anfallenden Kosten für die eigene Pflege zu stemmen, warnt Schneider. Der Paritätische weist darauf hin, dass die durchschnittliche Rente für Neurentnerinnen und Rentner bei 874 Euro (West) beziehungsweise 1019 Euro (Ost) liege und damit deutlich unter den durchschnittlich anfallendem Eigenanteilen für einen Heimplatz. Auch die Sozialhilfequote von fast 40 Prozent unter Pflegeheimbewohnern zeige, dass die Pflegeversicherung bei der Absicherung der Pflege bisher kläglich versagt. »Es kann nicht sein, dass Menschen fast ihr Leben lang in die Pflegekasse einzahlen

und am Ende trotzdem in der Sozialhilfe und in Armut landen«, so Schneider. Der Paritätische fordert eine klare Haltelinie: 15 Prozent der Kosten sei das äußerste, was den Pflegebedürftigen an Eigenanteil zuzumuten sei. Perspektivisch sei die Einführung einer einheitlichen solidarischen Bürgerversicherung für alle anzustreben.

Wenn es die Bundesregierung ernst meine mit einer besseren Bezahlung von Pflegekräften und besseren Personalschlüsseln in der Pflege, sei es nach Ansicht des Verbandes unausweichlich, kurzfristig etwa zehn Milliarden Euro zusätzlicher Mittel in der Pflege bereitzustellen, sollen die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen nicht weiter und sprunghaft ansteigen. »Wir erwarten von Gesundheitsminister Spahn, zeitnah konkrete Pläne vorzulegen, wie er zusätzliche Finanzmittel für die Pflege bereitstellen will«, so Schneider.

■ GWENDOLYN STILLING, PARITÄTISCHER GESAMTVERBAND

ÄLTERE MENSCHEN

Interessenvertretung älterer Menschen

Humanistisches Seniorenbüro »Am Puls 60+« wird Teil der Senioren-Organisation BAGSO



Franz Müntefering ist Vorsitzender der BAGSO

FOTO: KONSTANTIN BÖRNER

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, kurz BAGSO, vertritt die Interessen der älteren Menschen in Deutschland gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unter ihrem Dach haben sich über 100 Verbände mit vielen Mil-

lionen älteren Menschen zusammengeschlossen.

Das Seniorenbüro im Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg KdöR erhielt am Montag, 26. August, die Aufnahmeurkunde aus den Händen von Franz Müntefering. Der ehe-

malige Generalsekretär der SPD und Bundesminister für Arbeit und Soziales a.D. ist Vorsitzender der BAGSO. Im Rahmen der Veranstaltung in der Freien Volksbühne Berlin hat Müntefering sein Buch »Unterwegs – Älterwerden in dieser Zeit« vorgestellt. Darin schreibt er unbeschwert aber nachdenklich über das Älterwerden, über Engagement und Mobilität, Gesundheit und Sterben, über Europa, unsere Demokratie und die Frage, wie wir zukünftigen Generationen die Welt hinterlassen.

■ THOMAS HUMMITZSCH, HUMANISTISCHER VERBAND DEUTSCHLANDS, LANDESVERBAND BERLIN-BRANDENBURG KdöR

Wissenswertes

Mehr über den Humanistischen Verband Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg KdöR, erfahren Sie hier:

www.hvd-bb.de

Ist es gut, mit Kindern über den Tod zu reden?

Projekt »Hospiz macht Schule« erstmalig an einer Köpenicker Schule – ambulanter Hospizdienst der Sozialstiftung vor Ort



Über Tod, Trauer und Bewältigung reden

FOTO: KNUT WINZKER

Meist redet man mit Kindern über Tod und Sterben erst, wenn es in der Familie oder im Bekanntenkreis einen Todesfall gab. Das Projekt »Hospiz macht Schule« bietet einer Klasse an fünf Vormittagen viel Zeit mit erfahrenen Gesprächspartnern zu diesem Thema.

Dieses Projekt war eine Premiere an der Friedrichshagener Grundschule in der Peter-Hille-Straße – für die Schülerinnen und Schüler, die Schulleiterin, die Klassenlehrerin und für die beiden Lehrerinnen der Humanistischen Lebenskunde (HVD). Auch die sieben Mitarbeitenden des ambulanten Hospizdienstes der Sozialstiftung Köpenick führten das Projekt zum ersten Mal durch.

Pünktlich um 8 Uhr an einem Augstmorgen erwarteten 21 Schüler der Klasse 5a gespannt die Hospizler und das, was sie vorbereiteten.

Die Teilnehmer sprachen, malten, schrieben und arbeiteten kreativ miteinander. Das Video »Willi will's wissen – Wie ist das mit dem Tod?« und die Schilderungen der Ehrenamtlichen aus der Praxis hinterließen intensive

Eindrücke bei den Kindern. Sie befragten die anwesende Kinderärztin zum menschlichen Organismus. Manchmal musste die Ärztin jedoch ehrlich antworten, dass es todbringende Krankheiten gibt. Mitarbeiter eines ortsansässigen Bestattungshauses erläuterten ihre vielseitigen Tätigkeiten. Die beiden letzten Tage der Woche widmeten sie sich dem Gefühl der Trauer und dem Trösten von Trauernden.

Als Erinnerung an diese Woche behielten die Kinder selbstumgetopfte Bohnenpflanzen, für dessen Pflege und Schutz sie jetzt sorgen. An einer gemalten Bohnenranke im Klassenzimmer schrieben sie auf Papierblätter, was sie sich in der Klasse gegenseitig als Zuwendung geben können, zum Beispiel einander zuhören, in den Arm nehmen oder ein Stück Kuchen schenken.

Am letzten Tag wurden Eltern, Großeltern und Interessierte zu einer Abschlusspräsentation eingeladen. Die Anwesenden erhielten einen Einblick in die Inhalte dieser besonderen Woche. Es wurde gesungen und ein Lastentanz aufgeführt. Dieser kam zuerst behäbig und schwermütig daher, klang aber im

Verlauf immer leichter und fröhlicher und brachte damit die Beteiligten und Zuschauer in eine fröhliche Stimmung. Bei einem Imbiss kamen alle ins Gespräch. »Ich bin erstaunt wie offen und ohne Scheu die Kinder ihrer Neugier freien Lauf ließen – trotz dieses schweren Themas. Die herzliche Verabschiedung zeigte mir, wie nah wir uns in dieser Woche gekommen sind«, so Sylvia Hörchner, Koordinatorin des Ambulanten Hospizdienstes Friedrichshagen.

Das Curriculum von »Hospiz macht Schule« existiert seit 2005. Das Startprojekt fand in Düren-Jülich (NRW) statt und erhielt 2007 aufgrund der präventiven Wirkung den Pulsus-Preis der Techniker Krankenkasse und der Bild am Sonntag.

■ LJUBA ESSEN, SOZIALSTIFTUNG KÖPENICK

Wissenswertes

Weitere Informationen zur Sozialstiftung Köpenick finden Sie unter:

www.sozialstiftung-koepenick.de

Neujahrskonzert der Volkssolidarität

Start ins neue Jahr zu sozialen Preisen im Berliner Konzerthaus mit dem Filmorchester Babelsberg, Solisten und Sängern

Falls Sie auf der Suche nach einem sozialen Weihnachtsgeschenk sind oder mit der Familie einen besonderen Jahresauftakt planen, hat die Volkssolidarität Berlin mit dem Angebot von »VS Kultur« etwas für Sie.

Die Neujahrskonzerte von VS Kultur im Januar haben bei der Volkssolidarität eine lange Tradition. Sie sind Monate im Voraus ausgebucht. Die Idee hinter VS Kultur: Hochwertige Konzerte und Kulturveranstaltungen in namhaften Berliner Kulturadressen anbieten, die für Kulturbegiertere mit kleinerem Budget erschwinglich sind.

Bei den ausgewählten Veranstaltungsorten wird darauf geachtet, dass sie für Menschen mit Handicap nutzbar und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sind. Mit den Einnahmen finanziert die Volkssolidarität ihre sozialen Projekte, beispielsweise in Nachbarschaftseinrichtungen.

2020 feiert der kulturelle Jahresauftakt der Volkssolidarität zu sozialen Preisen sein 25-jähriges Bestehen im Berliner Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Dirigent Aurélien Bello und das Deutsche Filmorchester Babelsberg begleiten mit dem Schweizer Harfenisten Joel von Lerper musikalisch ins neue Jahr. Die brasilianische Mezzosopranistin Melissa Domingues und die portugiesische Sopranistin Sónia Grané bieten Opern- und Operetten-Arien dar. Durch den Abend führt die RBB-Moderatorin Tina Knop. Für zwei Termine gibt es 2020 ausnahmsweise noch Karten.

VS Kultur bietet das ganze Jahr über kulturelle Veranstaltungen und Tanztees an. Weitere Informationen zum Jahresprogramm von VS Kultur gibt es unter www.volkssolidaritaet.de/kultur-freizeit. Die Angebote richten sich an Mitglieder der Volkssolidarität,

aber auch ältere Menschen allgemein, die herzlich eingeladen sind, in Begleitung ihrer Kinder und Enkel Kultur zu genießen.

■ CONSTANCE FREY,
VOLKSSOLIDARITÄT LANDESVERBAND BERLIN E. V.

Wissenswertes

Karten sind noch für zwei Termine erhältlich: am 13. und 21. Januar 2020, jeweils um 19 Uhr.

Karten und weitere Informationen sind erhältlich unter:

Tel.: 030 403 66 28 00 und 030 403 66 28 01 oder unter der E-Mail:

inga.bergmann@volkssolidaritaet.de

Mehr über den Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V. steht auf der Internetseite:

www.volkssolidaritaet.de/berlin

Neujahrskonzert im Konzerthaus Berlin

FOTO: VOLKSSOLIDARITÄT BERLIN E. V.



Sexuelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit

Paritätischer Berlin fordert Streichung des Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch und mehr Aufklärungsarbeit bereits bei Jugendlichen



Demonstration im Juni 2019 vor dem Amtsgericht Berlin

FOTO: ANNA ZAGIDULLIN

Sexuelle Selbstbestimmung stellt ein individuelles Rechtsgut für alle Bürgerinnen und Bürger dar, über ihre eigene Sexualität frei zu bestimmen. Die gesellschaftliche Kontroverse rund um die Themen Schwangerschaftsabbrüche und Beratungszwang, auch bei bereits getroffener Entscheidung, zeigen dennoch, dass in diesem Bereich noch viel Informations- und Aufklärungsarbeit sowie Diskussionen erforderlich sind. Was bedeutet nun die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen?

Wir brauchen eine differenzierte Betrachtung und Diskussion darüber, wie beispielsweise die Aufklärung über sexuelle Selbstbestimmung – bereits in jungen Jahren und auch in der außerschulischen Bildungsarbeit – zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und zur Unterstützung bei der Familienplanung stärker als bisher verfolgt und ausgebaut wird. Dabei müssen die Angebote und Gesprächsanlässe erwei-

tert sowie eine öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagne gestartet werden, die die Mädchen und Jungen zielgruppenadäquat ansprechen.

Selbstbestimmungsrecht und Informationsfreiheit von Frauen müssen weiter gestärkt werden. Dazu gehört insbesondere die ersatzlose Streichung des Paragraph 219a StGB! Mit Fortbestand des Werbeverbots wurde der Paragraph 219a StGB Anfang 2019 reformiert, indem Ärzte, Krankenhäuser oder Einrichtungen auf die Tatsache hinweisen dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen, jedoch nicht über die medizinischen Methoden informieren dürfen. Das ist ein Kompromiss, der die Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte und die Informationsfreiheit von Frauen nicht hinreichend garantieren kann. Die konkreten Regelungsinhalte – wo Werbung für ärztliche Leistungen beginnt, wer Informationen über ärztliche Leistungen weitergeben darf und wie im Bereich Schwangerschaftsabbruch

grundsätzlich hierüber informiert werden soll – gehören nicht ins Strafgesetzbuch. Sie müssen sich an der Lebenswirklichkeit von Frauen im Arzt-Patientinnen-Verhältnis orientieren.

Jede Frau im Schwangerschaftskonflikt hat Anspruch auf pluralistische, kostenfreie Beratung sowie eine ausreichende räumliche Versorgung. Es muss für Alle eine soziale und wirtschaftliche Unterstützung gewährleistet sowie die notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können.

Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin im Bereich Frauen wollen einen breit angelegten Meinungsaustausch zum Thema sexuelle Selbstbestimmung von Frauen initiieren und fachpolitische Positionen erarbeiten.

■ ANNA ZAGIDULLIN, REFERENTIN HILFEN ZUR ERZIEHUNG UND FAMILIE SOWIE REFERENTIN FRAUEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Fruchtbarkeitserhaltung bei krebserkrankten Menschen

Finanzierungshindernisse für die Kryokonservierung von Eizellen, Spermien oder Hodengewebe noch nicht beseitigt

Im Mai dieses Jahres ist eine Änderung des Sozialgesetzbuchs V (SGB V) in Kraft getreten, mit der die Fruchtbarkeitserhaltung für junge Krebspatienten zur Kassenleistung wird. Auf ihrer Internetseite stellt die Deutsche Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs jetzt in der Rubrik »Wissen« verständliche Informationen zur Fruchtbarkeitserhaltung und Hilfen für Anträge an Kassen und Versicherungen zur Verfügung. Nach wie vor gibt es allerdings Ablehnungen von den Krankenkassen und Betroffene müssen Kosten bis zu 4.300 Euro selbst tragen.

Mehr als 80 Prozent der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen können dank Fortschritt der Krebsmedizin geheilt werden. Doch die notwendigen Behandlungen mindern oder vernichten in vielen Fällen ihre Fruchtbarkeit. Es gibt nach medizinischem Standard gut etablierte Methoden, die vielen jungen Menschen die Aussicht auf eigene Kinder erhalten können. Darunter sind das Einfrieren von Eizellen oder Eierstockgewebe für Frauen und das Einfrieren von Spermien oder Hodengewebe für Männer.

Die Regelungen für die Finanzierung der Fruchtbarkeitserhaltung sind so kompliziert, dass sie selbst im Gesundheitswesen Tätige oft nicht verstehen. Wir gehen in der Folge auf die Kryokonservierung von Eizellen, Spermien oder Hodengewebe ein. Weitergehende Informationen und Vorlagen für die Antragstellung an Kassen und Versicherungen sind jetzt ebenfalls in dem neuen Bereich »Wissen« abrufbar.

Einfrieren von Eizellen, Spermien oder Hodengewebe

Das Zeitfenster für eine Kryokonservierung, das Einfrieren von Eizellen, Spermien oder Hodengewebe, ist sehr eng. Die Maßnahmen müssen noch vor dem Beginn der Therapie realisiert werden. Oft sind nur wenige Tage Zeit. Die Konservierung kostet für Eizellen bis 4.300 Euro, für Spermien etwa 500 Euro und Hodengewebe bis 1.500 Euro. Hodengewebe einzufrieren ist nur notwendig, wenn nicht genug Spermien gewonnen werden können. Für die Lagerung in den Kälte-tanks werden bei jedem der Verfahren etwa 300 Euro pro Jahr fällig.

Die Kryokonservierung macht es zusammen mit einer späteren künstlichen Befruchtung möglich, eigene Kinder zu haben. Die Änderung des Paragraph 27a SGB V durch das sogenannte Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) im Mai 2019 hat diese Verfahren zur Kassenleistung gemacht. Nach wie vor müssen jedoch die Betroffenen Anträge auf Kostenübernahme stellen und diese werden nach den Informationen der Stiftung in vielen Fällen abgelehnt.

Warum gibt es oft keine Finanzierung?

Warum gibt es weiterhin meist keine Finanzierung für die Fruchtbarkeitserhaltung durch die Krankenkassen? Die er-

folgte Gesetzesänderung sieht vor, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) eine Richtlinie für die Durchführung der Kryokonservierung der Eizellen, Spermien oder Hodengewebe erlassen muss. Der G-BA ist das höchste Beschluss-gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen. Er hat am 4. Juli die Beratung über die Richtlinie aufgenommen und einen Zeitplan veröffentlicht. Danach soll die Richtlinie im Februar 2020 beschlossen sein.

Dann muss allerdings noch ein weiteres Gremium, der Bewertungsausschuss, die Preise für die Leistungen zur Fruchtbarkeitserhaltung festlegen. Dafür hat er sechs Monate Zeit. Bis alle Beschlüsse und Festlegungen vorliegen, kann es bis in die zweite Hälfte des Jahres 2020 dauern. Die Krankenkassen beziehen sich bei einer Ablehnung der Kostenübernahme oft darauf, dass diese Regelungen noch nicht vorliegen.

Unserer Meinung nach sind die gesetzlichen Krankenkassen nicht gezwungen, die Finanzierung abzulehnen. Sie hätten einen Spielraum für Einzelfall-entscheidungen, den sie wahrnehmen könnten.

Was können Betroffene tun?

Wir empfehlen, in jedem Fall einen Antrag auf Kostenübernahme an die Krankenkasse oder Versicherung zu stellen. Dies kann formlos geschehen. Vorlagen für die Anträge hat die Stiftung jetzt auf einer Seite mit medizinischen Informationen und Hilfen für Anträge bereitgestellt. Wird die Kostenübernahme abgelehnt, lohnt sich ein Widerspruch. Er muss meist innerhalb eines Monats schriftlich eingelegt werden. Auch dies kann formlos geschehen und kostet nichts.

»Auch wenn Anträge und Widersprüche in einzelnen Fällen erfolgreich waren, bleibt eine unzumutbare Belastung der jungen Betroffenen in einer Situation, in der die Krebsdiag-nose gestellt wurde und die Behandlung unmittelbar bevorsteht. Es ist unwürdig, die Betroffenen diesen Mühen der Bürokratie aussetzen«, sagt Prof. Dr. med. Mathias Freund, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs.

■ PROF. DR. MED. MATHIAS FREUND,
DEUTSCHE STIFTUNG FÜR JUNGE ERWACHSENE MIT KREBS

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
JUNGE
ERWACHSENE
MIT KREBS

Wissenswertes

Informationen über die Deutsche Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs finden Sie auf der Internetseite:

www.junge-erwachsene-mit-krebs.de

Checkpoint für Gesundheit

Beratung, Untersuchungen, Impfungen und Tests zur HIV-Prävention

Vor rund einem Jahr hat der »Checkpoint BLN« am Hermannplatz seine Türen für Nutzer geöffnet. Seit der Eröffnung wurden unterschiedliche Angebote rund um die sexuelle Gesundheit geplant und umgesetzt. Das Angebot richtet sich an schwule, bisexuelle und andere Männer, die Sex mit Männern haben sowie trans und inter Personen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.

Hauptziel ist es, queere Menschen mit erhöhtem HIV-Risiko bei ihren Bemühungen zu unterstützen, HIV-negativ zu bleiben. Dementsprechend können sich Nutzer anonym auf HIV und andere STIs, also sexuell übertragbare Infektionen, testen und gegebenenfalls anschließend behandeln lassen. In den Beratungsgesprächen, die an das Testangebot gekoppelt sind, können Safer Sex Strategien, Substanzkonsum, Safer Use und andere Themen der sexuellen Gesundheit besprochen werden. Seit Aufnahme dieses Angebots im April 2019 haben bereits mehr als 2000 Nutzer den Checkpoint BLN aufgesucht.

Darüber hinaus können sich Interessierte im Rahmen einer psychosozialen und medizinischen Begleitung die PrEP, Prä-Expositionsprophylaxe, verschreiben lassen. Die PrEP ist die Einnahme eines in der HIV-Therapie eingesetzten Medikaments, zum Schutz vor einer HIV-Infektion. Zur PrEP-Vergabe gehören Beratungen und regelmäßige medizinische Untersuchungen, unter anderem HIV- und STI-Tests.

Bis zur Kostenübernahme der PrEP durch die gesetzlichen Krankenkassen, also bis zum ersten September 2019, konnten über 200 Personen mit geringem Einkommen, berlinpass-Inhabende, die PrEP und die notwendigen Vor- und Begleituntersuchungen sowie die dazugehörigen medizinischen und psychosozialen Beratungen, im Rahmen eines einmaligen Modellprojekts kostenfrei erhalten.

Auch Impfungen gegen Hepatitis A und B sowie die PEP, Postexpositionsprophylaxe, sind im Checkpoint BLN erhältlich. Die PEP ist die Einnahme einer HIV-Therapie für vier Wochen und dient der Vermeidung einer HIV-Infektion nach einem HIV-Infektionsrisiko. Das Versorgungsangebot umfasst also leicht zugängliche, psychosoziale Beratungsangebote mit me-



Beratungsraum »Checkpoint BLN«

FOTO: JACQUES KOHL

dizinischen Konsultationen und laborärztlichen Untersuchungen. Mit seinem Standort am Hermannplatz – in Berlin-Neukölln in direkter Nachbarschaft zu Kreuzberg – befindet sich der Checkpoint BLN in einem Kiez, der von Multikulturalität, sexueller Vielfalt und Queerness geprägt ist. Der Checkpoint BLN ist damit sehr szenenah und bietet eine niedrigschwellige Anlaufstelle für seine Nutzer.

Das innovative Versorgungskonzept trägt erheblich dazu bei, HIV-Prävention in Berlin zu verbessern, und gleichzeitig die frühe Erkennung der HIV-Infektion und die frühe Behandlung von HIV zu fördern. Dazu wurde eine träger- und sektorenübergreifende Struktur mit einer gemeinschaftlichen ärztlichen und psychosozialen Leitung etabliert. Mitarbeitende der Berliner Aids-Hilfe e.V. und der Schwulenberatung Berlin gGmbH stellen das entsprechende Fachpersonal. Für die Berliner HIV-Schwerpunktpraxen wurde zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin das Modell der Zweigpraxen für die Tätigkeit in den Räumen des Checkpoint BLN angepasst, so dass qualifizierte Fachärzte im

Rahmen des Konzeptes im Checkpoint tätig sein können.

Der Checkpoint ist eine Maßnahme von Berlins Engagement im Rahmen der Fast Track City Initiative zum Beenden von Aids und wird gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Er ist ein Kooperationsprojekt der Berliner Aids-Hilfe e.V., der dagnä e.V., der Schwulenberatung Berlin gGmbH und Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum unter der aktiven Beteiligung von Ärzten des AK Aids niedergelassener Ärzte Berlin e.V. An der Ausarbeitung des Konzepts waren auch der Paritätische Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V., Hilfe-für-Jungs e.V., fixpunkt e.V., das Zentrum für sexuelle Gesundheit und die KV Berlin maßgeblich beteiligt.

■ JACQUES KOHL UND CHRISTOPH WEBER, CHECKPOINT BLN

Wissenswertes

Für Termine und zusätzliche Informationen:

www.checkpoint-bln.de

www.schwulenberatungberlin.de

Erster Geburtstag für Therapiezentrum

Das Gesundheitszentrum der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V. wird ein Jahr – eine Bilanz

Am 15. September vergangenen Jahres wurde unter großer Beteiligung der Mitglieder und Ehrengäste aus Presse, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Politik und Gesellschaft das Rheuma-Liga-Berlin-Gesundheitszentrum eröffnet, damals: Aqua-Thermal-Kryo-Center/Generationenbad. Unser Vorstand hatte seinerzeit betont, wie wichtig diese Therapiestätte für die Versorgung von Kindern und Erwachsenen mit rheumatischen Erkrankungen ist. Als Ziel wurde die Schaffung zahlreicher zusätzlicher Kurse in Trocken- und Warmwassergymnastik, Funktionstraining, sowie die Einrichtung von Angeboten mit Infrarot-Kabinen für Wärme und Kryo-kabinen für Kälte benannt.

Fast ein Jahr nach der Eröffnung ist es nun an der Zeit, einmal näher zu betrachten, wie sich das Rheuma-Liga-Berlin-Gesundheitszentrum entwi-

ckelt hat. Anfang September 2019 wurden folgende Kurse angeboten:

- ▶ Trockengymnastik/Funktionstraining: 14 wöchentliche Kurse mit 124 Personen
- ▶ Warmwassergymnastik/Funktionstraining: 42 wöchentliche Kurse mit 482 Personen
- ▶ Kurse für Kinder und Jugendliche mit rheumatischen Erkrankungen/Funktionstraining: vier wöchentliche Kurse mit 37 Personen
- ▶ Kryo- und Infrarotkabinen: Wöchentliche Gruppenangebote mit 13 Personen

Das Fazit fällt also positiv aus, denn das Ziel, viele zusätzliche dringend benötigte Gruppenbewegungsangebote zu schaffen, wurde erreicht. Die zahlreichen Funktionsräume bieten gute Rahmenbedingungen auch für innovative

Vorhaben: So fand zum Beispiel am 17. und 18. August ein Workshop des Bundesverbandes der Rheuma-Liga statt zur Weiterentwicklung des Funktionstrainings. Weiterhin ist die Nachfrage nach zusätzlichen Gruppenbewegungsangeboten sehr hoch: Melden Sie sich gerne bei uns, wenn Sie als ehrenamtlicher Hausengel dabei helfen wollen, die Versorgung für Kinder und Jugendliche mit rheumatischen Erkrankungen weiter zu verbessern.

■ MALTE ANDERSCH, DEUTSCHE RHEUMA-LIGA BERLIN E. V.

Wissenswertes

Mehr über die Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. und das Gesundheitszentrum finden Sie auf der Internetseite:

Internet: www.rheuma-liga-berlin.de

Eröffnung der Therapiestätte im September 2018

FOTO: DEUTSCHE RHEUMA-LIGA E. V.



FOTO: MARIO ZEIDLER



PARITÄTISCHER RUNDBRIEF

Es geht nicht nur ums Geld

Wie Armut Menschen ausgrenzt – und was wir dagegen tun können

»Wer den Sozialstaat aufrechterhalten möchte, kommt um eine Umverteilung nicht herum«

Der Sozialstaat kommt seiner Aufgabe nicht nach, Wohlfahrtszuwächse so zu verteilen, dass Armut abnimmt, so Ulrich Schneider. Der Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. mit Vorschlägen, woher mehr Geld für Sozialausgaben kommen könnte und wohin es fließen sollte

Was ist für Sie Armut?

Wenn Menschen abgehängt sind, an der Mitte dieser Gesellschaft nicht teilhaben können, wenn sie ausgegrenzt sind und das über eine längere Zeit, dann muss man in dieser reichen Gesellschaft von Armut sprechen.

Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Was entgegnen Sie Kritikern die sagen, demnach gäbe es immer Armut, auch wenn allen mehr Geld zur Verfügung stünde?

Das stimmt nicht. Die Einkommen dürfen einfach nicht so stark differieren. Bei mehr Einkommensgleichheit würde Armut sukzessive verschwinden. Wenn wir so viel Gleichheit hätten, dass keiner unter 60 Prozent des mittleren Einkommens läge, dann wäre die Armut weg. Ein Beispiel: Wenn jeder Single in Deutschland mindestens 1.200 Euro im Monat hätte, gäbe es keine armen Singles.

Was sind Stellhebel, um Armut abzubauen?

Gegen Armut hilft Geld, etwa für Hartz-IV-Bezieher, Alleinerziehende und Kinder. Wir haben im Moment beispielsweise sechs Millionen Hartz-IV-Bezieher. Den meisten von ihnen fehlt Geld, um über den Monat zu kommen. Da hilft nichts anderes, als erstens die Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen.

Dann stellt sich die Frage: Wie können sie langfristig raus aus dem Hartz-IV-Bezug kommen? Wir haben unter den 4,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter, die Hartz-IV beziehen, rund 1,5 Millionen Arbeitslose und die wollen arbeiten. Wo das der erste Arbeitsmarkt nicht leistet, müssen wir zweitens öffentlich geförderte Beschäftigung anbieten. Dann haben wir unter den Hartz-IV-Beziehern etwa 1,2 Millionen, die arbeiten. Das sind vor allem alleinerziehende Mütter. Eine alleinerziehende Person – nur etwa zwei Prozent sind Väter – muss erst mal einen Kinderbetreuungsplatz in adäquater Nähe zu ihrer Wohnung und zu



Dr. Ulrich Schneider

FOTO: DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

ihrer Arbeitsstelle finden. Wo das nicht funktioniert ist auch keine Möglichkeit da, ein entsprechendes Einkommen zu erzielen um nicht mehr aufstocken zu müssen. Bei Alleinerziehenden aber auch bei kinderreichen Familien ist eine 40-Stunden-Woche häufig eine Illusion. Diese Eltern sollten also drittens die Möglichkeit haben, kürzer zu treten bei der Arbeit und einen Lohnausgleich zu erhalten.

Das sind einige Maßnahmen, mit denen man Armut verhindern kann. Zu unterscheiden sind sie von der Armutsprävention! Und da helfen: Bildung, Bildung und das Vorbild zu Hause. Das heißt: Die Eltern müssen die Möglichkeit haben, zu arbeiten und damit auch ausreichend Geld zu verdienen.

Bitte schildern Sie die Position des Paritätischen zu folgenden Sozialleistungen: Hartz-IV-Regelsätze ...

... erhöhen von 432 auf 582 Euro. Weil man mit den aktuellen Regelsätzen nicht oder kaum über die Runden kommen kann. Die Regelsätze sind künstlich kleingerechnet. Der Paritätische hat nachgerechnet und kommt auf 582 Euro.

Grundsicherung ...

... muss sanktionsfrei sein und setzt sich zusammen aus Hartz IV – das ist die Grundsicherung für die Arbeitssuchenden –, der Altersgrundsicherung und der Grundsicherung für die Erwerbsgeminderten. In allen Bereichen müssen die Regelsätze erhöht werden.

Kindergrundsicherung ...

Wir brauchen ein existenzsicherndes Kindergeld. Das muss sich beziehen auf den Existenzminimumsbericht der Bundesregierung. Diese Kindergrundsicherung wollen wir mit steigendem Einkommen der Familie abschmelzen.

Wir müssen den Familienlastenausgleich vom Kopf auf die Füße stellen: Der, der am wenigsten hat, bekommt am meisten. Der, der am meisten hat, bekommt weniger.

Grundrente ...

Langjährig Versicherte sollten Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung erhalten, deshalb, weil es sonst keine Rente ist. Man kann doch nicht sagen, ok, bei dir erkenne ich die Lebensleistung an, bei einem anderen aber sage ich: Du bist verheiratet mit jemandem, der viel Geld hat, deswegen erkenne ich deine Lebensleistung nicht an. Aber: statt erst nach 35 Jahren sollte die Grundrente bereits nach 20 Beitragsjahren greifen. Viele Menschen arbeiten in befristeten Verhältnissen und müssen sich von Job zu Job hangeln – dem muss man Rechnung tragen.

Welche Maßnahmen sollten über Geld hinausgehen?

Häufig fehlt mehr als Geld. Wenn jemand verschuldet ist und keine Perspektive sieht, dann werde ich ihn auch kaum zur Arbeit motivieren können. Ich muss das verknüpfen mit einer Schuldnerberatung. Wenn ich feststelle, dass Familienstrukturen zerrüttet sind, muss es familienpädagogische Hilfen geben. Wenn jemand aus gesundheitlichen Gründen nur noch drei Stunden am Tag arbeiten kann sollte es soziale Beschäftigungsinitiativen geben. Wir brauchen einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt. So sehr wir natürlich der Ansicht sind, dass eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt erfolgen sollte, wissen wir doch, dass es ganz viele Menschen gibt, bei denen das nicht klappt. Bei Einrichtungen für behinderte Menschen ist das oft geregelt, da gibt es Inklusionsfirmen. Warum sollten wir das Angebot nicht erweitern für Personen, die soziale Handicaps mitbringen?

Was halten Sie in diesem Zusammenhang vom Berliner Modell des Solidarischen Grundeinkommens?

Es hat Vorteile. Es geht um fair bezahlte, sozialversicherte und unbefristete Arbeitsplätze.

Mehr Geld ins Sozialsystem zu geben ist ein Weg, Armut zu lindern. Das passiert. Warum hilft das nicht?

Im mittelfristigen Vergleich steigen die Sozialausgaben nicht. Wir haben eine Sozialquote – das ist der Anteil am Volkseinkommen, der in Soziales fließt – die seit Jahren zwischen 27 und

29 Prozent liegt. Absolut gesehen fließt zwar mehr Geld, diese Quote aber ist gleichgeblieben. Der größte Teil der Sozialausgaben geht übrigens in Rente und Gesundheit. Es ist ein Zerrbild, wenn man sagt, es wird zu viel für Armutsbekämpfung ausgegeben – das ist nicht der Fall. Zur Wahrheit gehört: Die Ausgaben für Pflege, Renten und Gesundheit werden weiter steigen müssen mit der demografischen Entwicklung. Wir werden in Deutschland mittelfristig um eine Erhöhung des Sozialbudgets nicht herumkommen, wenn wir diesen Sozialstaat nicht abbauen wollen.

Diesen Monat erscheint auch der neue Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes. Was sind Kernaussagen?

Der Armutsbericht 2019, den wir Mitte November vorlegen, wird im langfristigen Vergleich keine Trendwende feststellen können. Wir haben seit 2006 einen Anstieg der Armut in Deutschland, selbst wenn es in einem oder anderem Jahr mal leicht besser wird. Seit Jahren haben sich Wirtschaft und Armut in ihrer Entwicklung völlig voneinander abgekoppelt: Steigender Wohlstand führt nicht mehr zu weniger Armut. Das heißt, dass hier der Sozialstaat seiner Aufgabe nicht nachkommt, dafür zu sorgen, dass Wohlfahrtszuwächse so verteilt werden, dass Armut abnimmt.

Woher sollte mehr Geld für Sozialausgaben kommen?

Wenn man den Sozialstaat aufrecht erhalten möchte, kommen wir um eine echte Umverteilung nicht herum. Es gibt den Hebel, außerordentlich hohe Einkommen stärker zu besteuern.

Die zweite Quelle ist die Erbschaftsteuer. Die Besteuerung von Erbschaften liegt in Deutschland bei etwa fünf Prozent. Das ist im Vergleich zu Einkommen, die man anders erworben hat, außer dass jemand gestorben ist, ein schlechter Witz. Eine Besteuerung von zehn bis 15 Prozent würde zusätzliche Einnahmen bringen.

Die dritte Quelle wäre die Vermögenssteuer. Modelle dafür gehen von zusätzlichen Einnahmen zwischen zehn und 20 Milliarden Euro aus. Bis in die Mitte der 90er Jahre gab es die Vermögenssteuer und man kann nicht sagen, dass dadurch die Wirtschaft gelitten hätte. Auch die jetzigen Modelle sehen konjunkturunschädliche Instrumentarien vor. Man muss mit Personen, die reinvestieren anders umgehen, als mit Vermögensträgern, die ihr Geld in erster Linie in die Sammlung von Kunstgegenständen oder teuren Autos anlegen.

Ich persönlich erwärme mich auch für eine Luxussteuer, weil sie völlig konjunkturunschädlich ist. Wenn jemand 20.000 Euro für eine Armbanduhr ausgibt, wird er kein Problem haben, auch 21.000 Euro dafür auszugeben. Das würde sehr viel Geld für existenzielleres an anderer Stelle generieren.

Wie lässt sich Geld gerecht verteilen?

Wenn man sich die Verteilung von Mitteln anschaut, muss man gerade in den Bereichen Familie und Soziales eine andere Mentalität einziehen lassen. Ich finde das schon erstaunlich, wenn wir über Kindergrundsicherung diskutieren, wie viele dann kommen und glauben, sie müssten aus dem Familienbudget Gegenfinanzierungen aufbauen. Beispielsweise: Wir bauen die Kinderbetreuung aus, dafür wird das Kindergeld nicht mehr erhöht. Kein Verkehrsminister käme auf die Idee zu sagen: Ich baue jetzt die Bahn aus und mache aber nichts mehr für Straßen. Er wird ganz selbstverständlich alles fordern. Keine Verteidigungsministerin würde sagen: Ich baue nur noch U-Boote und auf die Flugzeuge verzichte ich dafür. Sie wird immer alles fordern. Da plädiere ich für mehr Selbstbewusstsein bei denjenigen, die politisch Verantwortung tragen: Seid nicht so bescheiden!

Im Zusammenhang mit der Klimadiskussion sprechen Sie von einer sozial-ökologischen Wende. Wie sollte diese aussehen?

Der Paritätische hat viele Mitgliedsorganisationen, die Entwicklungszusammenarbeit leisten. Einige der Probleme in diesen Ländern und Fluchtursachen resultieren aus einer nicht stattfindenden Klimaschutzpolitik oder aus einer Politik, die Raubbau an unserem Planeten betreibt. Darum treten wir ein für eine ambitionierte, konsequente und sozial gerechte Klimaschutzpolitik! Politik muss dabei auch die Menschen im Blick haben, die kaum Geld haben, sich auch mit Prämien keine Neuwagen leisten können und die auch keine Steuern zahlen. Ihnen ist mit Konsumprämien nicht geholfen. Klimaschutz darf kein Elitenprojekt werden und ein umweltbewusstes Leben darf kein Luxus sein. Ziel muss es sein, dass sich alle ein klima- und umweltfreundliches Leben leisten können. Wir bereiten uns im Gesamtverband intensiv darauf vor und sind in Kontakt mit dem Umweltministerium und Initiativen, um hier dafür zu werben, dass eine ökologische Wende nicht ausreicht; wir brauchen eine sozial-ökologische Wende.

■ DAS INTERVIEW FÜHRTE ANJA WOTZLAW

ARMUT BEI KINDERN UND FAMILIEN

Welche Ansätze die Familienpolitik ausbauen sollte und warum eine automatisch ausgezahlte Kindergrundsicherung besser wäre als viele Einzelleistungen, die extra beantragt werden müssen

22 Prozent der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre sind arm



Paritätische Studie »Verschlossene Türen« belegt wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland

Eine wachsende soziale Kluft zwischen armen und reichen Familien belegt eine Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands, für die aktuelle amtliche Daten ausgewertet wurden. Ihr Titel: »Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen«. Darin geht der Paritätische Wohlfahrtsverband der Frage nach, wie viel Geld Familien mit Kindern zur Verfügung haben und was sie für die physischen und für soziale Grundbedarfe der Teilhabe der Kinder ausgeben.

Im Zehn-Jahres-Vergleich ging die ohnehin breite Schere zwischen den Haushaltseinkommen der ärmsten und der reichsten Familien weiter auseinander, so der Befund. Während der Konsum im Durchschnitt moderat und beim obersten Zehntel spürbar zugenommen hat, mussten sich die ärmsten Kinder über die Jahre weiter einschränken: Arme Familien hatten real weniger Geld als noch zehn Jahre zuvor zur Verfügung, um ihren Kindern mehr als das physisch Notwendige zu finanzieren.

»Arme Kinder werden ärmer und immer weiter abgehängt. Das, was für die Mehrheit Gleichaltriger selbstverständlich ist, bleibt ihnen auf Grund der Einkommenssituation ihrer Eltern versagt. Arme Familien haben faktisch immer weniger im Portemonnaie und gespart wird notgedrungen an allem, was über das physisch Überlebensnotwendige hinausgeht«, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. »Während die breite Mehrheit sich immer mehr leisten kann, sind arme Kinder zunehmend außen vor. Das Gefühl nicht dazu zu gehören, ausgegrenzt zu sein und abseits stehen zu müssen, ist das Lebensgefühl armer Kinder in Deutschland. Frust, Resignation, weniger Bildungserfolg und höhere Krankheitsanfälligkeit sind schließlich sehr häufig die Folgen der Einkommensarmut der Familien«, so Schneider.

Während die durchschnittlichen Ausgaben für ein Kind bei rund 600 Euro liegen, konnten sich die ärmsten zehn Prozent der Paarhaushalte mit einem Kind nur 364 Euro für ihr Kind leisten. Die reichsten zehn Prozent der Familien gaben im Schnitt 1.200 Euro im Monat für ihr Kind aus. Besonders eklatant sind die Differenzen bei den Ausgaben für die sozialen Grundbedarfe der Teilhabe. Ob Spielzeug, Zoo-Besuch, das gelegentliche Eis bei einem Ausflug oder auch eine Kindertheatervorstellung: Insgesamt konnten die ärmsten Paarhaushalte mit einem Kind gerade einmal 44 Euro pro Monat für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie außerhäusliche Verpflegung ihres Kindes ausgeben und damit – preisbereinigt – fast 30 Prozent weniger als zehn Jahre zuvor. Der Durchschnitt gab für ein Kind fast drei Mal so viel (123 Euro) aus, die reichsten zehn Prozent dagegen sogar 257 Euro und damit fast sechs Mal so viel wie die ärmsten Familien und



Infografik zur Einkommensungleichheit

FOTO: DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

preisbereinigt sogar 14,7 Prozent mehr als zehn Jahre vorher. »Ein gleichberechtigtes Aufwachsen ist für die Kinder in den einkommensarmen Haushalten nicht möglich. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich manifestiert sich am Ende im sozialen Ausschluss der Kinder«, so Mit-Autor der Studie Andreas Aust von der Paritätischen Forschungsstelle.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert, das Bildungs- und Teilhabepaket zu ersetzen durch einen Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Darüber hinaus müsse der Familienlastenausgleich »vom Kopf auf die Füße gestellt« werden: Der Verband plädiert für die Einführung einer einkommens- und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung.

■ GWENDOLYN STILLING, PRESSESTELLE PARITÄTISCHER GESAMTVERBAND

Wissenswertes

Hier finden Sie den Link zur Broschüre: »Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen« von der Paritätischen Forschungsstelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V.

www.der-paritaetische.de/publikation/expertise-verschlossene-tueren

Grundlegender Wechsel statt ständige Bastelei

Warum das Gute-Kita-Gesetz und das Starke-Familien-Gesetz nicht vollends wirken können – eine Einschätzung von Dorothee Thielen

Im Jahr 2019 hat die Familienministerin zwei Gesetze auf den Weg gebracht. Das eine richtet sich indirekt an Familien und nennt sich Gute-Kita-Gesetz. Im Wesentlichen werden die Bundesländer auf den Zug der Beitragsfreiheit aufspringen und somit Familien bei der Inanspruchnahme eines Kita-Platzes finanziell entlasten. Das zweite ist das Starke-Familien-Gesetz, das im Kern die Leistungen zu Bildung und Teilhabe – BuT erhöht und die Inanspruchnahme des Kinderzuschlags für eine größere Anzahl von Familien, insbesondere von Alleinerziehenden ermöglicht. Das ist doch gut – oder?

Das Starke-Familien-Gesetz leistet einen ersten Schritt zu einer besseren Unterstützung von Familien, insbesondere von denjenigen mit einem alleinerziehenden Elternteil. Die bisherige scharfe Abbruchkante entfällt: Familien mit geringem Einkommen müssen nicht mehr befürchten, dass der Kinderzuschlag komplett wegfällt, sobald sie geringfügig mehr verdienen. In Zukunft wird hier langsam abgeschmolzen. Der Weg zur Schule ist mittels kostenloser Tickets ebenso abgedeckt wie das Mittagessen.

Wer sich in den Dschungel der vielfältigen Leistungen aus Kindergeld,

Kinderzuschlag, Elterngeld, Wohngeld etc. begibt, stellt schnell fest: Habe ich das eine mühevoll ergattert, wird mir an anderer Stelle gekürzt. Auch die jetzigen Verbesserungen vermögen das Grundproblem nicht zu lösen: Die Unterstützung muss dahin, wo sie gebraucht wird.

Seit Jahren sprechen sich Verbände, Institutionen sowie Fachexpertinnen und -experten für eine Senkung der Zugangsbarrieren zu staatlichen Hilfen, eine Vereinfachung der Antragsverfahren, eine auskömmliche Ausstattung der Leistungen sowie eine andere Berechnungs- und Anrechnungspraxis aus. Eine immer wieder punktuelle Nachbesserung bestehender »Inselsysteme« wird nicht ausreichen, um langfristig Kinder- und Familienarmut entgegenzuwirken.

Weder der Kinderregelsatz noch das Bildungs- und Teilhabepaket sichern ein angemessenes Existenzminimum. Der Regelbedarf für Kinder und Jugendliche wird durch willkürliche Setzungen beim Umgang mit dem statistischen Datenmaterial der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu niedrig berechnet. Die Berechnung orientiert sich an den unteren 20 Prozent der Haushaltseinkommen und da-

mit an den ärmsten Haushalten. Eine realistische Ermittlung des Existenzminimums müsste zu einer Erhöhung der Kinderregelsätze zwischen 30 und 70 Euro führen.

Bisher kommen Erhöhungen des Kindergeldes Kindern aus leistungsberechtigten Familien nicht zugute, da sie voll von der Regelleistung abgezogen werden. Ziel muss sein, dass sich Kindergelderhöhungen für alle Kinder positiv auswirken, also muss es darum gehen auf eine solche Anrechnungspraxis zu verzichten.

Aktuell führen Regelungen in der Steuer-, Familien- und Sozialpolitik zu unterschiedlichen Höhen des kindlichen Existenzminimums. Von den 148 familien- und acht ehebezogene Leistungen profitieren besonders Paare ohne Kinder oder Familien mit höherem Einkommen. Die Förderbeträge für in Armut lebende Kinder sind niedriger als die Steuerentlastung bei Familien mit Spitzeneinkommen. Um hier Verbesserungen zu erreichen, ist die Weiterentwicklung der Leistungsgesetze und des Steuerrechts notwendig.

Am Ende bleibt nur eine Forderung: Statt stetiger Bastelei am Vorhandenen endlich eine grundlegende Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut anwenden: Die Einführung einer Kindergrundsicherung, die völlig unabhängig ist vom Einkommen der Eltern.

■ DOROTHEE THIELEN, REFERENTIN FÜR KINDER UND KINDERTAGESSTÄTTEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN



Dorothee Thielen
FOTO: PETRA ENGEL

Programm »KinderZukunft«

Stiftung Parität Berlin informiert über Förderung für Kinder und Jugendliche zur Erhöhung der Bildungs- und Teilhabe-Leistungen

Vor 13 Jahren hat die Stiftung Parität Berlin das Programm »KinderZukunft« ins Leben gerufen. Das Ziel: möglichst unkompliziert benachteiligte Kinder und Jugendliche besonders im Bereich Bildung zu fördern. Dafür stellt die Stiftung pro Jahr etwa 50.000 Euro zur Verfügung. In den 13 Jahren konnte über das Programm 1315 Kindern eine Teilnahme

an verschiedenen Kursen ermöglicht werden. Hier ein paar Beispiele: Nachhilfe, Computerkurs, Deutschkurs, Klavierunterricht, Geige, Schlagzeug, Saxophon, Reiten, Hip-Hop, Voltigieren, Judo, Schwimmen, Ballett und Fußball etc.

Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin fällen die Entscheidungen und sie erstellen Gutscheine

über eine Förderung durch das Programm. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begegnen Kindern und kennen meist deren familiären Hintergrund. Denn bedürftig sind nicht nur Menschen, die Transferleistungen erhalten.

Oft ist die Ausstellung eines Gutscheins auch ein Schlüssel zu weiteren Hilfen. Bei den auszahlenden Stellen, meist Nachbarschaftshäuser, laufen



viele Angebote zusammen und werden auch dankbar angenommen.

Seit 2011 unterstützt auch der Bund mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) benachteiligte Kinder und Jugendliche. Es werden unterschiedliche Leistungen für die Kinder zur Verfügung gestellt, unter anderem zehn Euro pro Monat und Kind für die Teilnahme an sportlichen und musischen Angeboten. Diese sollen von den Familien vorrangig abgefordert werden.

Bei Ausstellung eines Gutscheins durch unsere Mitgliedsorganisationen kann alles über zehn Euro durch »KinderZukunft« gefördert werden, maximal jedoch 270 Euro im Jahr.



Chris Wachholz
FOTO: SANDRA STOLL

Neben der Förderung von Bildungs- und Sportangeboten, Angeboten im musischen, kreativen oder auch naturwissenschaftlichen Bereich, gibt es eine Förderung für kleinere Anschaffungen. Mit 50 Euro pro Jahr können für bedürftige Kinder kleinere Anschaffung gemacht werden. Hier ein paar Beispiele: Kleidung, Bücher, Spielzeug, Fahrrad, Schulmaterial und so weiter. Etwa 7900 Kindern konnten von 2006 bis 2018 kleinteilig unterstützt werden.

Seit 1. August 2019 gibt es Änderungen im BuT. Die Ausstattung von Schulbedarf erhöht sich von 100 auf 150 Euro im Schuljahr. Für die Teilnahme an sportlichen und musischen Angeboten stehen nun 15 Euro

pro Monat zur Verfügung, diese werden nun direkt an die Eltern ausgezahlt nach Vorlage eines Nachweises.

In Berlin wird die Schülerbeförderung für alle Schüler kostenlos und auch das Mittagessen für alle Schüler der Klassen eins bis sechs.

■ CHRIS WACHHOLZ, MITARBEITERIN FÜR DRITTMITTEL/
PRAKTIKANTEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) finden Sie unter:

www.berlin.de/sen/bjf/bildungspaket/artikel.108191.php

Zum Förderprogramm der Stiftung Parität-Berlin sind Hinweise zu finden unter:

www.paritaet-berlin.de/verband/stiftung-paritaet-berlin/kinderzukunft.html

Familienfördergesetz für das Land Berlin

Regelleistungen absichern und durch zusätzliche bedarfsgerechte Ansätze des Familienfördergesetzes sinnvoll ergänzen



Berlin ist die Hauptstadt der Kinderarmut, das ist ein trauriger Rekord. Sie ist auch die Hauptstadt der Alleinerziehenden, von denen rund 40 Prozent unterstützend soziale Transferleistungen beziehen. Die Zahl der Scheidungen und Patchwork-Familien steigt. Den Zusammenhang zwischen Familiengründung, Trennung und Armut gilt es zu durchbrechen – durch eine umfassende Infrastruktur, die allen offensteht.

Der Paritätische Gesamtverband kommt in seiner jüngsten Expertise über die Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zum Ergebnis, dass die familien- und sozialpolitischen Leistungen in einem unzureichenden Maße bekämpft werden. Die Ungleichheit zwischen armen und reichen Familien wird nicht nennenswert reduziert. Im Gegenteil: Kindergeld und steuerlicher Kinderfreibetrag führen in der Wir-

kung dazu, dass der steuerliche Entlastungseffekt von Besser- und Spitzenverdienenden für ihre Kinder deutlich höher ausfällt als das der weiten Elternschaft zukommende Kindergeld.

Wie kann die Lebensqualität von Kindern und Familien in Berlin verbessert werden? Kann ein Familienfördergesetz für das Land Berlin deutliche Verbesserungen für die Familien bringen?



Anna Zagidullin
FOTO: NADINE WITTEK

Im Bereich Familienförderung sind weit mehr als die Hälfte der Mitgliedsorganisationen und nahezu alle Fachreferate des Paritätischen Berlin tätig. Sie machen sich für die Rechte von Familien und eine familienfreundliche Stadt stark. Dabei werden nicht nur die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt, sondern auch die vielfältigen Formen von Familien. Die paritätischen Mitgliedsorganisationen halten ein weitreichendes Angebot der Familienbildung, Familienerholung und Familienförderung sowie Anlauf-

stellen für Familien, wie zum Beispiel Familien- und Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser und Netzwerkangebote, vor. Sie tauschen sich fachlich aus und haben ein professionelles Netzwerk auf- und ausgebaut. Die Berliner Familien bekommen dort wohnortnahe Unterstützung und Halt in Krisensituationen.

Das Familienfördergesetz für das Land Berlin wurde im Koalitionsvertrag der Landesregierung als ein zentrales Element der Familienförderung gesetzt. Das Abgeordnetenhaus hat der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um einen Gesetzesentwurf vorzubereiten und umfassend mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden zu beraten. Es ist wichtig, dass dieser Prozess zeitnah beginnt, um die beabsichtigten Ziele des Familienfördergesetzes inhaltlich breit zu diskutieren:

- Gewährleistung quantitativer und qualitativer Standards für Angebote der Familienbildung, Familienerholung und Familienförderung
- Schaffung von Anlaufstellen für Familien zur Information, Beratung

und Weiterleitung hinsichtlich familienrelevanter Themen

Der Paritätische Berlin hat in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen bereits ein umfassendes Diskussionspapier vorgelegt. Die Stoßrichtung des Familienfördergesetzes muss sein, die Förderung familienfreundlicher Lebensbedingungen durch Leistungen der freien Träger und Maßnahmen der Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Familien zu unterstützen. Die Themen Wohnen, Gesundheit, Familienplanung, Familienbildung, Kinderschutz, Gewaltprävention, Inklusion, Alleinerziehende, Kindertagesstätten, Schule, Jugendhilfe, Migration, queere Lebensweisen und vieles mehr müssen sich in diesem Gesetz wiederfinden. Die bestehende Infrastruktur muss dabei ab-

gesichert werden. Regelleistungen wie zum Beispiel die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie (Paragraf 16 SGB VIII), die Erziehungsberatung (Paragraf 28 SGB VIII), die soziale Gruppenarbeit (Paragraf 29 SGB VIII), die sozialpädagogische Familienhilfe (Paragraf 31 SGB VIII), die Stadtteil- und Familienzentren sowie Nachbarschaftshäuser, Beratungsangebote für Alleinerziehende und so weiter müssen im Vordergrund stehen und durch zusätzliche bedarfsgerechte Ansätze des Familienfördergesetzes sinnvoll ergänzt werden.

Die Einführung von kostenfreien Schülertickets für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist beispielsweise eine wichtige Maßnahme gewesen. Auch die Einführung eines kostenfreien Familienpasses könnte die Familien in Berlin entlasten und die

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben positiv zu beeinflussen, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Zur Förderung der Teilnahme von Familien und Kindern an Angeboten der Familienbildung wird bereits in unterschiedlichen Bezirken Berlins ein sogenannter »Familiengutschein« erprobt, der im Rahmen des Familienfördergesetzes auf das gesamte Stadtgebiet übertragen und unabhängig von der finanziellen Situation in den Familien vergeben werden soll.

Das sind einige konkrete Beispiele, die für Berliner Familien und Kinder einkommensunabhängig viel bewirken könnten.

■ ANNA ZAGIDULLIN, REFERENTIN HILFEN ZUR ERZIEHUNG UND FAMILIE UND REFERENTIN FRAUEN BEI PARITÄTISCHEN BERLIN

Plädoyer für die Kindergrundsicherung

Wie kann Hilfe bei Kindern und Familien wirksamer ankommen?

Ein Beitrag von Stephan Knorre, Deutscher Kinderschutzbund LV Berlin e. V.



In Berlin lebt jedes dritte Kind in Armut; seine Familie erhält Transferleistungen, wie etwa Wohngeld oder Arbeitslosengeld II. Armut betrifft aber auch Familien, die nur wenige Euro über jener Grenze liegen, die Ihnen Anspruch auf Unterstützungsleistungen gewährt. Besonders stark trifft es alleinerziehende Eltern und Familien mit mehreren Kindern.

Was bedeutet Armut für Kinder und Familien?

Armut hat nachweislich viele Gesichter, aber in jedem Fall verheerende Auswirkungen für Kinder und ihre Familien. Studien belegen, dass Armut oft mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einhergeht und soziale Teilhabe verhindert. Die finanzielle Situation entscheidet ebenfalls über die Bildungschancen von Kindern: Die Studie »Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche – Erkenntnisse aus empirischen Studien« der Bertelsmann Stiftung zeigte, »dass Kinder aus sozioökonomisch belasteten Familien bei gleicher Schulleistung schlechtere Noten bekommen, als Kinder aus höher gestellten Familien«.

Das Wissen um Armut weckt demnach Vorbehalte, nicht nur bei pädagogischen Fachkräften. Genau aus diesem Grund ist Armut sehr eng mit



Familie mit Kind

FOTO: SUSANNE TESSA MÜLLER

Scham und Angst verbunden. Familien in so genannten sozialen Brennpunkten kämpfen ständig dagegen an, nicht als arm zu gelten. Sie ermöglichen ihren Kindern beispielsweise moderne Smartphones oder angesagte Kleidung, obwohl das Geld hierfür eigentlich nicht ausreicht.

In Institutionen wie Kita, Schule oder Behörde, fehlt es oftmals an Wissen darüber, wie sich Armut auf Familien auswirkt. Dann werden beispielsweise teure Klassenfahrten geplant oder

zusätzliche AGs angeboten, um den Kindern ein ganz besonderes Erlebnis zu bieten. Dass der zusätzliche Geldbeitrag von manchen Eltern schwer zu entrichten ist, gerät dabei oft aus dem Blick. Dabei ist Bildung ein Schlüsselfaktor, um dem Teufelskreis der Armut zu entfliehen.

Hilfe, die nicht ankommt

Instrumente, wie das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), werden nur von wenigen Familien wahrgenommen. In

Berlin rufen nicht einmal die Hälfte der anspruchsberechtigten Kinder Unterstützungsleistungen für Sport, Freizeit und Bildung ab. Das Antragsverfahren ist mit viel Papierkram verbunden. Und auch Scham spielt hier wieder eine Rolle: Manchen Eltern ist es peinlich, beim Sportverein um den Stempel fürs Amt zu bitten.

Gleiche Chancen für alle Kinder

In Berlin dürfen sich Kinder seit Schuljahresbeginn sowohl über ein kostenloses Schülerticket für den öffentlichen Nahverkehr als auch über ein kostenfreies Mittagessen freuen. Das entlastet arme Familien sehr und ermöglicht ihren Kindern ein großes Stück sozia-

ler Teilhabe – ohne sich als arm »outen« zu müssen.

Um Kinderarmut und ihre Folgen effektiv bekämpfen zu können, muss das System auf den Kopf gestellt werden: Der Kinderschutzbund spricht sich daher für die so genannte Kindergrundsicherung aus. Im Kern des Konzeptes steht die automatische Auszahlung eines Geldbetrages anstatt einen Antrag stellen zu müssen. In einer einzigen Leistung sollen Kindergeld, Kinderzuschlag, BuT, Unterhaltsvorschuss und Kinderfreibeträge zusammengefasst werden.

Der Betrag, aktuell maximal 628 Euro monatlich, wird jährlich an das kindliche Existenzminimum angepasst

und schmilzt mit steigendem Einkommen ab – so die Idee. Ein großer Vorteil: Finanzielle Direktzahlungen kommen bei den Kindern an und sind unbürokratisch.

■ STEPHAN KNORRE,
DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND LV BERLIN E. V.

Wissenswertes

Mehr zum Deutschen Kinderschutzbund LV Berlin e. V. finden Sie auf der Internetseite:
www.kinderschutzbund-berlin.de

Infos zum Bündnis Kindergrundsicherung finden Sie hier:
www.kinderarmut-hat-folgen.de

Alleinerziehend – und zurück in den Beruf?

In der Gesprächsgruppe »Elternzeit nutzen« lernen Mütter andere Alleinerziehende kennen und tauschen sich mit ihnen aus

Nicht erst seit der Veröffentlichung des Mikrozensus in 2018 ist sichtbar, dass die finanzielle Situation vieler Alleinerziehender sehr angespannt ist. In der Studie wurde festgestellt: Unerwartete höhere Ausgaben sind für die Mehrheit der Alleinerziehenden ein Problem, denn 63 Prozent von ihnen können aus finanziellen Gründen keine unerwartete Ausgabe von mindestens 985 Euro bestreiten, 39 Prozent können sich keine einwöchige Urlaubsreise leisten und 14 Prozent keine vollwertige Mahlzeit jeden zweiten Tag einnehmen.

Dabei sind Einelternfamilien keine kleine Randgruppe: In Berlin ist fast jeder dritte Familienhaushalt alleinerziehend. Maßnahmen, die die Politik ergreift, um der Kinderarmut entgegenzuwirken, kommen bei Alleinerziehenden nicht immer an. So wird das Kindergeld zwar um 10 Euro erhöht, aber direkt über den Unterhaltsvorschuss wieder gekürzt. Verbesserungen hingegen verspricht der erweiterte Kinderzuschlag. Mit dem »Starke-Familien-Gesetz« wurde die Anrechnung des Kindeseinkommens verbessert und ein Antrag kann sich lohnen.

(Wieder-)Einstieg in die Berufstätigkeit

Mehr als die Hälfte der alleinerziehenden Mütter wünscht sich, berufstätig zu sein. Die bereits genannte Stu-



Kinderbetreuung während der Gesprächsgruppe »Elternzeit nutzen«

FOTO: CLAUDIA CHMEL

die hat ebenfalls gezeigt, dass es für alleinerziehende Mütter nach der Elternzeit schwer ist (wieder) in die Berufstätigkeit zu finden. Sie nennen familiäre und persönliche Gründe als Hindernis. Im vollen Alltag mit Kind oder Kindern bleibt kaum Zeit, sich um die eigenen Wünsche und Vorstellungen zu kümmern. Doch gerade die Elternzeit bietet die Möglichkeit, sich mit dem Familienstatus Alleinerziehend auseinander

zu setzen, die notwendigen Dinge mit dem anderen Elternteil zu klären, Zeit zu haben, um Andere in einer ähnlichen Situation kennenzulernen und sich Gedanken über berufliche Perspektiven unter den neuen familiären Gegebenheiten zu machen.

Elternzeit nutzen und die Zukunft gestalten

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Landesverband Berlin e. V. hat ein Gruppenangebot entwickelt, dass sich an alleinerziehende Mütter mit Kindern von bis zu drei Jahren richtet: »Elternzeit nutzen«. Die Geburt eines Kindes ist ein großer Umbruch im Leben. Und gerade für Alleinerziehende ist das neue Leben eine Herausforderung. Es braucht Zeit, sich an den Alltag mit einem Säugling zu gewöhnen und in die neue Rolle hineinzuwachsen. In der Gesprächsgruppe »Elternzeit nutzen« lernen die Mütter an-

Wissenswertes

Mehr über den Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Landesverband Berlin e. V. erfahren Sie hier:
www.vamv-berlin.de

Informationen zum Programm »Elternzeit nutzen« erhalten Sie bei Nina Kaluza
E-Mail: n.kaluza@vamv-berlin.de

dere Alleinerziehende kennen, tauschen sich aus und begleiten sich durch diese intensive Phase der Neuausrichtung.

Angeleitet durch eine Pädagogin setzen sich die Frauen mit Themen wie Unterhalt, Gestaltung des Umgangs, Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Alltagsgestaltung auseinander. Sie erhalten Tipps und Informationen, sowie Unterstützung in ihrer aktuellen Situation. Die Gruppe läuft über 20 Wochen und findet wöchentlich statt. An sechs Terminen wird das Thema be-

ruflische (Neu-)Orientierung in den Fokus gestellt. So unterschiedlich die Lebenswege der Frauen sind, sie alle stellen sich die Frage: »Wie bekomme ich Kind, Job und Haushalt unter einen Hut?«. Erfahrene Dozentinnen und Dozenten der beruflichen Bildung leiten die Workshops und suchen gemeinsam mit den Teilnehmerinnen nach individuell stimmigen Strategien für den (Wieder-)Einstieg.

Seit 2016 wird das Angebot des VAMV Landesverbandes Berlin e.V.

berlinweit angeboten, gefördert von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Zurzeit läuft die 13. Gruppe in Berlin-Steglitz. Im Februar 2020 wird eine Gruppe in Charlottenburg starten. Das gute Gelingen eines beruflichen Wiedereinstiegs, mit all den dazu notwendigen Voraussetzungen, führt unmittelbar zur Vermeidung von Armut dieser Familien, denn Eltertnarmut ist Kinderarmut.

■ NINA KALUZA, VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER UND VÄTER (VAMV), LANDESVERBAND BERLIN E. V.

Armutsprävention in Lichtenberg

Jedem Kind eine Perspektive! Die Lichtenberger Strategie gegen Kinderarmut – von Bezirksbürgermeister Michael Grunst



Armut hat viele Gesichter und Armut bedeutet mehr als materielle Unterversorgung, wenngleich Geld der Ausgangspunkt bleibt. Armut drückt sich auch aus in gesundheitlicher Ungleichheit, in Bildungsungleichheit oder in fehlenden Chancen in der sozialen Teilhabe. Im Sinne der Abhängigkeit von Sozialleistungen leben in Lichtenberg 30,5 Prozent beziehungsweise rund 12.000 Kinder, deren Eltern von Transfereinkommen leben. In einigen Regionen Lichtenbergs sind die Zahlen deutlich höher und sie werden weiter steigen und dies trotz vieler guter und gut gemeinter Einzelansätze auf der Landes- und Bezirksebene. Gerade ein anerkannter familiengerechter Bezirk wie Lichtenberg muss sich ehrlich dazu hinterfragen und weiter an komplexen Gegenwartsproblemen dran bleiben.



Michael Grunst
FOTO: STEVEN KOHLSTOCK

Präventionskette. Der Auf- und Ausbau einer konkreten Strukturplanung für 0 bis 18-Jährige im Sinne eines kindbezogenen integrierenden Handlungsansatzes ist breit angelegt. Die Präventionskette bedeutet armutssensibles Handeln, ein gemeinsames Verständnis und öffentliche Verantwortung der beteiligten sozialen Instanzen bei den Übergängen Krippe, Kita, Grundschule, weiterführende Schule und Berufsausbildung.

Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut

Eine lebenslagenbezogene, sozialraumorientierte und kindgerechte Armutsprävention auf bezirklicher Ebene sollte konzeptionell in bestehende Ansätze und Strategien der Landes- und Bundesebene eingebettet sein. Auf der Berliner Landesebene hat sich die aktuelle Landesregierung unter anderem verpflichtet, eine »ressortübergreifende Strategie zur Bekämpfung von Armut und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe mit konkreten Maßnahmen auf den Weg zu bringen«. Hierzu wurde eine Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingerichtet. Ziel des berlinweiten zentralen Gremiums ist es, neben dem Aufbau strategischer Strukturstufen die »negativen Folgen familiärer Armut auf die

Lebenslagen und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen« zu verringern und ein »langfristiges Verbleiben in Armutslagen« zu vermeiden, so ein Beschluss des Berliner Senats vom 11. April 2017.

Alleinerziehende Elternteile mit im Fokus

Lichtenberg ist ein sehr aktiver Bezirk. Seit mehreren Jahren engagieren sich viele Akteure rund um das Thema Alleinerziehende, um deren Lebenslagen zu verbessern. Wir haben festgestellt, alleinerziehend zu sein ist einer von vielen Risikofaktoren für Armut und muss fokussiert werden.

Lichtenberger Kinderarmutskonferenz

Um die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, tagte im Sommer 2019 zunächst ein Steuerungsgremium, das ein Leitbild und die anstehenden Leitfragen für die 1. Lichtenberger Kinderarmutskonferenz verabschiedet hat. Diese findet am 13. November 2019 von 10 bis 16 Uhr in der blu:boks, Paul-Zobel-Straße 9, 10367 Berlin statt (begrenzte Kapazität, nur nach Anmeldung). Der gemeinsam erarbeitete Maßnahmenkatalog wird Grundlage für die Arbeit in vier neuen Arbeitsgruppen und Basis für den ersten Lichtenberger Kinderarmutsbericht sein. Der gesamte Prozess wird wissenschaftlich begleitet.

Ich denke, wir müssen nicht immer gleich eine Antwort auf alles haben. Aber wir müssen die richtigen Fragen stellen. ■

Sichere Verhältnisse für eigenen die Entwicklung

Ich möchte, dass Kinder in sicheren Verhältnissen aufwachsen, in denen sie sich entwickeln können und Zukunftsperspektiven haben. Deshalb haben wir eine kommunale Gesamtstrategie zur Kinderarmutsprävention ins Leben gerufen. Ziel ist der Aufbau einer kindbezogenen Armutspräventionsstruktur nach dem Modell der kommunalen

Jugend in der Warteschleife

Jugendarmut ist ein vernachlässigtes Problem. Wie können Jugendberufshilfe und das Jugendfördergesetz Jugendlichen und jungen Volljährigen helfen?



FOTO: ADOBESTOCK, ANATOLIYCHERKAS

Jugendarmut wird oftmals in der Sozial- und Bildungspolitik ausgeblendet. Das hat Folgen. Aus armen Kindern werden oft arme Jugendliche und später arme Erwachsene. Deren Kinder wachsen wieder in armen Familien auf. Die Gründe für Jugendarmut sind vielfältig. Dabei spielen die fließenden Übergänge im Bildungssystem, die Zugänge und die Förderung in Bildungsinstitutionen, die Übergangsgestaltung von der Familie und/oder Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung in ein selbstständiges Leben, familiäre und persönlicher Belastung ebenso eine Rolle wie Erfahrungen mit Diskriminierung und institutioneller Benachteiligung.

Zeitig Orientierung und Unterstützung geben

Jugendarbeitslosigkeit ist oftmals eine Folge von zahlreichen Ersatzmaßnahmen, die junge Menschen im Übergangssystem durchlaufen, wenn sie im Bildungssystem für sich die Orientierung verloren haben und nicht rechtzeitig die notwendige Unterstützung erhalten haben.

Zwar ist die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin in den letzten Jahren gesunken, ihr Anteil mit 8,5 Prozent bleibt aber weiterhin groß. Zudem verlassen rund zehn Prozent der jungen Menschen die Schule ohne Schulabschluss. Darüber hinaus sind gerade junge Menschen immer stärker von prekärer und

befristeter Beschäftigung betroffen. Die Gründe für diese alarmierende Entwicklung sind sehr unterschiedlich und müssen nicht nur systembezogen mit Blick auf die Qualität des Schulwesens betrachtet werden, sondern insbesondere auch die individuellen sozialen Ausgangslagen und die Lebenswelten von jungen Menschen berücksichtigen.

Junge Menschen verdecken oftmals ihre (Armuts-)Situation und bleiben mangels Teilhabemöglichkeit zu Hause und/oder isolieren sich. Sie legen oft besonderen Wert auf ihre Kleidung und ihr Äußeres, damit ihnen die Armut nicht angesehen werden kann. Soziale Aktivitäten, wie Sport, Ausgehen, digitale Kommunikation bleiben den armutsgefährdeten Jugendlichen versperrt. Auch der Zugang zu Bildung und Arbeit ist für arme Jugendliche schwieriger, denn oft fehlen Netzwerke und/oder familiäre Unterstützung.

Ein Lichtblick: das Jugendfördergesetz

Ein kleiner Lichtblick an dieser Stelle ist die Verabschiedung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes mit dem offiziellen Titel: Zweites Gesetz zur

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Gesetz zur Förderung der Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen. Auch wenn die Jugendarbeit kein Instrument der Armutsbekämpfung ist, kann sie mit ihrem Ansatz der Stärkung von Beteiligung und Mitsprache einiges bewirken.

Dementsprechend ist es zu begrüßen, dass mit der Einführung des Gesetzes auch eine Umstrukturierung der Finanzierung der Jugendarbeit in Berlin vorgenommen wird. In Zukunft – und spätestens ab 2022 – wird die Finanzierung der offenen, standortungebundenen Jugend-

arbeit mit einer soziodemografische Gewichtung versehen, sodass Bezirke, in denen eine besonders hohe Kinderarmut herrscht, zusätzliche Mittel für die Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten. Somit haben mehr Kinder und auch Jugendliche die Chance, nicht nur an Freizeitaktivitäten außerhalb der Schule teilzunehmen, sondern auch darüber hinaus Teilhabe zu erfahren.

Herausforderungen bei Übergangsphasen

Strukturelle Benachteiligung erfahren junge Menschen nicht nur im Über-



Anna Zagidullin
FOTO: NADINE WITTEK

gangssystem von der schulischen in die berufliche Bildung, sondern auch in der Übergangsgestaltung von der Familie und/oder Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung in ein selbstständiges Leben.

Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen und einer fairen Wohnungspolitik, die es ihnen ermöglicht, angstfrei, flexibel und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel, beispielsweise aus dem Ausbildungsgeld und/oder Mietkostenzuschuss, die für sich passende Wohnung zu bestreiten. Die Mobilität in der freien Berufswahl nach Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten wird demnach deutlich auf materielle und familiäre Ressourcen eingeschränkt.

Jugendberufshilfe orientiert sich am Einzelfall

Rund 50 freie Träger der Jugendhilfe unter Paritätischem Dach halten Angebote im Bereich Jugendberufshilfe vor und arbeiten eng mit der Jugendberufsagentur zusammen. Im Mittelpunkt

der Jugendberufshilfe nach SGB VIII stehen vor allem die individuelle Lebenssituation und die soziale Integration junger Menschen. Das Angebot an Jugendberufshilfe nach Paragraph 13 Abs. 2 und 3 SGBVIII muss weiter gestärkt und ausgebaut werden, um auch den jungen Menschen ein Recht auf Bildung zu garantieren, die es aus unterschiedlichen Gründen bisher nicht verwirklichen konnten. Die Paritätischen Mitgliedsorganisationen setzen sich dafür ein, dass die Jugendberufshilfe eine stärkere (fach)politische Gewichtung bekommt und ihre strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen mit Blick auf den Angebotsausbau und Personalschlüssel sowie die Berücksichti-

gung der Inklusion und steigenden therapeutischen Bedarfe deutlich verbessert wird.

Die Sozial- und Bildungspolitik ist gefordert, gemeinsam mit vielfältigen sozial- und zivilgesellschaftlichen Organisationen konkrete Maßnahmen aufzulegen, die zur Erkennung der Jugendarmut beitragen und diese in allen sozial- und bildungspolitischen Konzepten besser als bisher zu berücksichtigen. Direkte Förderung von jungen Menschen und Prä-

vention der Jugendarmut muss ernst genommen und strukturelle Benachteiligungen abgebaut werden.

■ ANNA ZAGIDULLIN, REFERENTIN HILFEN ZUR ERZIEHUNG UND FAMILIE UND REFERENTIN FRAUEN, UND CHRISTIAN SIEVERT, REFERENT OFFENE JUGENDARBEIT BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN



Christian Sievert
FOTO: NADINE WITTEK

Erwerbsarmut: Wenn die Arbeit nicht zum Leben reicht

Mitgliedsorganisationen beraten Geringverdiener – fordern aber von der Politik eine Eindämmung von Minijobs und die Anhebung des Mindestlohns

Etwa 100.000 Berlinerinnen und Berliner fallen trotz ihrer Arbeit unter die Armutsgrenze und müssen mit SGB II-Leistungen aufstocken. In Deutschland gilt als arm, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. 2017 lebten allein in Berlin 683.425 Menschen an oder unter dieser Grenze – knapp ein Viertel von ihnen hat eine reguläre Arbeit.

Wenn Arbeit nicht zum Leben reicht, soll der Staat unterstützen und helfen, die Lebensgrundlage zu sichern, das ist im Sozialgesetzbuch II verankert. »Aufstocken« heißt es, wenn auch Arbeitende Hartz IV beziehen, um den notwendigen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Im Jahr 2018 betraf das circa 114.000 Beschäftigte in Berlin. Deutlich mehr Erwerbstätige verdienten im selben Jahr so wenig, dass sie als arm eingestuft wurden: insgesamt mehr als 175.000 Menschen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und Personen

im Alter von über 50. Rund 40 Prozent der Berliner Alleinerziehenden sind auf zusätzliche Leistungen angewiesen.

Grundsätzlich orientiert sich das Jobcenter am ALG II-Satz. Wer weniger verdient als die Grundsicherung, hat das Recht, einen Antrag auf aufstockende Mittel zu stellen.

Darüber hinaus entscheiden aber auch die Angemessenheit der Miethöhe, Versicherungsleistungen und die Anzahl der Personen, die vom Einkommen leben, über die Gewährung der Leistung. Aus dem Nettogehalt wird eine komplexe Rechnung, bei der jeder Antrag einzeln

geprüft werden muss. Nicht alle, die unter die Armutsgrenze fallen, dürfen automatisch aufstocken. Beispielsweise ist Studierenden diese Leistung durch das Jobcenter verwehrt.

Viele verzichten auf aufstockende Leistungen und scheuen sich, die

Unterstützung vom Amt zu beantragen, aus Scham, Arbeitsethos, dem Wunsch nach Unabhängigkeit oder Angst vor behördlicher Gängelei. Verschiedene Paritätische Mitgliedsorganisationen helfen den Betroffenen bei der Beratung und Antragstellung von aufstockenden Leistungen, übersetzen beispielsweise Begriffe aus der Amtssprache des Jobcenters wie »Erstausstattungszuschuss« oder »Bedarfsgemeinschaft«.

Paritätische Mitgliedsorganisationen fordern konkrete Lösungen von Gesetzgeber, Politik und Verwaltung:

- ▶ Minijobs einzudämmern, um das Risiko von Altersarmut zu reduzieren
- ▶ den Mindestlohn anzuheben
- ▶ Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen zu erhöhen durch Förderung eines dauerhaft öffentlich geförderten Arbeitsmarktes
- ▶ Die Regelsätze bei der Grundsicherung im Alter und für Kinder neu zu berechnen und zu erhöhen



Markus Pleyer
FOTO: NADINE WITTEK

■ MARKUS PLEYER, BEZIRKSBEAUFTRAGTER FÜR MARZAHN-HELLERSDORF, ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

SICH EIN ZUHAUSE LEISTEN KÖNNEN

Der Paritätische Berlin fordert leistbare Mieten und den Anteil an Sozialwohnungen wieder zu erhöhen

650.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. fordert mehr bezahlbaren Wohnraum, mehr Sozialwohnungen und den Bau von mehr Kleinwohnungen



Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) hat die Zahl der Menschen, die im Verlauf des Jahres 2017 in Deutschland ohne Wohnung waren, auf circa 650.000 Menschen geschätzt. In Deutschland gibt es keine amtliche bundeseinheitliche Wohnungslosenstatistik, deshalb schätzt die BAG W in regelmäßigen Abständen eine Jahresgesamtzahl wohnungsloser Menschen.

Die Zahl der wohnungslosen Menschen ohne Einbezug anerkannter Geflüchteter betrug gut 275.000. Die Zahl der wohnungslosen anerkannten Geflüchteten schätzt die BAG W auf etwa 375.000 Menschen. Seit dem Jahr 2016 schließt die BAG W in ihre Schätzung die Zahl der Geflüchteten ein, die nach wie vor in Gemeinschaftsunterkünften oder in ordnungsrechtlicher Unterbringung leben.

Struktur der Wohnungslosigkeit

Die folgenden Zahlen und Daten zur Struktur der Wohnungslosigkeit beziehen sich auf die Jahresgesamtzahl und berücksichtigen nicht die Geflüchteten, da für diese Gruppe der Wohnungslosen keine entsprechenden soziodemografischen Daten verfügbar sind:

- Etwa 48.000 Menschen leben ohne jede Unterkunft auf der Straße.
- Etwa 193.000 (70 Prozent) der wohnungslosen Menschen sind alleinstehend, 82.000 (30 Prozent) leben mit Partnern und/oder Kindern zusammen. Die BAG W schätzt die Zahl der Kinder und minderjährigen Jugendlichen auf 8 Prozent (22.000), die der Erwachsenen auf 92 Prozent (253.000). Der Anteil der erwachsenen Männer liegt bei 73 Prozent (185.000); der Frauenanteil liegt bei 27 Prozent (68.000).
- Etwa 15 Prozent der Wohnungslosen (ohne Einbezug der wohnungslosen Flüchtlinge) sind EU-Bürgerinnen und -Bürger; das sind etwa 40.000 Menschen. Viele dieser Menschen leben ohne jede Unterkunft auf der Straße. Vor allem in den Metropolen beträgt ihr Anteil an

den Personen ohne jede Unterkunft auf der Straße bis zu circa 50 Prozent. Die »Straßenobdachlosigkeit« ist stark durch die EU-Binnenwanderung geprägt; dies trifft für die Wohnungslosigkeit insgesamt nicht zu.

Gründe für Armut und Wohnungsnot

Hauptgründe für die steigende Zahl der Wohnungslosen sind für die BAG W das unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, die Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes und die Verfestigung von Armut.

Es fehlt insbesondere an bezahlbarem Wohnraum für die steigende Zahl von Menschen im Niedrigeinkommensbereich und für die Menschen, die Transferleistungen beziehen.

Die Armut der unteren Einkommensgruppen hat sich verfestigt, unter anderem durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der atypischen Beschäftigung sowie durch den unzureichenden ALG II-Regelsatz. Die Armutsrisikoquote ist bei Mieterinnen und Mietern deutlich gestiegen und betrug im Jahr 2015 knapp 29 Prozent, insbesondere betroffen sind junge Erwachsene bis 35 Jahren (DIW 2018).

Seit 1990 ist der Bestand an Sozialwohnungen um circa 60 Prozent gesunken. 2016 gab es noch circa 1,2 Millionen Sozialwohnungen, bis 2020 werden weitere 170.000 aus der Bindung fallen. Zusätzlich haben Kommunen, Bundesländer und der Bund eigene Wohnungsbestände an private Investoren verkauft. Damit haben sie Reserven bezahlbaren Wohnraums aus der Hand gegeben.

Darüber hinaus fehlen mindestens zwölf Millionen Kleinwohnungen. Der besonders großen Nachfragegruppe der Einpersonenhaushalte (17,2 Millionen) steht im Jahr 2017 nur ein Angebot von 5,2 Millionen Ein- bis Zweizimmerwohnungen gegenüber.

Benötigt werden pro Jahr 80.000 bis 100.000 neue Sozialwohnungen und weitere 100.000 bezahlbare Wohnungen.

Die Bundesregierung hatte sich das Ziel von 375.000 neuen Wohnungen pro Jahr gesetzt. Neu gebaut wurden im Jahr 2018 aber nur 285.000 Wohnungen, darunter lediglich 27.000 Sozialwohnungen.



Werena Rosenke
FOTO: BAGW

Damit wird nicht einmal der Teil der Wohnungen, der aus der Sozialbindung fällt, ausgeglichen.

Forderungen

Bezahlbarer Wohnraum ist die Grundvoraussetzung zur Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit einer eigenen Wohnung – einschließlich der wohnungslosen Menschen.

Die Beteiligung des Bundes an der sozialen Wohnraumförderung muss deshalb langfristig erhalten bleiben und deutlich gesteigert werden. Um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zur Verfügung stellen zu können, ist ein gemeinnütziger Wohnungsbausektor ein wichtiges Instrument. Der Bund muss den Rahmen und die Instrumente für eine »Neue Gemeinnützigkeit« bei der Wohnraumversorgung schaffen.

Die Verhinderung von Wohnungsverlusten ist die beste Hilfe, aber zentrale Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten fehlen leider noch in vielen Kommunen.

Wohnungslose Menschen sind häufig stigmatisiert und ausgegrenzt, negative Schufa-Einträge machen es ihnen nahezu unmöglich, wieder die Chance auf eine eigene Wohnung zu erhalten. Wohnraum muss aber auch bereits wohnungs-

losen Menschen zugänglich werden. Deswegen sollte es eine Bindungen für vordringlich Wohnungssuchende und eine Quotierung bei der Vergabe von Belegungsrechten geben, das heißt, ein bestimmter Anteil sozial gebundener Wohnungen sollte explizit für wohnungslose Haushalte zur Verfügung stehen. Die Kommunen sollten Anreize schaffen, um Wohnungen für Wohnungslose bei den Unternehmen der Wohnungswirtschaft, aber auch bei privaten Vermietern zu akquirieren.

Ohne Wohnungen für Wohnungslose und ohne ein systematisches Präventionssystem in jeder Kommune lassen sich Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit nicht überwinden.

■ WERENA ROSENKE, GESCHÄFTSFÜHRERIN DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNUNGSLOSENHILFE E. V. UND STELLV. SPRECHERIN DER NATIONALEN ARMUTSKONFERENZ

Wissenswertes

Mehr über die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. finden Sie hier: www.bagw.de



Wohnungslosigkeit in Berlin

Senat legt Leitlinien zur Wohnungslosenpolitik vor – Einschätzung des Paritätischen Berlin

Im Januar 2018 lud die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin (SenIAS) zur »1. Berliner Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe« ein mit dem Ziel, die veralteten Leitlinien der Wohnungspolitik von 1999 grundlegend zu reformieren und auf die veränderten Rahmenbedingungen einer wachsenden Stadt mit höchst angespanntem Wohnungsmarkt anzupassen.

Ein breites Bündnis von Akteurinnen und Akteuren der Berliner Bezirke, der Senatsverwaltung, der Einrichtungen und Angebote der Wohnungslosenhilfe, der LIGA-Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und Experten in eigener Sache waren geladen und erarbeiteten in einem partizipativen Prozess Handlungsempfehlungen. Dazu trafen sie sich in diversen thematischen Arbeitsgruppen – darunter zum Beispiel: EU-Bürger, Frauen und Familien in Wohnungsnot, junge Obdachlose, Straßenkinder, medizinische Versorgung, Suchthilfe und Psychiatrie, Wohnungslosenstatistik, Prävention und Wohnraumversorgung, Hilfe- und Unterbringungssystem. Die Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen wurden in der 2. Strategiekonferenz im Oktober 2018 vorgestellt und flossen in die neuen »Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik« ein. Diese wurden auf der 3. Strategiekonferenz am 28. Oktober 2019 (nach Rundbrief-Redaktionsschluss) präsentiert und veröffentlicht.



Daniela Radlbeck
FOTO: PRIVAT

von unterstützenden und befähigenden Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Paragraphen 67 f SGB XII bei ordnungsrechtlicher Unterbringung nach ASOG. Auch die Aufstockung der ganzjährigen Notunterkünfte für Frauen und Familien und die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung wohnungsloser Menschen sind in den neuen Leitlinien benannt.

Die ressortübergreifende Verantwortungsübernahme durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung zur Verstetigung des Modellprojektes Krankenwohnung und der Clearingstelle begrüßen wir sehr. Dennoch wird diese Unterstützung nicht ausreichen, um allen wohnungslosen, nicht krankenversicherten Menschen Zugang zu einer würdevollen gesundheitlichen Versorgung zu gewähren.

Und eins haben alle Maßnahmen gemeinsam, sie werden das Land Berlin zukünftig Geld kosten. Im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2020/2021 sind bisher nur wenige Maßnahmen monetär benannt und berücksichtigt. Finanzielle Aufstockungen der Zuwendungen für neue niedrigschwellige Projekte im Rahmen des Integrierten Sozialprogramms (ISP) sind im Haushalt 2020/2021 nicht ausreichend vorgesehen.

Es bleibt für die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen zu hoffen, dass sinnvolle und dringend notwendige Maßnahmen für wohnungslose Menschen im nächsten Jahr umgesetzt werden und die neuen Leitlinien nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sich die Situation für wohnungslose Menschen in Berlin nachhaltig verbessert. Doch dazu müssen vor allem Wohnungen für wohnungslose Menschen geschaffen werden.

■ DANIELA RADLBECK, REFERENTIN WOHNUNGSNOTFALLHILFE UND WOHNUNGSPOLITIK BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Inhalte, aktueller Stand und Einschätzungen

Zu den geplanten Maßnahmen gehören unter anderem die Erhebung von Daten für eine berlinweite Wohnungslosenstatistik, der Ausbau und die Verbesserung der präventiven Hilfen bei drohendem Wohnungsverlust, die gleichzeitige Bewilligung

»Gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik«

Dieser zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts geprägte Ausspruch des Strafrechtswissenschaftlers Franz von Liszt ist noch heute aktuell



FOTO: ADOBESTOCK, PAUL

Auch wenn sich Kriminalität durch alle Schichten der Gesellschaft zieht, zeigen zahlreiche Untersuchungen, dass Armut ein wesentlicher Risikofaktor für Straffälligkeit ist. Mit der wirksamen Bekämpfung von Armut wird daher effektiv zur Kriminalitätsprävention beigetragen.

Gleichzeitig kann Straffälligkeit – insbesondere wenn diese zur Inhaftierung führt – ein hoher Risikofaktor für Armut sein. Da Gefangene während der Inhaftierung in der Regel nicht in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme einbezogen sind, droht ihnen beispielsweise nach der Entlassung spätestens bei Renteneintritt die Abhängigkeit von Leistungen der Grundsicherung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert daher bereits seit langem die Aufnahme von inhaftierten Menschen in das gesetzliche Kranken- und Rentenversicherungssystem.

Der Zusammenhang zwischen Armut und Straffälligkeit ist vielschichtig und zeigt sich besonders deutlich im Hinblick auf das Phänomen der Ersatzfreiheitsstrafe. Etwa 80 Prozent aller Strafsanktionen in Deutschland münden in eine Verurteilung zu einer Geldstrafe. Bei den zugrundeliegenden Delikten handelt es sich zumeist um Bagatelldelikte wie geringfügigen Diebstahl oder das Erschleichen von Leistungen, wozu auch das Fahren ohne Fahrschein zählt.

Viele der betroffenen Menschen sind nicht in der Lage, die ihnen auferlegte Geldstrafe zu zahlen. Sie können die Strafe dann entweder über Ratenzahlung oder gemeinnützige Arbeit ableisten, was für viele von ihnen mit großen Schwierigkeiten verbunden ist und nicht selten scheitert. Wem die Tilgung auf diesem Wege nicht gelingt, dem droht eine Ersatzfreiheitsstrafe: Momentan sind über 300 Personen in den Berliner Gefängnissen inhaftiert, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlt haben. Dies sind etwa neun Prozent aller Gefangenen in Berlin. Aktuelle Studien belegen, dass die Ersatzfreiheitsstrafe im hohem Maße jene Menschen betrifft, die von Leistungen der Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II abhängig sind, und die von weiteren Problemen wie Schulden, Suchterkrankungen oder psychischen und physischen Einschränkungen betroffen sind. Durch die Inhaftierung werden diese Probleme kaum gelöst, sondern in vielen Fällen verschärft und verfestigt.

Aktuelle Initiativen zur bundesweiten Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen sind daher unbedingt zu unter-

stützen. So hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe, BAG-S, im Vorfeld der Justizministerkonferenz in einer Stellungnahme die Überprüfung der Ersatzfreiheitsstrafe gefordert. Dieser wie auch der Forderung nach einer Entkriminalisierung des Delikts Fahren ohne Fahrschein sei an dieser Stelle Nachdruck verliehen. Mit der strafrechtlichen Verfolgung des Schwarzfahrens werden vor allem jene Menschen benachteiligt, die sich die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel einerseits nicht leisten können, andererseits

aber gleichzeitig darauf angewiesen sind, um am sozialen Leben teilhaben zu können. Die 2018 erfolgte Reduzierung des Preises für das Sozialticket in Berlin stellt daher bereits einen Schritt in die richtige Richtung dar. Ebenso begrüßenswert ist die Ende September vom Land Thüringen eingebrachte Bundesratsinitiative zur Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein, dem sich das Land Berlin angeschlossen hat.



Irina Meyer
FOTO: CHRISTIANE WEIDNER

■ IRINA MEYER, REFERENTIN STRAFFÄLLIGEN- UND OPFERHILFE, SCHULDNER- UND ALLGEMEINE SOZIALBERATUNG BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Schuldnerberatung des Familienverbands

Martin Leinweber, Geschäftsführer des Deutschen Familienverbands, im Interview

Nach den regelmäßigen Untersuchungen des Unternehmens Creditreform und der Veröffentlichung im Schuldneratlas waren Ende 2018 12,42 Prozent der Erwachsenen in Berlin überschuldet, das ist jeder achte – oder knapp 372.000 Menschen ohne die mitbetroffenen Kinder. Der Schuldneratlas definiert die Überschuldung privater Personen als eine dauerhafte Situation, in der die Ausgaben und Zahlungsverpflichtungen höher sind als die Einnahmen.

Fünf Jahre in Folge ist die Zahl der Überschuldeten angestiegen, zudem sind zunehmend Personen über 70 Jahren von Überschuldung betroffen. Bei den unter 25-Jährigen wirkt sich der Anstieg der Beschäftigung positiv aus, hier sind im Vergleich zu den Vorjahren weniger Überschuldete zu verzeichnen.

Über Schuldnerberatung haben wir mit Martin Leinweber, Geschäftsführer des Deutschen Familienverbands, einem Träger von anerkannten Schuldnerberatungsstellen, gesprochen.

Die Entwicklung stetig wachsender Überschuldeter steht scheinbar im Widerspruch zu der wirtschaftlichen Konjunktur und sinkenden Arbeitslosenzahlen?

Steigende Mieten und Schulden bei staatlichen Organisationen, wie beim Finanzamt, der Krankenversicherung oder der Justiz sind häufig Ursachen für eine Überschuldung. Lebensrisiken wie Krankheit oder Trennung kommen

hinzu. Da kommen schnell enorme Summen zusammen. Die Gründe für Überschuldung sind sehr individuell und sehr auf die jeweiligen Lebenslagen bezogen. Im vergangenen Jahr haben unsere Beratungsstellen 63 Millionen Euro für die Beratungssuchenden umgeschuldet, in den drei Beratungsstellen gab es im gleichen Zeitraum 10.000 Kundenkontakte.

Wie sieht es da mit den Wartezeiten aus?

Je später sich der oder die Betroffene bei uns meldet, desto größer wird natürlich der Handlungsdruck empfunden. Wir haben wöchentliche Sprechstunden. Die Klienten können sich auch per E-Mail an uns wenden. Die Wartezeit zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beträgt aktuell circa drei Monate.

Wie finden die Betroffenen den Weg zu Ihnen?

In der Regel finden die Beratungssuchenden den Weg direkt zu uns. Eine Besonderheit haben wir in Reinickendorf: Da nutzt unsere Beratungsstelle dasselbe Gebäude wie das Jobcenter. Die Vermittlerinnen und Vermittler schicken uns die Betroffenen auf kurzem Weg zur Beratung.

Was zeichnet die Schuldnerberatung des Deutschen Familienverbands aus?

Seit 1984 erfolgt beim Deutschen Familienverband die Schuldnerberatung als Ergänzung zur Sozialarbeit durch geschulte Teams. Die Beraterinnen und Berater in den drei bezirklichen Beratungsstellen Tiergarten, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf widmen sich ausschließlich der Schuldnerberatung und haben keine gesplitteten Tätigkeiten.

Haben Sie Wünsche für die Schuldnerberatung?

Die Zuwendungsfinanzierung wird bezirklich sehr unterschiedlich gestaltet und berücksichtigt häufig nicht die realen Regiekosten und Investitionen. Eine Finanzierung als Teil des Rahmenvertrages wäre ein sehr großer Schritt zu mehr Stabilität.

■ DAS INTERVIEW FÜHRTE MARKUS PLEYER, BEZIRKSBEAUFTRAGTER BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Mehr über den Deutschen Familienverband Landesverband Berlin erfahren Sie hier:

www.deutscher-familienverband-berlin.de

Immer mehr Menschen sind überschuldet.

FOTO: PIXABAY



ARMUT BEHINDERT TEILHABE

Die Politik muss Einkommen, Bildung und Berufschancen stärken – damit Armut nicht krank macht. Und chronische Krankheiten dürfen nicht arm machen.

Kann Teilhabe trotz Armut gelingen?

Welchen gesundheitlichen Risiken sind Menschen ausgesetzt, die arm sind?



Angste, Depressionen, Bluthochdruck oder Rückenschmerzen, die häufigsten Leiden der Menschen in Deutschland sind individuelle Symptome einer sozialen Krankheit. Die Reduktion von Gesundheitsversorgung auf individuelle Medizin ist lukrativ für den medizinisch-industriellen Komplex, bringt aber zu wenig Nutzen für die Gesundheit des einzelnen Menschen in seinen Lebenswelten. Die gesplante Gesellschaft und das zerbrechende soziale Bindegewebe machen heute krank.

2,92 Euro für drei Mahlzeiten ist zu wenig

Das sogenannte Existenzminimum des Sozialstaates reicht nicht zu einem gedeihlichen Leben. Eine Teilhabe an den Privilegien und Errungenschaften unserer freien Gesellschaft ist damit nicht möglich. Das finanzielle Ernährungsbudget von 2,92 Euro für Frühstück, Mittagessen und Abendbrot für ein 5-jähriges Kind ist inhuman, da es keineswegs die Grundlage für ein gesundes Essen darstellt. Von Einkommensarmut betroffene Menschen sind kränker und sterben früher. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen dem reichsten und dem ärmsten Viertel der deutschen Bevölkerung beträgt elf Jahre bei den Männern und acht Jahre bei den Frauen. Fast ein Drittel der armen Männer erreicht nicht das 65. Lebensjahr.

Gesundheitschancen sind ungleich verteilt

Arm zu sein, verursacht psychosozialen Stress. Diffamierungen und Schuldzuweisungen kränken und zerstören das Selbstwertempfinden. Die Bezeichnung »sozial schwach« diskriminiert: Die Menschen sind nicht sozial schwach, sie sind einkommensschwach, und dies ist eine Folge einer verfehlten Sozialpolitik. Die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen ist evident und mit Medizin nicht zu heilen. Wir brauchen eine Politik, die Einkommen, Bildung und Berufschancen für Alle stärkt und die bürgerschaftliche Selbstorganisation unterstützt. Die kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse sind entscheidend dafür, ob Menschen dick oder depressiv, süchtig

oder schmerzgebeutelt sind, sich falsch ernähren und zu wenig bewegen.

Lokal und selbstorganisiert wirkt

Strategien der bürgerschaftlichen Selbstorganisation und die Pflege von Gemeinschaftlichkeit schützen die Gesundheit. Es gibt Dörfer, in denen gemeinsames Wohlbefinden wächst und ein Wir-Gefühl zum Leben gehört. Die Gemeinde Michelfeld bei Schwäbisch Hall erreicht, dass es keine dicken Kinder mehr gibt. Im gesunden Kinzigtal leben die Leute länger und auch gesünder als anderswo. In der Ortsgemeinde Mannebach in Rheinland-Pfalz ersetzt die »Dorfgesundheitshütte« die verlorene Kneipe. Kommunale und bezirkliche Gesundheitsförderung machen vieles möglich. Zum Leuchtturm für eine bessere Zukunft werden die »Sorgende Gemeinde«, der lebendige Kiez oder die soziale Stadt. Die vielfältige Stadtteil-, Gemeinwesen- und Nachbarschaftsarbeit Paritätischer Träger sind Quellen der Gesundheit.

Das soziale Bindegewebe stärken

Die Kultur des Paritätischen Netzwerks verbindet das Wohl des Einzelnen mit dem Wohl der ganzen Gesellschaft. Individuelle und soziale Gesundheit sind Werte, die nicht an der Börse gehandelt werden können. Wir pflegen mit unserer Lebendigkeit die Gesundheit des sozialen Gewebes und entwickeln Handlungsstrategien, die gesunde Lebensweisen und gesunde Lebenswelten ermöglichen. Eine praktische Sozialmedizin, bürgerorientierte Gesundheitsförderung, bevölkerungsbezogene Gesundheitsversorgung oder die Ausbildung von Lebens- und Gesundheitskompetenz beschreiben die neuen Aufgaben. »Doctors for Future« sehen auch die Zusammenhänge von Umweltschäden oder Klimaveränderungen mit der individuellen Gesundheit. Der Paritätische Geist verbindet Medizin, Psychologie, soziale Arbeit und Bildung zu einem neuen Wirkungsgefüge. Wir führen die Menschen zusammen und stärken das soziale Bindegewebe.



Dr. Ellis Huber
FOTO: HOLGER GROSS

■ DR. ELLIS HUBER, ARZT, ORGANISATIONSBERATER UND MITGLIED IM VORSTAND DES PARITÄTISCHEN BERLIN

Armutsrisiko chronische Erkrankung

Wer um gesund zu werden vorübergehend aus dem Beruf aussteigt, sollte später die Möglichkeit zum Wiedereinstieg haben

Mit den Möglichkeiten der Medizin haben Menschen mit einer somatischen Erkrankung, zum Beispiel Krebspatienten, heute sehr viel bessere Behandlungs- und damit Überlebenschancen. Statistisch gesehen erkrankt fast ein Drittel von ihnen im erwerbsfähigen Alter an Krebs. Viele der Betroffenen, die eine Krebserkrankung überleben, wollen und müssen zurück in den Beruf, um ihre materielle Existenz abzusichern. Mit einer längeren Krankschreibung verschlechtert sich für chronisch kranke Menschen beziehungsweise für Patientinnen und Patienten häufig die finanzielle Situation, und die Betroffenen wollen schnell wieder zurück in den Beruf.

Wenn eine Arbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur in einer eingeschränkten Form möglich ist, kann eine Rente wegen Erwerbsminderung nach dem SGB VI beantragt werden.

Voraussetzung für eine Erwerbsminderungsrente aus medizinischen Gründen ist ein ärztliches Gutachten, bei dem die (noch) vorhandene Leistungsfähigkeit festgestellt wird. Dabei ist maßgeblich, ob das vorhandene Leistungsvermögen eine Berufstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zulässt. Die medizinische Bewertung allein reicht aber nicht aus, um eine Rente aufgrund einer Erwerbsminderung zu erhalten. Zusätzlich wird geprüft, ob der beziehungsweise die Betroffene Ansprüche auf eine solche Leistung erworben hat. Dazu gehört zum Beispiel die sogenannte allgemeine Wartezeit, das heißt, eine Versicherung bei der Deutschen Rentenversicherung fünf Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung und die Zahlung von Pflichtbeiträgen an die Rentenversicherung über drei Jahre. Die Hürden sind hoch, um eine Erwerbsminderungsrente aus

medizinischen Gründen zu erhalten. Grundsätzlich soll Rehabilitation vor Erwerbsminderung gewährleistet sein.

Von einer vollen Erwerbsminderungsrente ist auszugehen, wenn der oder die Betroffene nicht mehr als drei Stunden am Tag arbeiten kann.

Die tatsächliche Höhe hängt von vielen individuellen Faktoren

ab und ist deshalb häufig niedrig. Bei vielen Menschen, die aufgrund einer chronischen Erkrankung nur eingeschränkt arbeitsfähig sind und eine Erwerbsminderungsrente beziehen, reichen die Beträge nicht aus, um eventuell die Ausbildung der Kinder, das Eigenheim oder die Altersvorsorge zu finanzieren. Auf eine

lebensbedrohende Diagnose und eine möglicherweise weitreichende Behandlung folgt für viele Patientinnen und Patienten die Angst vor der Zukunft und der finanziellen Absicherung des Lebens.

Wiedereinstieg in Beruf vor Erwerbsminderungsrente

Das Armutsrisiko ist für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen hoch. Es fehlt nicht an innovativen Ideen und Konzepten, wie Kompetenzen und fachliches Wissen von Menschen, die eine Krebserkrankung überlebt haben oder die an einer chronischen Erkrankung leiden, in den Betrieben erhalten werden können. Aber wie so oft fehlt eine optimale Kooperation der Sozialversicherungsträger, die mit mehr politischem Willen in die richtige Richtung gebracht werden könnte, um Teilhabe sicherzustellen. So ermöglicht das »Hamburger Modell« einen stunden- oder etappenweisen Wiedereinstieg in den Beruf. Leider aber wird das Modell nicht immer berücksichtigt.

Die Zusammenhänge von Armutsrisiko und Bildungsstand, Zugang zu einer Erwerbstätigkeit sowie Brüchen



im Lebensverlauf sind bekannt und werden häufig mit der Beschreibung »Armut hat viele Gesichter« verbildlicht. Für viele Menschen sind Krankheit und Lebenskrisen sehr schambesetzt und Hilfeangebote werden deshalb oft nicht in Anspruch genommen. Sozialer Abstieg und Armut können die Folgen sein.

Zusammenhang von Erwerbslosigkeit und gesundheitlichen Risiken

Zahlen der Deutschen Suchthilfestatistik aus dem Jahr 2015 belegen einen Zusammenhang von Erwerbslosigkeit und dem gesundheitsrelevanten Risiko einer Suchterkrankung. Untersucht wurde der Anteil arbeitsloser Klientinnen und Patienten in deutschen Suchthilfeeinrichtungen. Im Jahr 2015 war mehr als jede dritte Klientin beziehungsweise jeder dritte Klient in ambulanten Suchthilfeeinrichtungen und fast jede zweite Patientin beziehungsweise jeder zweite Patient im stationären Setting arbeitslos. Not, die aus der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und gesundheitlichen Risiken entsteht, grenzt Menschen aus. Die Angst um die eigene Existenz kann zu Depressionen und Isolation führen. Menschen konsumieren psychoaktiv wirksame Substanzen, Alkohol und Drogen unter anderem deshalb, damit die Belastungen weniger spürbar sind. Damit ist ein Teufelskreis beschrieben, der zur gesellschaftlichen Ausgrenzung führt, wenn keine niedrigschwellige Angebote vorhanden sind.

Mehr Prävention mit Blick auf individuelle Lebenslagen

Der Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe darf nicht in einem dauerhaften Bezug etwa von Erwerbsminderungsrenten oder von Transferleistungen bestehen. Der Zusammenhang von Armutsrisiken und gesundheitlichen Faktoren ist bekannt. Wir brauchen mehr Prävention mit Bezug auf die Lebenslagen von Menschen. Innovative Ideen, die vorhanden sind, müssen umgesetzt werden, um Menschen ihren Platz im Berufsleben zu erhalten.

■ HEIKE DREES, REFERAT SUCHTHILFE, HIV/AIDS, GESUNDHEIT BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN



Heike Drees
FOTO: ANJA WOTZLAW

ARMUT IM ALTER

Welche Rolle finanzielle Armut, Informations- und Kontaktarmut bei älteren Menschen spielt – und was dagegen getan werden muss

Würdevolles Leben statt Altersarmut

Viele ältere Menschen mit geringem Einkommen ziehen sich ungewollt zurück. Was hilft gegen Isolation? Neben mehr Geld auch Kontakte im Umfeld.



Der vergangene Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes zeigt deutlich, welche Menschen über weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verfügen. Die zweitgrößte betroffene Gruppe sind Rentner. Altersarmut ist ein Problem! Und es wird größer, wenn alles so weiter läuft wie bisher. Daran kann und sollte die Regierung etwas ändern.

Das Rentenniveau zu erhöhen, wäre der beste Weg. Es ist vernünftig, dass auf Bundesebene über eine Grundrente und eine Grundsicherung diskutiert wird.

Auch in Berlin wächst der Anteil älterer Menschen mit geringem Einkommen. Sie wollen und sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, in Kontakt mit anderen bleiben, nicht vereinsamen. Einsamkeit und Isolation bergen ein ebenso hohes Sterberisiko wie Rauchen oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen!

Was kann helfen? Begegnungen in der Nachbarschaft tragen dazu bei, dass man füreinander sorgt und länger fit bleibt, ein einfaches Mittel sind Bänke: Eine Bank neben dem Späti, am Eingang zum Kinderspielplatz, an begrünten Straßenecken, Bänke auf Plätzen und in den oft langen Straßen Berlins. Ältere Menschen, die oft nicht mehr weit laufen, können so Pausen einlegen und mit ihren Nachbarn ins Gespräch kommen. Vielleicht freuen sie sich schon, wenn sie lachende Kinder sehen, vielleicht über einen regelmäßigen Plausch.

Auch Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser bieten Kontakte wie das gemeinsame Singen im Chor. Hier kommen ältere Menschen dann auch einmal mit Jugendlichen aus dem Musik-Workshop im selben Haus in Kontakt. Das Bürgerzentrum Neukölln hat eine tolle Idee umgesetzt: In der Kleiderkammer wurden besonders schicke Kleidungsstücke gesucht. Damit organisieren die älteren Besucherinnen und Besucher dann selbst eine Modenschau und haben neben neuer Kleidung gleich noch ein schönes, gemeinschaftliches Erlebnis.

Zudem spielen Wohnformen eine große Rolle. Denn der Bewegungsradius eines älteren Menschen, der nicht mehr so mobil ist, wird immer kleiner. Vielleicht kann er sich das Monatsticket für die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr leisten. Und den Theaterbesuch auch nicht. Dann ist das unmittelbare Umfeld das einzige.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen neue Wohnformen mit leistbaren Mieten, wo sich Jung und Alt begegnen und füreinander sorgen können. Wenn es eine Ge-



Stadtteilzentren ermöglichen Sozialkontakte für Ältere

FOTO: MARTIN THOMA

meinschaft im Haus gibt, die sich unterstützt, können ältere Menschen lange selbstständig bleiben und der Beginn der tatsächlichen Pflege nach hinten geschoben werden.

Und bei leistbaren Mieten ist auch der gelegentliche Theaterbesuch wieder möglich. Sich etwa ab und an Besuche im Theater oder das Nutzen des öffentlichen Personennahverkehrs leisten zu können, gehört dazu, wenn wir eine Teilhabe auch älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben für selbstverständlich halten wollen.

Auf der anderen Seite ist es wichtig und richtig, auch die Mittel zu nutzen, die die öffentliche Hand zur Teilhabe zur Verfügung stellt. Viele ältere Menschen könnten Wohngeld beantragen – tun das aber oft aus Scham nicht. Sie schränken sich immer weiter ein und vereinsamen, obwohl ihnen finanzielle Hilfe zusteht. Unsere Mitgliedsorganisationen machen ihre Besucherinnen und Besucher darauf aufmerksam und unterstützen sie, auch etwa bei Anträgen für Hilfe. So werden ältere Menschen in ihrem Alltag

gestärkt, ganz praktisch – damit sie würdevoll leben können.

■ DR. GABRIELE SCHLIMPER, GESCHÄFTSFÜHRERIN PARITÄTISCHER BERLIN



Dr. Gabriele Schlimper
FOTO: WILLIAM GLUCROFT



Das Angehörigen-Entlastungsgesetz

Drei Perspektiven der Armutsbekämpfung –
oder Symptomlinderung unzureichender Pflegeleistungen

Die Bundesregierung will ab 2020 unterhaltsverpflichtete Angehörige in der Sozialhilfe (SGB XII) und Eingliederungshilfe SGB (IX) deutlich entlasten. Mit dem Entwurf eines Angehörigen-Entlastungsgesetzes sollen Zahlungen von Unterhaltsverpflichtungen erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000 Euro pro Jahr erfolgen. Konkret müssen beispielsweise Kinder von pflegebedürftigen Eltern erst dann einen Beitrag zu den Pflegekosten zahlen, wenn ihr Jahresbruttoeinkommen über 100.000 Euro liegt.

Die Entlastung über die Sozialhilfe lindert jedoch nur ein einzelnes Symptom der unverändert hinausgeschobenen Reform der Leistungen der Pflegeversicherung (SGB XI). Mit dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz (PfWG) und zahlreichen Pflegestärkungsgesetzen (PSG I bis III und PpSG) sind vor allem neue Leistungsberechtigte und neue Leistungsinhalte eingeführt worden. Die bessere Abbildung zum Beispiel demenziell erkrankter Menschen im neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff war ein lange überfälliger wichtiger Schritt. Die eigentlichen Pflegesachleistungen blieben aber unverändert.

Die Versicherungsleistungen für die Pflege durch Pflegedienste oder im Heim sind in der Pflegeversicherung als Teilleistungen angelegt und über die Jahre nahezu unverändert geblieben. Weder der Kostenentwicklung noch den Erwartungen des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs kann dies gerecht werden. Allgemein wird von einem stetigen Wertverlust der Pflegeversicherungsleistung gesprochen. Die Eigenanteile für die Pflege steigen stetig an und überfordern die Alterseinkünfte.

Mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz setzt die Bundesregierung daher nur indirekt bei der Finanzierung der Pflegekosten an. Angehörige sollen zu-

künftig zu Unterhaltszahlungen erst herangezogen werden, wenn die Alterseinkünfte ihrer Eltern für die Kosten der Pflege im Alter nicht ausreichen und ihr eigenes Jahresbruttoeinkommen 100.000 Euro übersteigt. Damit kann früher als bisher auf die sogenannte Hilfe zur Pflege nach SGB XII (Sozialhilfe) zurückgegriffen werden. Im gleichen Umfang sollen Menschen von Zuzahlungen befreit werden, deren Angehörige aufgrund einer Behinderung Anspruch auf Eingliederungshilfe haben.

Die politische Bewertung fällt jedoch gemischt aus: Richtig ist die notwendige finanzielle Entlastung der Angehörigen. Wichtig ist auch der Beistand

für ältere Menschen, um ihnen zumindest teilweise die Sorge zu nehmen, bei Pflegebedürftigkeit ihren Kindern finanziell zur Last zu fallen.

Die unzureichenden Leistungen der Pflegeversicherung bleiben jedoch problematisch. Pflegebedürftigkeit und drohende Armut korrelieren weiterhin. Die Entlastung von Angehörigen bei der In-

anspruchnahme von Hilfe zur Pflege lindert nur ein finanzielles Symptom der komplexen Versorgungsrealität. So ist auch die Gesetzesbegründung einer Entlastung »pflegender Angehöriger, die mit der Pflege bereits hohe Lasten zu schultern haben« unzureichend. Veränderung im Sozialhilferecht zielen auf die professionelle Pflege ab, sei es ergänzend oder vollständig in der Häuslichkeit durch einen ambulanten Pflegedienst oder im Pflegeheim. Eine finanzielle Entlastung durch höhere Pflegegeldleistungen für die selbstorganisierte Pflege durch Kinder und Angehörige ist mit dem Gesetzentwurf nicht erreichbar. Einzig deren finanzielle Sorgen können gemildert werden, wenn bei steigendem Pflegebedarf schneller oder mehr professionelle Pflegeleistungen in Anspruch genommen werden müssen.

Pflegepolitisch muss auch eine dritte Perspektive beachtet werden. Mit der Ausweitung der »Leistungsansprüche« an die Sozialhilfe wird der Sozialhilfeträger, also Land und Bezirke, noch stärker zum Entscheider in der Pflege. Die Hilfe zur Pflege wird aus den Landes- und Bezirkshauhalten finanziert. Die vielen Projekte zur Steuerung der Transferausgaben (Sozialhilfe) in der Vergangenheit zeigen die zahlreichen Versuche, diese Kostenentwicklung einer älter werdenden Stadtgesellschaft aufzuhalten. Die Steuerungsfunktion der Bezirksämter bei den vielen Einzelfällen und ihrer individuellen Pflegesituationen droht weiter zuzunehmen.

Nur eine tatsächliche Reform der Pflegeleistungen wird dazu beitragen können, dass Alter und Pflegebedürftigkeit nicht zwingend in die Sozialhilfe führen. Keinesfalls darf diese Symptomlinderung »wider steigende Pflegekosten« das Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip des Sozialhilferechts unterhöheln und den Generationsvertrag relativieren. Angehörige und Pflegenden sind nicht über Sozialhilfe zu entlasten, sondern über eine Neuformulierung der Pflegeversicherung und ihrer Leistungen.

■ DR. OLIVER ZOBEL, REFERAT STATIONÄRE PFLEGE UND ÄLTERE MENSCHEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN



Dr. Oliver Zobel

FOTO: CHRISTIANE WEIDNER

FOTO: ADOBESTOCK, PHOTOGRAPHEE.EU





Was bleibt vom Leben?

Der Landesverband Volkssolidarität Berlin e. V. besucht und betreut viele ältere Menschen – zwei Beispiele



Wieviel Geld bleibt im Alter, um den Alltag zu bestreiten?

FOTO: MARIO ZEIDLER

Durch ein persönliches Gespräch mit Herrn G. und Herrn E. in ihrer Wohnung wurde versucht, die Situation von älteren Menschen mit geringem Einkommen zu erfassen und Antwort auf die eingangs gestellte Frage zu erhalten. Beide sind schwerbeschädigt und werden von der Sozialstation der Volkssolidarität in Marzahn-Hellersdorf gesundheitlich und sozial betreut. Außer dem genannten Einkommen (siehe Kasten) verfügen sie über keine Ersparnisse.

Herr G. ist mit Pflegegrad 2 eingestuft und erhält ergänzende Sozialleistungen entsprechend SGB XII. Dazu gehören unter anderen wöchentliche Leistungen in Form von zweimal kleine Morgentoilette, einmal große Morgentoilette, einmal Aufräumen der Wohnung, einmal große Reinigung der Wohnung und zweimal einkaufen.

Herr E. ist mit Pflegegrad 3 eingestuft und erhält in der Woche unter anderem folgende Leistungen: einmal duschen, jeden Tag kleine Morgentoilette, zweimal Mittag kochen, zweimal einkaufen, einmal Wäsche waschen.

Beide Bewohner erhalten darüber hinaus sogenannte Entlastungsleistungen im Umfang von monatlich 125 Euro, die ebenfalls von der Sozialstation unter anderem in Form von Mo-

bilisierungsmaßnahmen, persönlichen Gesprächen, Spieltherapie und Fensterputzen erbracht werden.

Kaum Kontakte zu Hausbewohnern

Sie sind Bewohner einer Alt-Neubauwohnung. Im Gespräch wurde deutlich, dass Altersarmut keinesfalls nur

unter monetärer Sicht betrachtet werden darf. Ihre Situation zeigt, dass Alter und Armut auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Gesundheit, Pflegebedürftigkeit und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einzuschätzen ist. Das zeigt sich unter anderem darin, dass kaum Kontakte zu Hausbewohnern oder Bewohnern im Kiez bestehen. Kulturelle oder sportliche Angebote im Wohngebiet werden nicht genutzt. Die eigene Wohnung ist der Lebensmittelpunkt für beide. Die gesamte Freizeit wird mit Fernsehen und Lesen bei täglichem Verzehr von Alkohol wie Bier oder Sekt verbracht. Der Kontakt zur Außenwelt wird durch den regelmäßigen Einsatz von Pflegekräften der Sozialstation beziehungsweise bei Herrn E. durch den Einkauf von Lebensmitteln gesichert.

Hilfe nötig, um Bett und Kühlschrank zu bekommen

Die Gründe für den geringen Kontakt zu Personen außerhalb der eigenen Wohnung und damit der selbstgewählten Isolierung sind vielfältig. Bei Herrn G. spielt neben der gesundheitlichen Beeinträchtigung auch der sehr schlechte Zustand seiner Wohnung eine große Rolle, die er ungern einem Fremden zumuten möchte.

Herr G.

- ▶ 67 Jahre, ledig, keine Kinder
- ▶ Beruf: Speditionskaufmann
- ▶ 28 Berufsjahre bei einer Firma in Westberlin
- ▶ 1988 bis 2000: arbeitslos
- ▶ 2000 bis 2017 Harz IV-Leistungen
- ▶ ab Juni 2017 Rentner
- ▶ 1998 Umzug von Berlin Reinickendorf nach Hellersdorf
- ▶ ab April 2019 Pflegegrad 2
- ▶ Rente: 922 Euro, Wohngeld: 118 Euro,
- ▶ Einkommen: 1040 Euro
- ▶ Ausgaben: 542 Euro
- ▶ monatlich zur Verfügung: 560 Euro

Bei Herrn E. sind es vordergründig körperliche und kognitive Einschränkungen, die die eigene Zurückgezogenheit bedingen. Hinzu kommt, dass bei Kontakt zu Fremden die Gefahr eines Rückfalls auf Alkoholismus gegeben ist.

Feststellbar ist, dass beide Bewohner wenig eigene Initiativen zur Verbesserung ihrer persönlichen Situation entwickeln. Schon seit längerem schläft Herr G. in einem desolaten Sessel, weil das Bett zerschissen ist. Fernseher und Kühlschrank sind defekt. Die Wohnung ist dringend sanierungsbedürftig. Bei Herrn E. ist das Bad instand zu setzen. Unterstützung seitens der Sozialstation und des Bezirksamtes ist angesagt. Die Sozialbearbeiterin der Sozialstation der Volkssolidarität hat einen Antrag an das Sozialamt zwecks finanzieller Unterstützung für Herrn G. bei der Beschaffung eines neuen Betts und eines Kühlschranks gestellt. Zugewährt wurde ein Zuschuss von 150 Euro für den Kühlschrank seitens des Bezirksamtes. Darüber hinaus ist vorgesehen, Lottomittel für den Erwerb eines Bettes und eines Staubsaugers zu akquirieren.

Herr E.

- ▶ 56 Jahre, ledig, keine Kinder
- ▶ Beruf: Bäcker
- ▶ von 1976 bis 1991 im Backkombinat Berlin tätig
- ▶ seit 1991 arbeitslos
- ▶ diverse Nebentätigkeiten
- ▶ ab 2002 Harz IV
- ▶ 2005: Umzug aus dem Kreis Demmin nach Hellersdorf
- ▶ Grundsicherung: 940 Euro
- ▶ Erwerbsminderungsrente: 447 Euro
- ▶ monatlich zur Verfügung: 497 Euro

Wie schätzen die Bewohner ihre Situation ein?

Beide sind sowohl mit den Betreuungsleistungen der Sozialstation als auch mit den zurzeit erhaltenen staatlichen Zuwendungen relativ zufrieden, Zitat: »Mehr kann es immer sein!« Sie haben

sich auf ihre derzeitigen Lebensbedingungen eingestellt und vertrauen darauf, dass die Gesellschaft sich wie bisher um sie kümmert.

Es ist zu erwarten, dass sie ihr Leben in der bisherigen Form weitgehend unverändert fortsetzen werden. Entscheidungen zu Renten sind ausschließlich Bundesangelegenheiten, und Regelungen zur Gesundheits- und Pflegepolitik sind durch den Bund beziehungsweise das Land zu treffen. Es bleiben dennoch Aufgaben, die auf Bezirksebene zu lösen sind. Neben der Nutzung aller Möglichkeiten zur Bekämpfung von Altersarmut betrifft das unter anderem die Verhinderung von sozialer Isolation und Hilfslosigkeit sowie den weiteren Ausbau von Beratungs- und kostengünstigen Hilfsangeboten.

■ DR. KLAUS SACK, LANDESVERBAND VOLKSSOLIDARITÄT BERLIN E. V.

Wissenswertes

Mehr über die Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V. erfahren Sie hier:

www.volkssolidaritaet.de/berlin

Armut am Telefon

Der Verein Silbernetz e. V. berät ältere Menschen bei finanzieller Armut, Informations- und Kontaktarmut

Armut ist durch die massive Einschränkung von Handlungsspielräumen, Partizipationsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven gekennzeichnet, so dass ein Leben in Menschenwürde gefährdet oder sogar unmöglich gemacht wird.« So lautet die Definition der Landesarmutskonferenz (lak) Berlin.

Schaut man auf die Armutsdefinition der lak, umfasst Armut weit mehr als nur den am Durchschnittseinkommen gemessenen finanziellen Mangel. Geldmangel lässt sich in der Zielgruppe von Silbernetz in vielen Fällen durch Altersgrundsicherung beschreiben. Die damit gegebenen Einschränkungen in Gesundheitsversorgung, Mobilität und Beteiligung werden ergänzt und verstärkt durch die möglichen altersbedingten Einschränkungen in Mobilität und Gesundheit, Kontakt, Information und kultureller Teilhabe.



»Einfach mal reden«: das Silbertelefon

FOTO: SILBERNETZ E.V.





Elke Schilling, 1. Vorstandsvorsitzende und Silbernetz-Initiatorin, Silbernetz e. V.

FOTO: GORDON WELTERS

Angst um Gesundheit oder vor Geldmangel

Silbernetz ist ein Angebot in Berlin, bei dem ältere Menschen mit Einsamkeitsgefühlen anonym und vertraulich »einfach mal reden« können. Sie finden am Silbertelefon Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, die empathisch zuhören, die kleinen und großen Themen des Lebens der Anrufenden mit ihnen teilen und Tipps geben können, wo in der vielfältigen Angebotslandschaft Berlins sachkundiger Rat, aktive Unterstützung oder auch Gelegenheiten für Begegnung und Beteiligung gefunden werden können.

Die gewährleistete Anonymität und Vertraulichkeit ermöglichen in vielen Fällen eine große Offenheit und Nähe im Gespräch – die Anrufenden sind sicher vor unerwünschter direkter Hilfe, sie können frei sprechen, ohne identifizierbar zu werden. Am Silbertelefon wird grundsätzlich nicht beraten, sondern auf Nachfrage an kompetente Beratungsinstitutionen über Mit-

teilung entsprechender Rufnummern oder Adressen verwiesen. Der Anonymitätsgrundsatz von Silbernetz verbietet es, detaillierte Fragen an Anrufende zu richten. So kommen viele Themen nur im Kontext des Gespräches zutage. Ängste sind unter den fünf am häufigsten besprochenen Themen. Das können allgemeine Ängste sein, solche wegen des Gesundheitszustandes oder Existenzangst aufgrund drohenden Wohnungsverlustes oder eben Geldmangel.

Armut und Einsamkeitsgefühle können einander verstärken

Weitaus mehr, als ihrem Anteil in unserer Zielgruppe entspricht, sind es Frauen, die das Gespräch am Silbertelefon suchen, circa 90 Prozent. Rund 80 Prozent der Anrufenden leben allein. Obwohl die Mehrheit von ihnen einige Alltagskontakte hat, sind sie dennoch in den meisten Stunden des Tages allein – kontaktarm – und leiden darunter. Auch wenn wir Vermögensverhältnisse nicht nachfragen, wird sichtbar, dass Armut und Einsamkeitsge-

fühle in Wechselwirkung stehen und einander verstärken können. Neben dem Grundbedürfnis, einfach mal reden zu können, sind die häufigsten Themen am Telefon körperliches Befinden, Einsamkeit und Ängste beziehungsweise depressive Stimmungen. Silbernetz ist also vor allem ein niedrigschwelliges Angebot gegen die Kontaktarmut Älterer.

Wichtige Informationsangebote sind oft unbekannt

Elementare Informationen zu den in Berlin vorhandenen Angeboten wie Pflegestützpunkte, Mobilitätshilfendienste, Besuchsdienste, aber auch Begegnungs- und Beteiligungsangebote im Kiez sind den Anrufenden in der Regel unbekannt oder werden als kostenpflichtig vermutet und darum nicht nachgefragt. Solcher Informationsarmut können wir mit unserer Silberinfo begegnen. Hier können wir Hinweise geben, wenn Anruferinnen oder Anrufer das wünschen und uns mindestens ansatzweise mitteilen, wo sie wohnen. Inwieweit Silbernetz tatsächlich den gesundheitlichen Folgen von Kontaktarmut präventiv entgegenwirkt, bleibt noch offen.

Silbernetz ist ein Projekt in Trägerschaft des Silbernetz e. V. in Kooperation mit dem Humanistischen Verband Deutschland HVD Berlin-Brandenburg KdöR.

■ MELANIE HANSEN, SILBERNETZ

Wissenswertes

Mehr über Silbernetz e. V. erfahren Sie hier:
www.silbernetz.org

Die kostenlose Silbernetz-Rufnummer für ältere Menschen:

Tel.: 0800 4 70 80 90,
erreichbar von 8 bis 22 Uhr

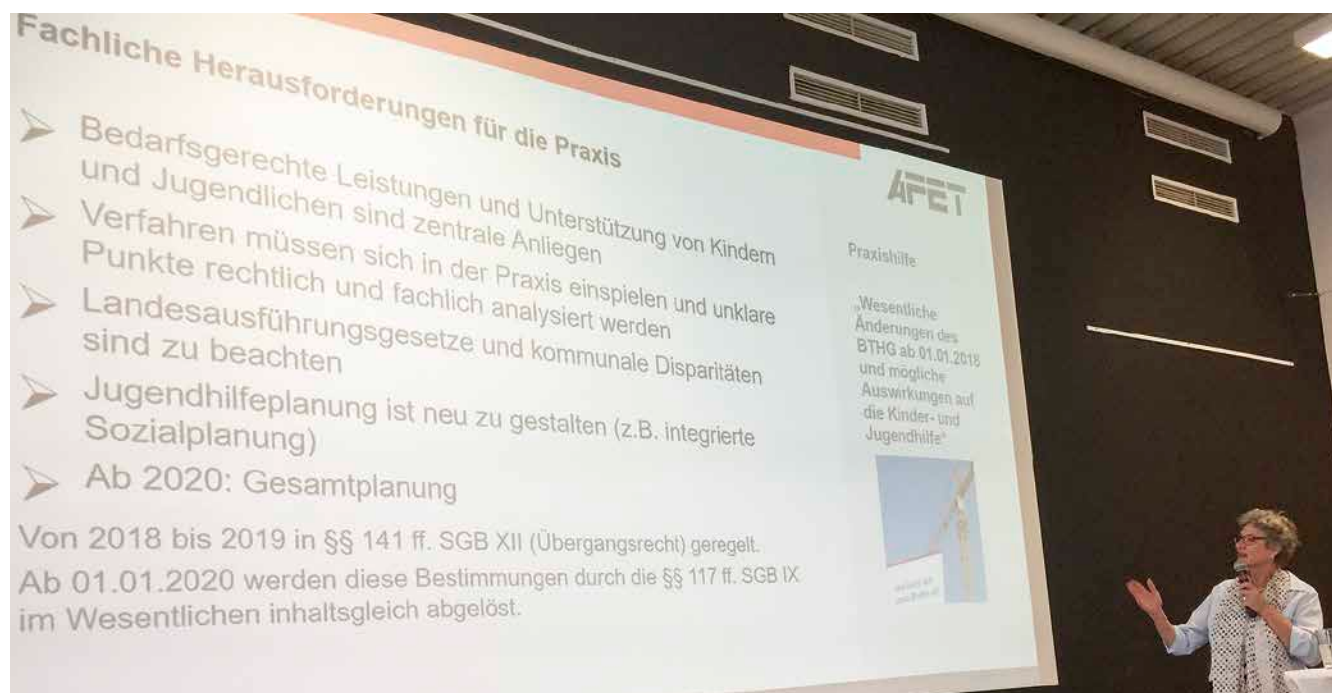
PARITÄTISCHER RUNDBRIEF

Es geht nicht nur ums Geld

Wie Armut Menschen ausgrenzt – und was wir dagegen tun können

Teilhabe muss finanziert werden

Das Bundesteilhabegesetz und die Herausforderungen für die ambulante Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche



Regionaltagung zum BTHG im August

FOTO: ANNA ZAGIDULLIN

Seit dem Jahr 2000 führen die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe ambulante Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit körperlichen und/oder kognitiven Behinderungen nach SGB XII durch. Diese fachlich hochwertige Arbeit ermöglicht den Kindern und Jugendlichen individuelle Entwicklungsschritte, so dass sie am gemeinschaftlichen Leben teilhaben und möglichst selbstbestimmt leben können.

Doch die Rahmenbedingungen für die ambulanten Eingliederungshilfen sind prekär, wenn sie ohne einen Rahmenvertrag, eine Leistungsbeschreibung und ohne verhandelte kostendeckende Vergütung durchgeführt werden. Seit viel zu langer Zeit besteht auf diesem Gebiet ein immenser Kostendruck, der zu Folge hat, dass die ambulante Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche nicht mehr adäquat oder auch gar nicht mehr angeboten werden kann. Die Folgen innerhalb der Trägerlandschaft sowie für Kinder und ihre Familien sind alarmierend: Zunehmend müssen sich freie Träger aus dem Hilfeangebot zurückziehen und/oder einen Aufnahmestopp erteilen. Unter diesen Voraussetzungen ist es nahezu unmöglich, neue Fachkräfte zu gewinnen.

nen. Kinder warten zum Teil monatelang auf die Hilfe und Familien werden alleine gelassen.

Beispiel: Björn Schulz Stiftung

Wie gehen freie Träger mit dieser Situation um und was muss sich konkret ändern? Die Björn Schulz Stiftung wurde 1996 gegründet. Sie begleitet Familien

mit unheilbar und lebensverkürzend erkrankten Kindern. Neben dem Sonnenhof – Hospiz für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, gibt es verschiedene ambulante Bereiche mit medizinisch-pflegerischem und pädagogischem Schwerpunkt. Die Stiftung ist zur Sicherung einiger Angebote auf Spenden angewiesen.

Der Bereich Ambulante Familiäre Hilfen (AFH) bietet unter dem Dach der Björn Schulz Stiftung ambulante Eingliederungshilfen und Sozialpädagogische Familienhilfen an.

»Wir erleben heute einen eklatanten Fachkräftemangel und verlieren bezüglich der Eingliederungshilfen immer mehr Zeit. Kostensätze von unter 40 Euro für eine Fachleistungsstunde machen die Finanzierung von Fachkräften und Koordinatoren nahezu unmöglich – von Schulungen und Weiterbildungen zur Qualitätssicherung ganz zu schweigen«, sagen Urte Heitmann und Nils Groß, Leitung Ambulante Dienste der Björn Schulz Stiftung.

Die Geschäftsführerin Gudrun Crämer ergänzt: »Die Zukunft der Eingliederungshilfe hängt von den Entscheidungen ab, die jetzt getroffen werden. Bleibt es dabei, das Bundesteilhabegesetz im Land Berlin kostenneutral

Regionaltagung zum BTHG im August

FOTO: ANNA ZAGIDULLIN



umzusetzen, werden sehr viele Menschen qualitativ schlecht oder ganz unversorgt bleiben. Die Wartelisten sind jetzt schon lang, es kommt zu Aufnahmestopps – und vielleicht sogar zur Aufgabe des Geschäftsfeldes.»

Mit der Umsetzung des BTHG wird die Hoffnung auf Verbesserung der Situation für Familien sowie Kinder und Jugendliche mit körperlichen und/oder kognitiven Behinderungen verbunden. Kinder und Jugendliche müssen die Hilfen erhalten, die sie zur Teilhabe, zur Förderung und für ihre individuelle Entwicklung benötigen. Eine kostenneutrale Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird die Rechte von Kindern und Jugendlichen jedoch deutlich einschränken.

Regionaltagung zum BTHG

Der AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe hat am 28. August in Zusammenarbeit mit dem kjhv – Kinder-

und Jugendhilfe-Verband Berlin-Brandenburg und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin eine Regionaltagung zum Bundesteilhabegesetz und inklusivem SGB VIII durchgeführt. Rund 150 Gäste haben über die Herausforderungen für die Kinder und Jugendhilfe sowie die aktuelle Situation in Berlin diskutiert. Es wurde aufgezeigt, welche wesentlichen Auswirkungen die Gesetzesänderungen für die Kinder- und Jugendhilfe mit sich bringen und wie eine »inklusive« Hilfeplanung aussehen könnte. Ergänzend dazu wurden Beispiele zur praktischen Umsetzung bei den freien Trägern und der »Berliner Weg« seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie vorgestellt.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Verbände eingerichtet, um gemeinsam einen einheitlichen Rahmen für die Eingliederungshilfe von Kindern und Jugendlichen mit entsprechenden Leistungsbeschreibungen, Verfahrensbeschreibungen und angemessenen Entgelten zu eruiieren.

■ ANNA ZAGIDULLIN, REFERENTIN HILFEN
ZUR ERZIEHUNG UND FAMILIE UND REFERENTIN FRAUEN
BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Informationen zur Björn Schulz Stiftung:
www.bjoern-schulz-stiftung.de

Positionspapier der Paritätischen Mitgliedsorganisationen zur ambulanten Eingliederungshilfe nach SGB XII/SGB IX für Kinder und Jugendliche mit körperlichen und/oder kognitiven Behinderungen:
<https://bit.ly/2MJydlN>

Präsentationen und Informationen aus der AFET-Tagung:
<https://bit.ly/2MfUEA7>

Suche nach neuen Betreuungsmöglichkeiten

Zukunftswerkstatt für bindungsstärkende Wohn- und Betreuungsmodelle für Kinder und Jugendliche



Basteln am Prototyp in der Zukunftswerkstatt

FOTO: BJÖRN SCHMITZ/PHILIOMONDO

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V. am 18. September eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Das Ziel: gemeinsam mit den unterschiedlichen freien Trägern der Jugendhilfe innovative und bindungsstärkende Wohn- und Betreuungsmodelle für Kinder und Jugendliche zu entwickeln.

Nach dem aktuellen Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Mai 2019 zur Anwendung des Arbeits-

zeitgesetzes auf Erzieher in Wohngruppen mit alternierender Betreuung (WaB) stehen diese Betreuungsformen, die intensive Bindungsarbeit und familienähnliche Strukturen anbieten, vor der konzeptionellen Herausforderung, gegebenenfalls mehr Personal einzustellen und/oder auf Schichtdienstbetrieb umzustellen. Betroffen sind davon in Berlin rund 430 Kinder und Jugendliche, deren familienorientierte Betreuung nach diesem Urteil nicht mehr wie bisher aufrechterhalten werden kann.

Wohlfahrtsverbände, freie Träger der Jugendhilfe und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie suchen gemeinsam nach Lösungen und neuen Ideen, wie diese bindungsstärkende Arbeit für Kinder- und Jugendliche in Berlin gut weiterentwickelt werden kann.

Die Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt haben konzeptionell in unterschiedliche Richtungen gedacht und zwei denkbare Prototypen für ein Mehrgenerationenhaus und eine Erzieher-WG im Kiez erarbeitet. Diese Ideen sollen im nächsten Treffen weiter konkretisiert werden und geeignete Finanzierungsformen ermittelt werden.

Im gemeinsamen Diskussionsprozess wurde deutlich, wie wichtig ein unabhängiger Innovationsfonds auf Landesebene ist, den die Liga-Verbände fordern. Dadurch kann die nötige Entwicklung neuer und individueller Betreuungsmöglichkeiten gefördert und eine bessere Vernetzung bestehender Angebote ermöglicht werden. Nur so ist den Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe wirkungsvoll zu begegnen. Kinder und Jugendliche können damit die Unterstützung erhalten, die ihnen wirklich hilft.

■ ANNA ZAGIDULLIN, REFERENTIN HILFEN
ZUR ERZIEHUNG UND FAMILIE UND REFERENTIN FRAUEN
BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Drei Projekte gegen Schuldistanz feiern Geburtstag

Eine zweite Chance für Kinder und Jugendliche, wieder Freude am Lernen zu entwickeln

Am 6. September 2019 feierten die drei Projekte Tagesgruppe Marzahn und Coole Schule I und II zusammen mit ihren Kooperationspartnern ihre Geburtstage. Seit 20 beziehungsweise 15 Jahren bieten diese schulersetzenden Projekte eine zweite Chance für Kinder und Jugendliche, deren Schulabschluss aufgrund hoher Fehlzeiten oder sogar völligen Fernbleibens vom Unterricht gefährdet ist.

Ziel der drei Projekte in Marzahn-Hellersdorf ist es, schuldistanzten Schülern wieder Freude am Lernen zu vermitteln, sie auf eine Reintegration in der Regelklasse gut vorzubereiten oder einen Schulabschluss zu ermöglichen. »Wir brauchen diese Projekte«, betont Gordon Lemm in seinem Grußwort beim Jubiläum. Der Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie feierte zusammen mit 40 weiteren Gratulanten den nachhaltigen Erfolg der Tagesgruppe Marzahn und der Coolen Schule I und II. Denn mittlerweile haben rund 400 Kinder und Jugendliche in einem der Schuldistanzprojekte in den letzten 20 Jahren Unterstützung erhalten.

Hervorragende Kooperation im Bezirk

Die Schuldistanzprojekte der tandem BTL werden in enger Kooperation mit Sekundarschulen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und dem Jugendamt realisiert. »Die Mitarbeiter der Projekte, die Lehrer, Schulleitung, Jugendamt, Eltern, Fachdienste und externen Fachkräfte im Sozialraum arbeiten sehr eng zusammen, um ein gemeinsames Netzwerk für die Schüler zu entwickeln«, erklärt Ria Schneider, Geschäftsführerin der tandem BTL gGmbH, in ihrem Grußwort. Und sie betont, dass diese besondere Kooperationsqualität elementar sei für den Erfolg der Projekte.

»Wir kämpfen um jedes einzelne Kind und ich freue mich, dass wir denselben Blick auf diese Kinder haben. Es ist wundervoll mit Ihnen als Kooperationspartner zu arbeiten – für die Zukunft dieser Kinder«, sagt auch die Schulleiterin der Jean-Piaget-Schule, Marion Engel, in ihrer Rede.

Unterricht – aber anders

Der Unterricht in den Schuldistanzprojekten bietet eine zeitlich befris-



v.l.: Claudia Spieckermann, Abteilungsleiterin tandem BTL gGmbH, Gordon Lemm, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie in Marzahn-Hellersdorf und Ria Schneider, Geschäftsführerin der tandem BTL gGmbH

FOTO: MARGARETE CASPARI

tete Alternative zum regulären Schulbesuch. Die Schüler werden in kleinen Gruppen bis zu zwölf Teilnehmern intensiv und individuell gefördert. Die Teams in den Projekten sind interdisziplinär aufgestellt: Lehrer, Sozialpädagoge, Erzieher und therapeutische Fachkräfte arbeiten Hand in Hand, um die Schüler wieder in Regelschule zu integrieren. Das gelingt nur mit Beharrlichkeit, einer klaren Haltung und Empathie: »Die persönliche Beziehung ist Grundlage unserer Arbeit. Es geht zuerst um Wertschätzung, um Respekt, Vertrauen und auch darum, Verantwortung zu übernehmen – dann kann man auch gut miteinander arbeiten. Deshalb ist die erste große Aufgabe für uns, eine Beziehung herzustellen zwischen uns und dem Schüler oder der Schülerin«, erklärt Heike Schiganow, Leiterin der Tagesgruppe Marzahn und seit Gründung des Projektes an Bord.

Neben dem Erlernen einer verlässlichen Tagesstruktur mit pünktlichem Tagesbeginn geht es um das Arbeiten

an den sozialen und persönlichen Fähigkeiten: Steigern der Frustrationstoleranz, Erfahren der Selbstwirksamkeit und besserer Umgang mit Konflikten. Auch die Basisinhalte des Schulstoffs werden vermittelt, außerdem gibt es Sportstunden, Lerntherapie und Einzelgespräche. »Wichtig ist: Wir nehmen die Schüler ernst, trauen ihnen etwas zu. Sie sollen und dürfen bei uns auch mal Dinge tun, die einfach Spaß machen«, sagt Schiganow. Regelmäßig treffen sich die Kollegen der Projekte in ihren Teams und tauschen sich fachlich aus, besprechen die aktuellen Fälle.

Während die Tagesgruppe Marzahn als bezirksweites Projekt Schülern aus ganz Marzahn-Hellersdorf offen steht und eng mit der Rudolf-Virchow-Oberschule zusammenarbeitet, nehmen Coole Schule I und II Schüler ausschließlich aus ihren Kooperationsschulen auf. Die Coole Schule II ist an der Konrad-Wachsmann-Schule angesiedelt, die Coole Schule I an der Jean-Piaget-Schule.

■ BARBARA BRECHT-HADRASCHEK, TANDEM BTL GGMBH

»Boards not Borders«

Drop In – Forum für interkulturelle und politische Bildung e. V. ist ein junger gemeinnütziger Verein aus Berlin



Inklusiver Rollstuhlsport: Wheelchair-Motocross

FOTO: FABIANNE KARMANN

In seinen Projekten verbindet er Bildungs- und Integrationsarbeit mit Kultur- und Freizeitangeboten. Außerdem betreibt der Drop In e. V. einen offenen Kinder- und Jugendclub auf dem RAW-Gelände in Berlin-Friedrichshain. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Vereins ist die Förderung der deutschen Sprache und die damit einhergehende Integration junger Menschen mit Fluchthintergrund. Zu der expliziten Förderung zählen der tägliche, kostenfreie Deutschunterricht im Projekt »Gemeinsam Starten – fit für die Schule!«, der sich vor allem an Schüler aus Willkommensklassen richtet, außerdem die regelmäßigen Nachhilfeangebote sowie der Intensivunterricht im Rahmen des Programms Berliner Ferienschule.

Skateboarding verbindet

Die implizite Form der Sprachförderung besteht aus einem niedrigschwellig ausgerichteten Freizeitprogramm. Einen besonderen Fokus legt der Verein hier auf das Skateboarding – eine Sportart, der das besondere Potential innewohnt, Menschen über Ländergrenzen und soziale Schichten hinaus miteinander zu verbinden. Jeden Montag skaten Kids

aus dem Kiez zusammen mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund unter dem Motto »Boards not Borders«. Im inklusiven Rollstuhl-Skateangebot WCMX, Wheelchair-Motocross, können sowohl Rollstuhlfahrer als auch Fußgänger ihre Fähigkeiten auf speziellen Sporttrollis im Skatepark erproben.

Auch das aktive Erkunden des neuen Sozialraums, etwa mit Ausflügen ins Museum oder zum Hochseilgarten, steht wöchentlich auf dem Plan. So bilden sich nicht nur neue Freundschaften, die jungen Menschen erwerben auch Kenntnisse, die ihr Selbstbild steigern und ihre Eingliederung in die neue Umgebung langfristig sichern können.

Für Integration, gegen Ausgrenzung

Drop In e. V. bietet außerdem ein thematisch weitgefächertes Bildungsprogramm zu historischen und politischen Themen an. Im Mittelpunkt der Bildungsarbeit stehen dabei die Prävention von antisemitischen, homophoben, fremdenfeindlichen und sexistischen Einstellungen sowie das Gegenwirken von Gruppenkonflikten und Mobbing. Abgerundet wird das Angebot

durch Kunstprojekte wie »RAW-ins Licht gerückt!«, die Schulung von Medienkompetenzen junger Frauen im Programm Zukunftsheldinnen oder den 3D-Design-Kurs Virtual Photography.

Im Verein Drop In – Forum für interkulturelle und politische Bildung e. V. engagieren sich so tagtäglich Menschen aus der Sonder- und Erlebnispädagogik, der Sozialarbeit, der politischen Bildung sowie dem Projekt- und Kulturmanagement für Jugendliche mit und ohne Flucht- und Migrationshintergrund. Explizites Leitbild des gemeinnützigen Vereins ist die nachhaltige Förderung und soziale Integration gesellschaftlich benachteiligter Gruppen.

■ SARA PLAGEMANN, DROP IN – FORUM FÜR INTERKULTURELLE UND POLITISCHE BILDUNG E. V.

Wissenswertes

Mehr über Drop In – Forum für interkulturelle und politische Bildung e. V. finden Sie auf der Internetseite:

www.dropin-ev.de

Lernen am Street College

Studierende bestimmen Lernziele und Lernwege selbst – ein Projekt von Gangway Straßensozialarbeit e. V.

Das Street College ist ein Projekt von Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e. V. Es verwirklicht im Bereich Bildung und Lernen die Grundsätze von Gangway: freiwillig, selbstbestimmt und hin zur Eigenverantwortung. Gangway e. V. arbeitet mit jungen Menschen, die aus der gesellschaftlich vorgegebenen Norm herausfallen und für die nicht ausreichend Möglichkeiten zur kulturellen und gesellschaftlichen Teilhabe vorhanden sind. Diesen jungen Menschen sind oftmals Zugänge zu (Aus-)Bildungs- und Arbeitsangeboten sowie zu einer angemessenen Förderung ihrer individuellen Begabungen verwehrt. Ängste bezüglich Wohnraum, Karriere, Perspektiven und finanzieller Sicherheit sind häufige Begleiterscheinungen.

Das Projekt Street College schafft hier, mit radikal bedarfs- und kompetenzorientierten Ansätzen, Zugänge, um Barrierefreiheit auf allen Ebenen zu gewährleisten. Das Recht auf Förderung der individuellen Entwicklung verwirklicht sich in der Bildung und Erprobung übertragbarer Methoden des Lernens und Lehrens. Wir arbeiten im Kern mit bildungsbenachteiligten, jungen Menschen und sind offen für alle, die in dieser Lernumgebung aufblühen. Diese Diversität der Studierenden stellt eine große Bereicherung dar.

Möglichkeitsräume für Lerninteressen

Wir machen keine »Angebote«. Wir schaffen Möglichkeitsräume für Lerninteressen. In der täglichen Arbeit bedeutet das: Wir drehen das Prinzip von Angebot und Nachfrage um. Die Studierenden bestimmen das Was, Wie, Wann und Wo, also ihre Lernziele und -wege, selbst.

In den letzten Jahren sind aus diesen Bedarfen Kurse und Fachbereiche entstanden wie zum Beispiel das »LernLabor«, Kurse in Modedesign und freiem Design, Schauspiel und Film, Koreanisch und Gebärdensprache sowie ein breit aufgestellter Fachbereich Musik, von Atem- und Gesangstechniken über Texten, Reimtechniken und Rhythmusarbeit hin zur elektronischen Musikproduktion. Hier können die Studierenden auch interdisziplinär alles lernen, was mit Musik zu tun hat.

Seit zwei Jahren gibt es auch den Diplomkurs Künstlerisch basierter Audio Engineer. Dieser orientiert sich an etablierten Ausbildungslehrgängen bekannter Institute und die Studies erarbeiten sich hier gemeinsam die Skills des Audio Engineers – theoretisch und in der praktischen Arbeit im Studio, jede und jeder im eigenen Tempo.

Wie die Idee entstanden ist

Entstanden ist die Idee des Street College aus unseren jahrzehntelangen Erfahrungen in der Projektarbeit. Hier erleben wir immer wieder, wie konzentriert und ausdauernd junge Menschen sich einer Tätigkeit widmen. Bei den Gleichen, die in unserem herkömmlichen Bildungssystem gescheitert sind, erfahren wir Freude am Lernen, Wissbegier und Erfolge.

An ihnen (allein) kann es also nicht liegen. Neue, in keine Schablone passende, Ideen brauchen nicht nur Mut und beständiges Lernen, sie brauchen auch eine passende Struktur und vor allem eine Finanzierung, die dieser Offenheit und radikalen Bedarfsorientierung gerecht wird. Die den Freiraum, den wir aktuell den jungen Menschen ermöglichen können, auch weiterhin sichert.

Die Skala-Initiative fördert das Projekt bis 2021 mit eben dieser Zielsetzung. Und so starten wir im November unsere erste Kampagne, um auf das Street College und die Grundhaltung die dahinter steht aufmerksam zu machen: #Machdochwasduwillst zeigt sehr unterschiedliche Menschen, die sich auf ihre eigene Art verwirklichen. Eine Ermutigung, sich selbst treu zu bleiben und aufzeigen, dass es mehr gibt als den einen Weg, den unser Bildungssystem scheinbar vorgibt.

■ TANJA RIES, STREET COLLEGE

Wissenswertes

Mehr über das Projekt finden Sie unter: www.streetcollege.de

Mehr über den Verein Gangway –
Straßensozialarbeit in Berlin e. V. finden Sie unter: www.gangway.de

Die Crew der Street College Gala »Spotlights«

FOTO: OLAD ADEN



100 Chancenpatenschaften zwischen jungen Menschen gestiftet

Die Stiftung Bildung unterstützt Kita- und Schulfördervereine bei der Finanzierung von Teilhabeprojekten



Junge Pflänzchen im Lernort Schulgarten

FOTO: AARON SCHMIDT

Schülerinnen und Schüler mit Fluchthintergrund willkommen zu heißen, das ist an der Paul-Moor-Schule in Spandau ganz normal. Als vor einigen Jahren ein paar Lehrkräfte mit Hilfe des Schulfördervereins begannen, einen Teil des Grundstücks zu bepflanzen, konnte noch niemand ahnen, in welchem Glanz der Schulgarten einmal erstrahlen würde. Heute helfen alle begeistert mit: Gemeinsames Gärtnern verbindet eben. Und so war Anfang des Jahres auch gleich klar, dass die neu gegründeten Chancenpatenschaften den Garten ebenfalls mitgestalten.

Eine Chancenpatenschaft besteht aus zwei jungen Menschen mit unterschiedlichen Teilhabechancen. Förderungen für die entstehenden Kosten, beispielsweise für Saatgut und Werkzeug, können dank der Stiftung Bildung und mit der Förderung durch das Programm »Menschen stärken Menschen« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgerechnet werden.

Die Chancenpatenschaften werden in Berlin in Kooperation mit dem Lan-

desverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. durchgeführt, der rund 750 Mitglieder zählt.

Gewürzmischung angepflanzt und geerntet

An der Paul-Moor-Schule gärtnern die Tandems gemeinsam und pflanzen zum Beispiel Za'atar an. Za'atar ist eine Gewürzmischung, die viel in arabischen Ländern genutzt wird. Einige der Schulkinder, zum Beispiel aus Syrien und dem Gazastreifen, kennen diese Gewürzmischung und essen sie gerne. Am Anfang säten die Zweierteams die einzelnen Zutaten von Za'atar, bestehend aus Majoran, Thymian und Sesam, und zogen sie sorgsam auf, erst in Eierkartons, später in kleinen Töpfchen. Die Kinder aus der Willkommensklasse freuten sich sehr, sich im Lernort Schulgarten aufzuhalten und gemeinsam mit den Kindern der Regelklassen die Arbeitsaufträge auszuführen.

Dabei lernten sie sich näher kennen und kamen ins Gespräch. Zum Ende des Schuljahres wurden die einzelnen Pflänzchen in ein dafür bestimmtes Beet gesetzt.

Natürlich sollten auch alle Kinder wissen, wie Za'atar schmeckt! Mit Öl vermischt und auf das Fladenbrot gestrichen war es das perfekte Frühstück für alle Beteiligten! Abschließend für dieses und weitere kleine Gartenprojekte wurde ein Frühstücksbarbecue veranstaltet.

Regeln eines fairen Miteinanders

Auch für den Förderverein der Sügrundschule e. V. in Zehlendorf stand eine Teilnahme an den Chancenpatenschaften sofort fest. In einer Klasse mit ganz unterschiedlichen Teilhabechancen, unter anderem auf Grund von Migrations- oder Fluchthintergründen, wurde die Projektförderung vorgestellt. Da es in der Klasse oft unruhig war und es zu Konflikten kam, fiel die Entscheidung bei der gemeinsamen Aktivität auf »Fairplay«. Im Rahmen des Projektes lernten die Tandems Regeln eines fairen Miteinanders. Die helfen im Sport genauso wie im Alltag, harmonisch zusammenzuleben. Das Konzept wurde direkt beim Fußballspiel getestet. Natürlich darf man sich dabei über jedes geschossene Tor weiterhin freuen. Bei Fairplay gewinnt jedoch das Team, welches sich fairer verhält und so mehr Fairplay-Punkte sammelt!

Auch wenn die Erziehungsberechtigten der Teilnehmenden zunächst nicht alle so begeistert waren wie die jungen Menschen selbst, hat sich das große Engagement der betreuenden Lehrerin gelohnt.

Am Schluss des Projektes stand ein Fest, für das die Tandems zu zweit Plakate mit dem Fairplay Motto vorbereitet haben. Die Chancenpatenschaften organisierten darüber hinaus ein Fußballmatch mit gemischten Teams, die auch Kinder aus einer benachbarten Flüchtlingsunterkunft einschlossen.

■ AARON SCHMIDT, STIFTUNG BILDUNG

Wissenswertes

Informationen zum Projekt Chancenpatenschaften der Stiftung Bildung finden Sie hier:

www.stiftungbildung.com/patenschaften

Ehrenamt in Kita- und Schulfördervereinen

Der Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb) präsentiert Umfrageergebnisse

Bei einem Seminartag des lsfb 2019

FOTO: MARC BECKMANN

Interessante Ergebnisse lieferte die Umfrage, die der lsfb im August unter seinen 750 Mitgliedsvereinen in Berlin und Brandenburg durchgeführt hat. So leisten die Kita- und Schulfördervereine durchschnittlich jährlich 400 Ehrenamtsstunden und investieren rund 5.000 Euro in Projekte, Ausstattung, schulische Veranstaltungen, Sozialausgleich und zusätzliche Angebote in ihren Kitas und Schulen.

Von der Politik fordern die ehrenamtlich Engagierten an erster Stelle praktische Unterstützung im Vereinsalltag, eine Verbesserung der Infrastruktur und Ausstattung der Kitas und Schulen, die Verbesserung der Personalsituation in den Schulen in Hinblick auf Qualität, Ausbildung und Menge.

Die Engagierten wünschen sich darüber hinaus mehr Anerkennung der Leistung ihrer Fördervereine – gerne auch finanziell. Auch an ihren Verband, den lsfb, richten die Befragten klare Wünsche: Die Beratung zu spezifischen Fragen und die Bereitstellung von Informationen rund um die Arbeit im Kita- und Schulförderverein sowie die Fortbildung auf Seminarveranstaltungen stehen klar im Vorder-

grund. Aber auch die Vernetzung und der Fachaustausch, die Interessenvertretung in der Politik sowie Informationen zu Fördermitteln werden von mehr als jeder dritten befragten Person genannt.

Der lsfb baut seine Leistungen und sein Angebot stetig aus. So fand im September 2019 auf Wunsch der Mitglieder das erste Webinar des lsfb statt.

■ BEATE KRENTZ, LANDESVERBAND DER KITA- UND SCHULFÖRDERVEREINE BERLIN-BRANDENBURG E. V.

Seminartag 2019

FOTO: MARC BECKMANN



Wissenswertes

Mehr über den Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb) finden Sie hier: www.lsfb.de

Link zu den lsfb-Seminaren:
www.lsfb.de/aktuelles/seminar-und-veranstaltungstermine/

Vereinbarung zum »Gute-Kita-Gesetz«

239 Millionen Euro werden in die Berliner Kindertagesbetreuung investiert –
Stellungnahme des Paritätischen Berlin



Franziska Giffey, Michael Müller und Sandra Scheeres (v.l.) bei der Unterzeichnung

FOTO: TORSTEN WISCHNEWSKI-RUSCHIN

Die Vereinbarung zum sogenannten »Gute-Kita-Gesetz«, dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung KiQuTG, wurde am 2. Oktober 2019 vom Regierenden Bürgermeister Michael Müller und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, unterschrieben. Der Paritätische Berlin begrüßt, dass Berlin die 239 Millionen Euro vom Bund bis zum Jahr 2022 zur qualitativen Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung einsetzen wird.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hält es für außerordentlich wichtig, dass nun, nach vielen Jahren der Nichtbeachtung, die Kindertagespflege stärker in den Fokus rückt und die Bedingungen der Tagespflegepersonen deutlich verbessert werden sollen. Der Paritätische hofft, dass die Erkenntnisse aus den Versuchen von Kitaträgern zur besseren Verzahnung von Angeboten der Kindertagespflege von der Senatsverwaltung für Bildung, Ju-

gend und Familie endlich aufgegriffen werden.

Insbesondere hält der Paritätische Berlin alle Maßnahmen für sinnvoll, die die Fachkräfte vor Ort inklusive der Kita-Leitungen unterstützen und damit den betreuten Kindern zu Gute kommen. Darunter sind die Verbesserung des Kitaleitungsschlüssels, die Erweiterung der Praxisanleitung und die Stärkung der Fachberatung als Unterstützungssystem zu nennen. Für die Stärkung der Fachberatung hat sich der Paritätische seit Jahren eingesetzt. Daher begrüßen wir, dass an dieser Stelle unsere Vorschläge, die Qualitätsentwicklung und -sicherung in den Kindertagesstätten weiter auszubauen, aufgenommen wurden. Die Fachberatung bietet den Teams in den Kindertagesstätten eine gute Unterstützung in der fortwährenden pädagogischen Arbeit mit den Kindern und Familien.

Fachkräfte zu gewinnen und zu binden sowie Quereinsteigende auszubilden und zu qualifizieren, ist für Berlin eine große Herausforderung,

um auch künftig in einer wachsenden Stadt den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zu gewährleisten. Mit der Ausweitung der Praxisanleitung werden den Kindertagesstätten nun mehr Mittel zur Verfügung gestellt, die sie bei der Einarbeitung und guten Anleitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen. Dass jetzt Personen in der berufsbegleitenden Ausbildung Freistellungen für die Anleitung erhalten, ist ein großer Erfolg auch der Bemühungen des Paritätischen Berlin. Damit wird ein Teil der Arbeitsphase aus dem Personalschlüssel herausgenommen.

Die Berliner freien Träger haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie sowohl den Kitausbau als auch den Fachkräfteausbau bewältigen können. Daher ist es wenig nachvollziehbar, dass nicht noch weiter in die Personalverbesserung vor Ort in den Kitas investiert wird. Der Paritätische bekräftigt die Erwartung, dass sich der Personalschlüssel in den kommenden Jahren weiter verbessern muss. »Nur ver-

besserte Betreuungs- und Arbeitsbedingungen im Sinne einer verbesserten Fachkraft-Kind-Relation vor Ort werden uns dauerhaft den notwendigen Zuwachs an Fachkräften gewährleisten und so die zukünftigen Bildungswege der Kinder stärker beeinflussen können«, so Martin Hoyer, stellvertretender Geschäftsführer des Paritätischen Berlin.

Die Errichtung eines heilpädagogischen Fachdienstes als niedrigschwelliges Beratungsangebot für Familien mit behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern als auch der Ausbau von heilpädagogischen Gruppen für schwerstmehrfachbehinderte Kinder wurde vom Paritätischen seit einiger Zeit deutlich gefordert. Dass dies nun durch die Finanzmittel des Bundes abgesichert wird, ist ein deutliches

Zeichen, diesen Bedarf anzuerkennen und den Aufwuchs an Plätzen und an Personal entsprechend finanziell abzusichern.

Kritisch und wenig nachvollziehbar für den Paritätischen ist es, dass nach den halbherzigen Maßnahmen und den Umsetzungsschwierigkeiten aus dem Schulbereich die politisch gewollte »Brennpunktzulage« unbedingt durchgesetzt werden soll. Damit werden nicht die Rahmenbedingungen vor Ort verbessert, keine zusätzlichen Sprachexperten und -expertinnen in den Kindertagesstätten gehalten und die Ausstattung vor Ort, zum Beispiel durch Schalldämmung oder durch Funktionsräume, nicht verbessert.

Die Forderung der Verbände nach einem Brennpunktbudget oder einem Bonusprogramm-Kita setzten sich im

Senat leider nicht durch. Durch ein Budget oder Programm hätten die sehr heterogenen Bedürfnisse vor Ort Berücksichtigung finden können. Die Fachkräfte vor Ort wissen genau, welche unterstützenden Aktivitäten sie für eine gute Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit in ihren Kindertagesstätten benötigen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin wird die konkrete Umsetzung der einzelnen Maßnahmen in den kommenden Jahren aufmerksam begleiten. Er fordert darüber hinaus die Bundesministerin Franziska Giffey und die Bundesregierung auf, die Finanzmittel dauerhaft über das Jahr 2022 zur Verfügung zu stellen.

■ TORSTEN WISCHNEWSKI-RUSCHIN, REFERENT KINDERTAGESSTÄTTEN UND FREIE SCHULEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Mediation in Kitas

»MiK«: Ein Konzept zur Umsetzung von demokratischer Bildung und Teilhabe in Kindertagesstätten

Im Kitaalltag gibt es unzählige Konflikte, die Kinder oft in Form von Streit austragen. Der Mittelhof e. V. Berlin hat ein Konzept erarbeitet, das Kindern hilft, Konflikte richtig auszugetragen und auch zu lösen. Das Konzept fördert die demokratische Frühbildung und Teilhabe von Kindern, unterstützt ihre individuelle Handlungskompetenz und damit auch ihr Selbstbewusstsein nachhaltig. Der Mittelhof e. V. Berlin nennt dieses Konzept »Mediation in Kita – MiK«. Das Konzept ist einfach in den Kitaalltag integrierbar und wurde bereits in mehreren Einrichtungen erfolgreich angewendet.

Das MiK-Konzept bezieht alle Beteiligten einer Kita mit ein: das Kita-Team, die Kinder und die Eltern.

In einer zweitägigen Fortbildung wird das Kita-Team zum Konzept geschult. Es setzt sich dabei intensiv mit der eigenen Teamstreitkultur, den unter-

»Wenn sich zwei Kinder streiten, hilft ein anderes Kind, dass sie sich wieder vertragen.«

Felix, fünf Jahre

schiedlichen Konfliktarten, der Selbst- und Fremdwahrnehmung und besonders mit dem Thema Selbstfürsorge auseinander. Eltern werden von Beginn an durch Informationsveranstaltungen so-



Puppen zeigen Konfliktphasen

FOTO: GABRIELE MAIERSKI

wie fortlaufende Dokumentationen und themengeführte Elternangebote in dem Prozess mitgenommen.

Mit den Kindern erfolgt der erste Zugang zur Konfliktlösung über die Auseinandersetzung mit den eigenen Gefühlen und Bedürfnissen. Sie lernen, ihre eigenen Gefühle und die der anderen besser zu verstehen und auszudrücken. Sie lernen, Regeln einzuhalten, um fair miteinander umzugehen. Und sie entwickeln und suchen gemeinsam nach Lösungen, die keinen als Verlierer zurücklassen.

Um die Konfliktlösung so selbstständig wie möglich durchzuführen, stehen den Kindern thematische Bücher, didaktisches Material und der sogenannte MiK-Zug zur Verfügung. Der MiK-Zug veranschaulicht einfach und wirkungsvoll die einzelnen Schritte vom Streit bis zur Streitleistung und orientiert sich im Ablauf an dem fünf-Schritte-Modell einer Mediation. Räumlich festgelegte »MiK-Ecken« geben den Kindern die Möglichkeit, den

Streit in Ruhe klären zu können. An der Einrichtung und Ausgestaltung dieser »MiK-Ecken« sind die Kinder von Anfang an beteiligt.

Die Implementierung und Begleitung des Konzepts erfolgt durch einen sogenannten MiK-Coach, der die fachliche Qualifikation als zertifizierter Mediator und pädagogische Fachkraft mitbringt. Die Umsetzung des Konzepts wird durch Hospitationen begleitet und etwa ein Jahr nach Einführung evaluiert sowie in der Kitakonzeption verankert.

Mit dem MiK-Konzept wird ein elementarer Bildungsauftrag erfüllt. Es zeigt Kindern Wege auf, sich zu einem selbstbewussten und sozialen Mitglied einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln. Bereits nach kurzer Zeit zeigt sich ein verändertes Streitverhalten innerhalb der Kita, aber auch im häuslichen Umfeld.

Auch bei den pädagogischen Fachkräften innerhalb des Teams zeigen sich in Kommunikation, Diskussionsfreude

und Streitkultur positive Entwicklungen. Konflikte werden eher angesprochen, sachlicher bearbeitet und kooperativer gelöst. Die Kommunikation der Fachkräfte gegenüber den Eltern wird professionalisiert und gestärkt.

■ GABRIELE MAIERSKI, MITTELHOF E. V.

Wissenswertes

Mehr über Mittelhof e. V. und das Angebot finden Sie hier: www.mittelhof.org

Der Mittelhof e. V. bietet das MiK-Konzept im Rahmen von Workshops der Paritätischen Akademie Berlin sowie in Inhouse-Seminaren an.

Neue Broschüre erschienen

Multiprofessionelles Arbeiten in Kindertagesstätten

Die aktuelle Situation und die mittelfristige Perspektive, Fachkräfte für das Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung zu gewinnen, zu halten und langfristig zu binden, fordern Träger in ganz besonderer Weise.

Die Träger beschreiben, dass grundsätzlich Fachpersonal fehlt. Sie nehmen wahr, dass zu wenige Absolventinnen und Absolventen der Fachschulen im Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung verbleiben, und dass sich die Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach einer kurzen Praxisphase für das Weiterstudium entscheiden.

Die in wenigen Jahren einsetzende Welle der Verrentung vieler Fachkräfte gleichzeitig und der aktuell anhaltende qualitative und quantitative Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder werden weiteren erheblichen Fachkräftebedarf auslösen.

Mit dieser Perspektive werden Träger, Kita-Leitungen und Kita-Teams noch in den kommenden Jahren konfrontiert.

Der Runde Tisch »Multiprofessionelle Teams« hat sich mit den Aspekten und Möglichkeiten zur Arbeit in multiprofessionellen Teams auseinandergesetzt und dazu ein gemeinsames Verständnis entwickelt. Die neue Broschüre fasst die Ergebnisse dieser Diskussionen in Form von Empfehlungen für die Fachpraxis zusammen.

■ SABINE RADTKE, REFERENTIN KINDER UND KINDERTAGESSTÄTTEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Hier können Sie die Broschüre herunterladen:
<https://bit.ly/32IfG5Z>



FOTO: BIRKE STAHL

»Resonanzen – Internationale Klänge«

Bei der Veranstaltungsreihe der Stiftung Pfefferwerk arbeiten junge Menschen aus unterschiedlichen Berufen an einem Ziel

Unter dem Titel »Resonanzen – Internationale Klänge« rief die Stiftung Pfefferwerk im Jahr 2015 eine Veranstaltungsreihe mit in Berlin lebenden Musikerinnen und Musikern ins Leben, die ihre Wurzeln in vielen verschiedenen Ländern haben. Einige sind aus ihrem Land vor Krieg und Zerstörung geflohen. Mit finanzieller Unterstützung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin wirkten bisher mehr als 100 Künstlerinnen und Künstler mit und überraschen das Publikum im Haus 13 auf dem Pfefferberg einmal im Quartal mit Kostproben verschiedener musikalischer Genres und Instrumente.

»Das Gesamtprogramm glich einer Entdeckungsreihe, denn die Reise vermittelt spannende, vielfältige, teils erstaunliche Einblicke in die facettenreiche internationale Musikszene, die die Kulturmetropole Berlin kennzeichnet«, heißt es in der von der Stiftung Pfefferwerk herausgegebenen Broschüre, in der sie auf zwei spannende Jahre Resonanzen zurückblickt.

Seit 2017 wird die abwechslungsreiche Konzertreihe mit finanzieller Unterstützung der Stiftung von ihrer Tochter, der Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH, als Azubi-Projekt weitergeführt. Fachlich angeleitet und begleitet von ihren Ausbilderinnen und Ausbildern übernehmen die auszubildenden Veranstaltungsmanagerinnen und -manager sowie Veranstaltungstechnikerinnen und -techniker die organisatorische Vorbereitung und sorgen für einen reibungslosen technischen Ablauf. Die auszubildenden Mediengestaltenden entwerfen Werbematerialien und die angehenden Restaurantfachkräfte sorgen für einen angenehmen gastronomischen Rahmen. Zuweilen führt auch eine oder ein redengewandter Azubi moderierend durch den Abend.

Für die jungen Menschen ist »Resonanzen« eine großartige Gelegenheit, ihr Wissen und Können in der Praxis



»Resonanzen« im Juni auf dem Pfefferberg

FOTO: MARTIN THOMA

zu erproben, Erfahrungen zu sammeln und Neues zu lernen. Dabei arbeiten Azubis verschiedener Jahrgänge und Ausbildungsformen – betriebliche Ausbildung, Verbund, Reha, Jugendberufshilfe – eng miteinander zusammen. Als größte Herausforderung sieht Nadine, auszubildende Mediengestalterin: »die reibungslose Kommunikation zwischen allen Beteiligten. Die Veranstaltungstechniker müssen die Location herrichten, die Mediengestalter entwickeln an-

sprechende Plakate und Flyer und die Veranstaltungsleute müssen alles zu einem Endprodukt zusammenführen – nur dann wird eine Veranstaltung perfekt!«

Auch für die auszubildende Veranstaltungskauffrau Nora sind gute Absprachen das A und O für das Gelingen der Konzerte. Dazu gehören: »Zeitmanagement, Marketing, Ruhe bewahren und Lösungen finden, wenn nicht alles wie geplant läuft, und Kritik nicht persönlich zu nehmen«. Besonders Spaß machen ihr die Künstlerakquise und -betreuung.

Für Selina, Auszubildende Fachkraft im Gastgewerbe im dritten Ausbildungsjahr, besteht die Herausforderung darin, »alle Kunden schnell zu friedenzustellen, bei lauter Musik die

Wissenswertes

Die »Resonanzen«-Termine für 2020 erfahren Sie unter:
<https://pfefferberg-haus13.de/veranstaltungen/>

Menschen zu verstehen und in Hektik schnell rechnen zu müssen».

Veranstaltungstechniker Christopher geht es vor allem darum, »den Sound und die Technik so zu perfektionieren, dass alle zufrieden sind – Musiker und Kunden«. Ihm gefällt an »Resonanzen«, dass er verschiedene Kulturen und außergewöhnliche Instrumente kennenlernt und natürlich, dass

die Azubis sehr selbstständig arbeiten können.

Für die internationalen Musiker bietet die Veranstaltungsreihe die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit aufzutreten, bekannter zu werden und Kontakte in der Berliner Musikszene zu knüpfen. Um allen Interessierten den Zugang zur kulturellen Musikvielfalt Berlins zu ermöglichen, ist der Eintritt frei. Das Pro-

jekt finanziert sich über Fördergelder und Spenden.

Die Veranstaltungsreihe »Resonanzen« auf dem Pfefferberg spiegelt das bunte Zusammenleben in unserer multikulturellen Stadt Berlin wider, geprägt von Verständnis, Toleranz, Respekt und Neugier.

■ KAJ BERGMANN,
PFEFFERWERK STADTKULTUR GGMmbH

22 Jahre Engagement im Circus Sonnenstich

Bundesverdienstkreuz für Michael Pigl-Andrees, Gründer des Circus Sonnenstich und des Zentrums für bewegte Kunst e. V.

Das Bundesverdienstkreuz ist ein Meilenstein für unsere Arbeit für eine inklusive Gesellschaft. Wir freuen uns unbeschreiblich und sind sehr stolz«, sagt Michael Pigl-Andrees, der mit seiner Frau Anna-Katharina Andrees den Circus Sonnenstich 1997 gründete.

Er widmet diese Auszeichnung dem auf vielen Ebenen ehrenamtlich engagierten Circus Sonnenstich-Team und vor allem den 50 Artistinnen und Artis-

ten des Circus, die mit Trisomie 21 und anderen sogenannten Behinderungen leben. »Ohne sie wäre diese Arbeit nicht denkbar. Nur mit ihnen kann eine Gesellschaft wirklich inklusiv werden«, so der Zirkusgründer. Vor 22 Jahren verband der Theatermann, Jongleur, Zirkuspädagoge und Sozialarbeiter für geistig beeinträchtigte Menschen, Michael Pigl-Andrees, seine Kompetenzen und schuf gemeinsam mit seiner Frau den inklusiven Circus Sonnenstich.

Heute ist der Circus Sonnenstich das Herzstück ihres Zentrums für bewegte Kunst e. V. (ZBK). Hier können Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Trisomie 21 ihr künstlerisches Potential entwickeln und sich kommunikativ und kognitiv die Welt neu erschließen. Dabei entstehen Zirkusstücke auf hohem artistischem Niveau, mit extrem viel Schwung und viel guter Laune.

■

Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel, überreicht das Bundesverdienstkreuz an Michael Pigl-Andrees

FOTO: SANDRA SCHUCK





Michael Pigl-Andrees im Interview

Gala im Chamäleon Theater im Dezember 2018

FOTO: SANDRA SCHUCK

Was fasziniert sie an dieser künstlerischen Arbeit?

Gemeinsam mit meiner Partnerin sind wir auch nach 22 Jahren künstlerischer Arbeit voller Leidenschaft. Wir haben bereits vor langem aufgehört, mit Menschen mit sogenannten Behinderungen zu arbeiten. Wir trainieren und leben mit Menschen, die faszinierende Persönlichkeiten sind, die uns herausfordern – und die von uns das Beste abverlangen.

Wie genau machen Sie das?

Es ist faszinierend, immer wieder neue Mittel und Wege zu finden, wie man miteinander über sich hinaus wachsen kann. Ein aktuelles Beispiel sind die neu entwickelten Ausbildungsworkshops für Mitarbeitende mit Trisomie 21. Für sie übersetzen wir die Arbeitsmethoden unserer »In.Zirque«-Didaktik in leichte Sprache und entwickeln in Kombination mit professionellen Fotos Unterrichtsmaterialien, die sie in ihrer Arbeit als Trainerinnen und Trainer im ZBK beim Aufbau ihrer Vermittlungskompetenzen unterstützen.

Welchen übergeordneten gesellschaftlichen Auftrag sehen sie in Ihrer Arbeit?

Mit unserem Zentrum für bewegte Kunst möchten wir mit unserer auch international erfolgreichen Arbeit ein Ort sein, an dem Menschen mit sogenannten Behinderungen ihr Recht auf selbstverständliches Teil-Sein an der Gesellschaft erhalten und sich mit ihren Kompetenzen auf allen Ebenen entfalten können. Wir bieten die Räume für eine professionelle künstlerische Entwicklung – und wir entwickeln für Menschen mit Trisomie 21 Arbeitsplätze und Ausbildungsprogramme. Damit leisten wir einen Beitrag dafür, dass Menschen mit sogenannten Behinderungen öffentlich sichtbar sind. Als Künst-

lerinnen und Künstler, als Trainerinnen und Trainer sind sie ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft. Unsere Arbeit zeigt, welche großartigen Kompetenzen Menschen mit Trisomie 21 entwickeln können, wenn man für sie und mit ihnen angemessene Bildungsmöglichkeiten schafft. Die Sonnenstich-Artistinnen und -Artisten zeigen kraftvoll, leidenschaftlich und humorvoll, was für eine wunderbare Idee Inklusion ist, wenn man sie als ganzheitliches Programm auf der Basis von Menschenrechten und als gesellschaftliche Haltung versteht.

Wo und wann kann man die Stücke sehen?

Zum Beispiel die neue ZBK-Gala am Montag, 16. Dezember 2019 im Chamäleon Theater Berlin. »KaraK« ist eine Show über die Kraftfelder, die entstehen, wenn sich Gegensätze treffen und Kontraste die Bilder schärfen – und wenn im Zusammenspiel der Künstlerinnen und Künstler jede einzelne Farbe zum Leuchten kommt. Wir alle sind anders verschieden und verschieden stark – und das feiern wir mit KaraK.

■ DAS INTERVIEW FÜHRTE RITA SCHMID VOM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

ZBK-Gala am Montag, 16. Dezember 2019 im Chamäleon Theater Berlin: KaraK – eine Show des Sonnenstich-Ensembles mit internationalen Gästen aus Artistik, Tanz und Live-Musik im Chamäleon-Theater in den Hackeschen Höfen.

Mehr Infos unter: www.chamaeleonberlin.com

Tickets: 030 400 05 90

Tour über den Flughafen

Mittendrin leben e. V. feiert mit Vorstand, Mitarbeitern, Klienten und Wegbegleitern seinen 26. Geburtstag

Seit nunmehr 26 Jahren kümmert sich der Verein Mittendrin leben e. V. um das Wohl von psychisch und suchtkranken Menschen in Marzahn-Hellersdorf. Zum Jahrestag am 31. August lud die Geschäftsführung und der ehrenamtliche Vorstand Klientinnen und Klienten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie viele Wegbegleiter und Freunde des Vereins zu einer Führung durch den ehemaligen Flughafen Tempelhof ein.

Bei herrlichem Spätsommerwetter könnten die mehr als 100 Gäste einen Blick hinter die Kulissen des größten Baudenkmals Europas werfen. So ging es durch die historische Eingangshalle, einzelne Hangars und Luftschutzräume bis hinauf zum Tower des stillgelegten Flughafens, der an jeder Ecke sehr viel Geschichte ausstrahlt. Der ehemals größte Flughafen der Welt, dessen Rollfeld heute ein beliebtes Ziel für Freizeitaktivitäten aller Art ist, steht wie kaum ein zweites Gebäude Berlins, für die wechselhafte Geschichte der Stadt. 1923 eröffnet, wurde er in der NS-Zeit zum Mammut- und Prestigeprojekt hochgezogen, ehe das Areal nach dem zweiten Weltkrieg an die Alliierten ging und mit der Luftbrücke zu einem Symbol der westlichen Welt wurde.

Zu den Highlights der Führung gehörte natürlich ein Rosinenbomber, der auf dem Rollfeld für Fotos bereit stand. Im Anschluss an die Flughafen-Tour machte sich der Tross von Mittendrin leben auf zum örtlichen »Luftgarten«, einem offenen Biergarten am Rande des Tempelhofer Feldes, wo bei Kaffee & Kuchen die Spätsommer-Sonne genossen werden konnte. Der Verein bedankt sich auf diesem Weg bei allen Gästen und Gratulanten und hofft, auch im nächsten Jahr auf einen tollen Festtag mit vielen Gästen.

Mittendrin leben e. V. bietet seit 1993 individuelle Beratung und Betreuung, integrative und inklusive Veranstaltungen sowie vielseitige Angebote für Menschen in der Nachbarschaft an. Der Verein aus Berlin-Hellersdorf macht sich für die Interessen benachteiligter Menschen stark und fördert ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Neben verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen, leistet er mit zwei Stadtteil-



Feier auf dem Flughafen Tempelhof

FOTOS: NICK MILDNER



zentren in Hellersdorf-Ost und Kaulsdorf wichtige Gemeinwesenarbeit. Zum Angebot gehören auch betreute Arbeits- und Zuverdienstmöglichkeiten für Menschen mit Erwerbsminderungsrente.

Der Verein richtet sich auch gezielt an Kinder und Jugendliche. So finden Heranwachsende in der Villa Mittendrin ein Zuhause mit 24-Stunden-Betreuung. Zusätzlich betreibt der Träger mit dem Garten der Sinne in Berlin-Mahlsdorf und dem Kindercafé im Stadtteilzentrum Kaulsdorf verschiedene Einrichtungen, die freie Aktivitäten für Kinder aus Berlin und Brandenburg anbieten. Die Umweltbildungseinrichtung Garten der Sinne richtet sich unter anderem mit verschiedenen Führungen zu den Themen Tiere, Kräuter und Blumen gezielt an Eltern, Kindertagesstätten und Schulen, die ihren Kindern eine pädagogisch wertvolle Aktivität in der Natur ermöglichen möchten. Das Kindercafé lädt wöchentlich zu Krabbelgruppen und Geschichten- und Spielenachmittagen ein.

■ JULIANE GOBES UND NICK MILDNER, MITTENDRIN LEBEN E. V.

Wissenswertes

Mehr über Mittendrin leben e. V. finden Sie auf der Internetseite: www.ev-mittendrin.de

Seit zwei Jahren ein offenes Ohr

Unabhängige Vertrauens- und Beschwerdestelle Spandau für psychisch kranke Menschen

Die Spandauer Psychiatrie- und Sucht-Träger haben in Kooperation mit einigen Erfahrungsexperten und dem Angehörigenverband sowie dem Bezirksamt Spandau nach jahrelangen Vorbereitungen seit Juli 2017 eine unabhängige Vertrauens- und Beschwerdestelle gegründet.

Diese arbeitet eng mit der Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie (BIP) Berlin zusammen und stellt eine regional gut erreichbare und niedrigschwellige Ergänzung zum gesamtberliner Angebot dar. Jeder Träger der unterschiedlichen Wohlfahrtsverbände leistet dabei einen, hauptsächlich nach Betreuungsplätzen bemessenen, finanziellen Beitrag. Alle zusammen funktionieren als reine Interessensgemeinschaft. Öffentliche Förderungen darüber hinaus haben wir bislang nicht erhalten.

Ein Beirat der beteiligten Organisationen und Personen begleitet dieses von Klienten gut genutzte und sehr schnell angenommene Angebot mit etwa vierteljährlichen Sitzungen. Die Brücke e. V. hat die administrative und finanzielle Abwicklung für alle Beteiligten ehrenamtlich übernommen, da der Verein als Organisation keine eigenen Betreuungs- oder Kontaktangebote in Spandau vorhält und Interessenskollisionen damit weitgehend ausgeschaltet sind.

Die beiden derzeitigen Erfahrungsexpertinnen stehen an zwei Tagen in der Woche zu Sprechstundenterminen in den Räumen einer katholischen Gemeinde zur Verfügung und kommen bei Bedarf darüber hinaus auch vor Ort. Sie helfen den bezirklichen Diensten sowie den freien, mit der Versorgung beauftragten Trägern und den klinischen Einrichtungen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, indem sie ihren persönlichen Erfahrungshintergrund einbringen und damit die professionellen Sichtweisen substan-



Beraterinnen Brigitte Mielke und Gabriele Proßmann mit dem Spandauer Stadtrat für Gesundheit, Frank Bewig

FOTO: D. WELZEL, BA SPANDAU

ziell ergänzen und bei Bedarf korrigieren. Damit praktizieren sie eine tatsächliche, nutzerbasierte und unabhängige Qualitätskontrolle im Bezirk. Bei den beteiligten Trägern wurden jeweils Kontaktpersonen benannt, die eine zügige Bearbeitung der Anliegen unterstützen sollen.

Neben der Vernetzung mit der BIP werden auch die überregionalen Kontakte zu verwandten Einrichtungen und Diensten gepflegt, deren immer noch sehr überschaubare Anzahl bundesweit dem Versorgungssystem zu denken geben sollte.

Im August konnten wir nun gemeinsam und mit finanzieller Unterstützung des Paritätischen eine kleine Jubiläumsveranstaltung ausrichten, die neben einer kurzen Präsentation der bislang geleisteten Arbeit auch den Zweck hatte, die Wirksamkeit in den Sozialraum hinein zu verstärken, wozu auch vorbereitete Häppchen und handgemachte Musik beitrugen.

■ RÜDIGER PFARR, DIE BRÜCKE GGMBH

Wissenswertes

Mehr über Die Brücke gGmbH finden Sie hier:
www.bruecke-berlin.de

Informationen über die Vertrauens- und Beschwerdestelle Spandau finden Sie hier:
www.vb-spandau.de

Weihnachten im Märchenwald

Sagenumwobene Stimmung beim Adventsbasar der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen

Adventsbasar der Albert Schweitzer Stiftung

FOTOS: CHRISTIAN KRUPPA

Eine märchenhafte Landschaft und viele bekannte Märchenfiguren erwarten die Besucher des Adventsbasars der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen in Berlin Blankenburg am 30. November 2019 von 15 bis 18 Uhr. Ganz nach dem Motto »Weihnachten im Märchenwald« wird das Stiftungsgelände im sagenumwobenen Glanz erstrahlen.

»Ich bin davon überzeugt, dass uns das diesjährige Motto viele Ideen für die Dekoration und das Unterhaltungsprogramm beschern wird. Die Nutzer sind schon mit viel Be-

geisterung dabei, allerlei Märchenhaftes zu basteln und zu organisieren, damit auch in diesem Jahr die Besucher die ganz besondere Stimmung des Miteinanders genießen können«, so Geschäftsführer Jörg Schwarzer, der das Fest gemeinsam mit der Vorstandsvorsitzenden Rona Tietje eröffnen wird.

Theater, Musik und Feuerwerk

Doch nicht Dornröschen oder Aschenputtel haben ihren großen Auftritt, die »Mohnprinzessin« zeigt sich auf der Stiftungsbühne, präsentiert von den RatzFatz-Puppen aus Potsdam. Ein musikalisches Weihnachtsvergnügen versprechen das Trio Primavera und das Bläserensemble »Hauptstadtblech«. Und die stiftungseigene Theatergruppe »Heinz Rühmann – Terence Hill« wird mit ihrer Aufführung ganz bestimmt auch in diesem Jahr die Zuschauer mitreißen. Für Begeisterung bei den kleinen Gästen sorgen eine Kindereisenbahn und ein Kinderkarussell. Den winterlichen Himmel wird abschließend ein spektakuläres Feuerwerk erhellen.

Kreative Weihnachtsgeschenke

Märchenhaft individuelle Weihnachtsgeschenke, die mit viel Liebe und Kreativität unter anderem in verschiedenen Tageszentren hergestellt wurden, können Interessierte an den zahlreichen festlich dekorierten Marktständen erwerben. Und beim Flanieren einem sagenumwobenen Stelzenmann, den Heiligen Drei Königen oder sogar dem Weihnachtsmann begegnen.

Feuerwehr serviert Kuchen und Deftiges

»Tischlein deck dich« heißt es an den zahlreichen gastronomischen Ständen. Die Blankenburger Feuerwehr Verein e. V. serviert Bratwürstchen und Soljanka, köstliche Pelmeni, Laugenbäck, Quarkbällchen, Kaffee und Kuchen und vieles mehr lassen keine Wünsche offen.





Adventsbasar der Albert Schweitzer Stiftung

FOTO: CHRISTIAN KRUPPA

Sozialunternehmen mit 20 Standorten

Die Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen ist ein modernes Sozialunternehmen, das an über 20 Standorten im Berliner Nordosten vielfältige stationäre und ambulante Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit Pflegebedarf sowie Menschen mit seelischer oder geistiger Beeinträchtigung bietet. Das Gelände der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen befindet sich in Pankow unmittelbar am S-Bahnhof Blankenburg. Der Eintritt ist frei.

■ JILL BÜLDT, ALBERT SCHWEITZER STIFTUNG – WOHNEN & BETREUEN

Wissenswertes

Infos Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen:
www.ass-berlin.org

Infos zum Adventsbasar der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen am Samstag, 30. November 2019, 15 bis 18 Uhr in der Bahnhofstr. 32, 13129 Berlin:

Tel.: Nadja Runge, Tel.: 030. 47 477 493

PIA kommt wieder

Paritätischer Preis für Frauen mit Einschränkungen in Aktion (PIA) geht weiter!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband LV Berlin e. V. hat im vergangenen Jahr zum ersten Mal den PIA-Preis, Paritätischer Preis für Frauen mit Einschränkungen in Aktion, an vier Berlinerinnen verliehen und damit besonders herausragende Leistungen von Frauen mit Behinderungen öffentlichkeitswirksam gewürdigt.

Die zahlreich eingereichten Vorschläge, das große öffentliche Interesse und die positive Resonanz der Interessenvertretungen haben gezeigt, dass ein solcher Preis bisher fehlte. Umso wichtiger ist es, PIA zu verstetigen und auszubauen. Dazu haben wir die erste Eh-

rung evaluiert, zahlreiche Rückmeldungen ausgewertet und mit Interessenvertretungen gesprochen.

Das Ergebnis: Die nächste PIA-Preisverleihung wird im Jahr 2020 stattfinden, in dem auch das 70-jährige Bestehen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin gefeiert wird. Ein zentrales Anliegen für die Planung der nächsten PIA-Preisverleihung ist, Menschen mit Behinderungen noch stärker zu beteiligen und für die Preisverleihung barrierefreie Räume zu finden.

Es geht auch darum, weitere Personengruppen, wie beispielsweise Menschen mit geistiger, auch seelischer Be-

hinderung oder Menschen mit Lernschwierigkeiten in den Prozess der Vorbereitung und Bewerbung einzubeziehen. Dazu haben wir bereits intensive Gespräche geführt und sind auf offene Ohren und Bereitschaft zur Unterstützung gestoßen.

Wir sind auf einem guten Weg und wir freuen uns schon darauf, im nächsten Jahr wieder die besonderen Leistungen von Frauen mit Behinderungen zu würdigen. Über weitere Schritte halten wir Sie auf dem Laufenden.

■ PROF. BARBARA JOHN, VORSTANDSVORSITZENDE,
UND DR. GABRIELE SCHLIMPER, GESCHÄFTSFÜHRERIN
DES PARITÄTISCHEN BERLIN

Radfahrtraining für Frauen

Der Verein #Bikeygees e. V. zu Besuch im Familienzentrum Lichtenrade im Nahariya-Kiez

Zuerst war es nur ein Herzenswunsch einer Mutter im Elterncafé der Nahariya-Grundschule: »Seit ich in Deutschland lebe, möchte ich so gern Fahrrad fahren lernen. Auch meine Freundinnen würden es gern lernen. Unsere Kinder können es schon längst, aber die sind in allem so schnell!«

Die Sozialpädagoginnen Margit Endres von der Schulstation der Nahariyaschule und Antje Geßner vom Familienzentrum Lichtenrade arbeiten beide für das Nachbarschafts- und Selbsthilfzentrum in der ufa-fabrik e. V. und betreuen gemeinsam seit über einem Jahr das Elterncafé der Schule. Sie freuen sich über jeden konkret geäußerten Wunsch der Eltern.

Schnell war der Kontakt zu dem Verein #Bikeygees e. V. hergestellt, der seit 2015 berlinweit kostenlosen Radfahrunterricht für Frauen und Mädchen anbietet und bereits über 700 Frauen aufs Rad gebracht hat. Kurzerhand kam Annette Krüger, Gründerin von #Bikeygees e. V., mit Fahrrad-Coach Caroline im Elterncafé vorbei und vereinbarte einen ersten Übungstermin mit den Müttern.

Am letzten Schultag vor den Ferien ging es endlich los: Auf dem Schulhof drehten sieben Mütter ihre ersten Runden auf den vom Verein mitgebrachten Übungsrädern. Wer noch nie zuvor auf einem Fahrrad gesessen hat, wurde links und rechts von je einer der vielen tatkräftigen ehrenamtlichen Helferinnen untergehaakt, um nicht umzufallen.

Während die Mütter fleißig am Üben waren, begleiteten die beiden Sozialpädagoginnen die Kinder ins benachbarte Kinder- und Jugendhaus. Als die beiden nach zwei Stunden mit den Kindern zurückkamen, staunten sie nicht schlecht: Alle Mütter schafften



Beim Radfahrtraining

FOTO: ANNETTE KRÜGER

es mittlerweile, auf den Rädern ohne Hilfe zu fahren.

»Das Gleichgewicht halten ist aber nur die eine Sache«, erklärte Annette Krüger. »Bis die Frauen sicher im Straßenverkehr fahren können, ist es noch ein weiter Weg.«

Seither treffen sich die Frauen alle 14 Tage auf dem Gelände des Gemeinschaftshauses Lichtenrade und üben in aufgestellten Parcours, auf einer Linie oder Slalom zu fahren, die Hand beim Abbiegen rauszustrecken und in den Pausen immer wieder: Verkehrsregeln. Sobald eine Frau schon sicher auf dem Rad vorwärtskommt, werden bei kleinen Touren im Wohngebiet Situationen im echten Straßenverkehr geübt.

Eine Teilnehmerin, die es nach mehreren Terminen zum ersten Mal schaffte, ein Stück allein zu fahren, sagte: »Ich könnte heulen! Darauf habe ich 40 Jahre lang gewartet!« Und in der Tat fließen bei diesem wundersamen Projekt neben vielen lustigen Momenten auch immer mal wieder ein paar Tränen der Rührung.

»Wir stellen fest, dass unsere Arbeit mehr ist, als den Frauen nur Radfahren beizubringen«, erklärt Annette Krüger.

»Radfahren lernen bedeutet das Erlangen individueller Mobilität. Insbesondere geflüchtete Frauen fühlen sich isoliert in der neuen Umgebung. Radfahren zu können, ist eine nahe liegende Lösung, das neue Lebensumfeld zu erkunden.« Zugleich betont sie, dass das Radfahrtraining nicht nur für geflüchtete Frauen gedacht ist: »Wir helfen, Grenzen abzubauen: Herkunft, Religion, Status sind unwichtig. Jede Frau auf der Welt sollte Radfahren können. Und dürfen.«

Der Radfahrunterricht findet auch weiterhin statt, wer Interesse hat, noch dazu zu stoßen, kann sich gern im Familienzentrum Lichtenrade melden.

■ ANTJE GESSNER, FAMILIENZENTRUM LICHTENRADE

Verkehrsregeln lernen

FOTO: ANNETTE KRÜGER



Wissenswertes

Infos zum Nachbarschafts- und Selbsthilfzentrum in der UFA-Fabrik e. V. finden Sie hier: www.nusz.de

Das Familienzentrum Lichtenrade finden Sie hier:

Lichtenrader Damm 198-212,
12305 Berlin, Tel.: 030 70 17 64 13

Sterbebegleitung muss in die Verträge der ambulanten Pflege

Gekürzter Artikel aus der Rechtsdepesche 7/8 2019 von Dr. Christiane Panka und Michael Nehls

Sterbebegleitung ist mit keinem Wort im Leistungskomplexsystem erwähnt. Auch im Rahmenvertrag für die ambulante Pflege ist sie eher nebenbei thematisiert. Gestorben wurde doch schon immer, sagen die Kostenträger, was soll sich da verändert haben? Dieser Frage sind wir nachgegangen. Gefordert wird sie unter anderem im Hospiz- und Palliativgesetz und in der »Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen« sowie in deren Handlungsempfehlungen.

Längst hat die Pflegefachlichkeit in wissenschaftlich begründeten Zusammenhängen ihre Handlungskompetenzen formuliert, so dass sie schon vor der Reformierung des Pflegeberufereformgesetzes als »ausschließlich von Fachkräften wahrzunehmende Tätigkeiten« in ordnungsrechtliche Regelungen auf Landesebene ihren Platz gefunden haben. Auf pflegefachlicher Ebene hat sich mit dem Palliative Care Kurs für Pflegenden nach dem Curriculum eine auf die Sterbesituation spezialisierte pflegerische Fachkompetenz etabliert, die in ihrer Kernkompetenz die Lebensqualität und Leidenslinderung am Lebensende fokussiert. Die Umsetzung dieser palliativpflegerischen Fachkompetenz hinsichtlich einer in der Pflegeversicherung ergänzend aufgenommenen Sterbebegleitung als Leistungsbestandteil, kann daraus folgend nur im Rahmen des Pflegeprozesses als individuelle Pflegeplanung verortet sein. Diese Aufgaben sind im Rahmenausbildungsplan, der kürzlich auf Bundesebene veröffentlicht wurde, als Vorhaltsaufgabe der Pflege formuliert.

Folgende Falldarstellung soll die Tragweite der stärkeren Verantwortung der Pflege aufzeigen:

Ein betagter Patient leidet wegen einer chronischen Lungenerkrankung unter schwerer Luftnot. Seine Mobilität ist zusätzlich durch eine fortgeschrittene Arthrose stark eingeschränkt. Der Patient äußert sich der Pflegekraft gegenüber, dass er nicht mehr essen und trinken möchte. Essen und Trinken ist jedoch für den Menschen eine wesentliche, lebenserhaltende Maßnahme. Die Fähigkeit Essen und Trinken zu können, ist darüber hi-

naus kein medizinischer Betrachtungsgegenstand, sofern dabei keine Störungen auftreten und alles regelrecht abläuft.

Was passiert nun in dem Fall, wenn ein Mensch, dessen Willensbildung nicht eingeschränkt ist, keine Nahrungsmittel mehr zu sich nehmen möchte? Es ist zu klären, was die Hinter- und Beweggründe für die Entscheidung des Patienten sind und, ob eventuell medizinisch relevante Aspekte bei der weiteren Beratung und gegebenenfalls die Optionen medizinisch-therapeutischer Interventionen mit zu erwägen sind.

Im Pflegeberufegesetz schreibt der Gesetzgeber die Bewertung dieser Fragen ausschließlich der fachlichen Expertise der Pflege zu. Unabdingbar ist eine interprofessionelle Zusammenarbeit mit den ärztlichen Berufen. Der Arzt darf aufgrund des im Gesetz festgelegten Aufgabenvorbehaltes (Paragraf 4 Absatz 2 PflBG) auch in dem Bereich »Essen und Trinken«, sofern dieser im Zusammenhang mit dem Pflegebedarf steht, keine Erhebungen und Festlegungen durchführen. Erst, wenn Fragen zu klären sind, ob ein medizinischer Eingriff, wie die Anlage einer Sonde, vorzunehmen ist, ist der Arzt wieder zu involvieren.

Die Pflegenden haben nun die Aufgabe, die Hintergründe zu erfahren, die zu dem Entschluss geführt haben, das Essen und Trinken einzustellen. Es ist zu prüfen, ob die Verweigerung der Aufnahme von Nahrungsmitteln zum Beispiel aufgrund sozialer Isolation getroffen wurde und somit mit pflegefachlichen Hilfen und Maßnahmen revidiert werden kann. Außerdem muss geklärt werden, ob die Entscheidung des Patienten aufgrund mangelhafter Informationen erfolgt ist.

Hierbei kommt es darauf an, dass der Patient über die möglichen Folgen informiert ist. Die Flüssigkeits- und Nahrungsaufnahme am Lebensende verdeutlicht diese Problemlage in besonderer Weise. Am Lebensende entstehen ethische Konflikte nicht nur schneller, sie verstärken sich tendenziell, wenn weitere Akteure wie Angehörige hinzutreten.



Beistand für sterbende Menschen FOTO: HOLGER GROSS

Bei einer lebensbedrohlichen Erkrankung sind Indikationen zu Pflegemaßnahmen aus Sicht der Palliativversorgung anders zu stellen als Indikationen zu Pflegemaßnahmen in sonstigen Fällen der Pflegebedürftigkeit. Information, Beratung und Anleitung stehen dabei an erster Stelle. Zudem ergeben sich bei den pflegerischen Diagnosequalifikationen in der Sterbebegleitung durchaus Überschneidungen mit der ärztlichen Diagnosekompetenz. Hieraus resultiert ein Koordinationsauftrag, soweit ärztliches Handeln auf pflegerisches Handeln abzustimmen ist.

Sterbebegleitung in der Pflegeversicherung ist damit mehr, als schon immer gemacht. Der Gesetzgeber hat die Sterbebegleitung nicht allein als Konkretisierung in die Pflegeversicherung geschrieben. Es herrscht durch ihn die Verpflichtung, sie in die Rahmenverträge und Vergütungssystematiken in der ambulanten Pflege mit auf zu nehmen. Die Sterbebegleitung soll die bisherige pflegerische Versorgung ergänzen.

■ DR. CHRISTIANE PANKA, REFERENTIN AMBULANTE PFLEGE IM PARITÄTISCHEN BERLIN, UND MICHAEL NEHLS, GESCHÄFTSFÜHRER DER DIAKONIESTATION SCHÖNEBERG

Wohnen für lesbische und alleinlebende Frauen

Fachveranstaltung am 6. und 7. Dezember 2019 in der »Weiberwirtschaft« in Mitte



Bei der Tagung »Lesben und Alter«

FOTO: DACHVERBAND LESBEN UND ALTER E. V.

Wohnen ist ein Grundrecht. Lesbische Frauen wollen auch im Alter eigenständig und in Würde leben. Welche Anforderungen gibt es damit an Politik und Wohnungswirtschaft? Das wird in der Fachveranstaltung am 6. und 7. Dezember 2019 in der Weiberwirtschaft in Berlin-Mitte diskutiert. Der Verein RuT – Rad und Tat nimmt bei der Veranstaltung seines Dachverbands Lesben und Alter e. V. teil.

Wohnen ist ein elementarer Bestandteil menschenwürdigen Lebens und der Daseinsvorsorge. Die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt verbunden mit der eklatanten Altersarmut eines großen Teils vor allem der weiblichen Bevölkerung des Landes steht dazu in erheblichem Widerspruch. Strukturelle Ungleichheit macht es Initiativen lesbischer Frauen fast unmöglich, selbstbestimmten Wohn- und Lebensraum zu schaffen.

Gerade lesbische und alleinlebende Frauen sind im Alter besonders auf günstigen Wohnraum angewiesen – auch bedingt durch ein Versicherungs- und Rentensystem, das Frauen eine unabhängige Alterssicherung fast unmöglich macht. Gemeinschaftliche Wohnformen mit gegenseitiger Hilfe und oftmals niedrigeren Kosten tragen dazu bei, Eigenständigkeit und Autonomie so lange wie möglich zu erhalten. Der Bedarf und die Notwendigkeit würdevolles Altern in materiell und sozial gesicherten Verhältnissen zu gewährleis-

ten, wird mit jedem Tag drängender. Politik, Wohnungswirtschaft und andere Player sind ebenso wie die Zivilgesellschaft gefordert, nachhaltige Lösungen zu erarbeiten und umgehend umzusetzen.

Während der Veranstaltung sollen auf diese Fragen Antworten gefunden werden: Mit welchen Strategien können notwendige Schritte in die Wege geleitet werden, um Wohnformen beispielhaft auf den Weg zu bringen, die den Bedürfnissen von lesbischen Frauen entsprechen und ein würdevolles Altern alleinlebender Frauen ermöglichen? Wie können Partner gewonnen werden in der Wohnungswirtschaft, der Politik und maßgeblichen Organisationen und Verbänden? Wie können Wohnformen für alternative Lebenskonzepte, die würdevolles Altern ermöglichen und das Zusammenleben der Generationen fördern, in Wohnungsbaukonzepten und Stadtplanungskonzepten einfließen? Wie kann lebenswerter Wohnraum in Ballungsräumen und in strukturschwachen Gebieten sichergestellt werden? Wie lassen sich Netzwerke und Bündnisse schließen, um dem wachsenden Bedarf an gesicherten, bezahlbaren, gemeinschaftlichen und nachhaltigen Wohn- und Lebensformen gerecht zu werden, die auch die Interessen von Frauen, insbesondere lesbischen und alleinlebenden Frauen berücksichtigt?

Die Veranstaltung richtet sich an Expertinnen und Experten aus LSBTI-Organisationen und interes-

siertem Fachpublikum und wird unterstützt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Arcus-Stiftung. Input geben Vorträge von:

- »Frauenwohnprojekte [ro*sa] in Wien, Mietverträge in Frauenhand«, Ingrid Shukri Farag, Mitgründerin und Organisatorin, Wien
- Sappho-Wohnstiftung »Konzept der Wohnstiftung um Wohnraum für Lesben herzustellen«, Dr. Astrid Osterland, Sozialwissenschaftlerin und Autorin, Sappho-Wohnstiftung, Berlin
- FrauenWohnen eG, die 1. Wohn- und Baugenossenschaft München, Sabina Prommersberger, Dipl.-Ing. und technische Projektleitung, seit 15 Jahren im Vorstand, München
- RuT-Lesben Wohn- und Kulturzentrum im Aufbau, Berlin, Jutta Brambach, Organisatorin und Geschäftsführerin

■ JUTTA BRAMBACH, RUT – RAD UND TAT E. V. UND DACHVERBAND LESBEN UND ALTER E. V.

Wissenswertes

Mehr über RuT – Rad und Tat e. V. erfahren Sie hier:
<http://rut-berlin.de/>

Information zum Fachtag finden Sie hier:
<http://lesbenundalter.de/aktueller-beitrag/expertgesprach2019-wohnen.html>

Stiftungsmittel beantragen

Termine für die Einreichung der Direktanträge für Fördermittel für Paritätische Mitgliedsorganisationen

Das Referat Stiftungsmittel bittet um Einreichung von Direktanträgen für innovative Projekte bei der Aktion Mensch e. V. und der Stiftung Deutsches Hilfswerk oder beim Revolvingfonds spätestens zu folgenden Terminen:

Aktion Mensch

Projekte der Kinder- und Jugendhilfe

31. Januar 2020
30. April 2020
31. Juli 2020
30. November 2020

Projekte im Handlungsfeld Arbeit

31. Januar 2020
30. April 2020
31. Juli 2020
30. November 2020



Stiftung Deutsches Hilfswerk

01. Februar 2020
01. August 2020

Revolvingfonds

5 Monate vor dem geplanten
Maßnahmenbeginn

Wissenswertes

Informationen erhalten Sie bei:
Bettina Lange, Zuwendungsberatung / Stiftungsmittel
Tel.: 030 86 001-124

ILLUSTRATION: CLKER-FREE-VECTOR-IMAGES/PIXABAY

Seminare zum Zuwendungsrecht

Im ersten Halbjahr 2020 bietet die Servicestelle Zuwendungsrecht Paritätischen Mitgliedsorganisationen wieder Beratungen und Seminare an

Die Servicestelle Zuwendungsrecht ist ein Beratungsangebot des Paritätischen Berlin für seine Mitgliedsorganisationen. Neben Einzelberatungen bieten wir auch Seminare an. Die nächsten Seminare sind zu folgenden Terminen und Themen geplant:

- 11. Februar 2020: Eingruppierung und Überleitung in den Sozial- und Erziehungsdienst »SuE« der Länder
- 17. März 2020: Erstellung von Verwendungsnachweisen
- 05. Mai 2020: Abrechnung von Dienstreisen
- 16. Juni 2020: Abrechnung von Teilstellen im Projekt

Seminarinhalte und Neuigkeiten zum Thema Zuwendungsrecht sowie den Newsletter »Zuwendungsrecht aktuell« finden unsere Mitglieder in einem gesonderten Themenbereich des Portals PariExtra.



Bettina Lange
FOTO: PETRA ENGEL

Wissenswertes

Seminarinhalte zum Zuwendungsrecht finden Sie im Mitgliederportal PariExtra unter:
www.pariextra.de

Für die Seminare können Sie sich anmelden unter:
zuwendungsberatung@paritaet-berlin.de

Ansprechpartnerin ist Bettina Lange,
Zuwendungsberatung / Stiftungsmittel
Tel.: 030 86 001-124

■ BETTINA LANGE,
ZUWENDUNGSBERATUNG / STIFTUNGSMITTEL

40 Jahre Tannenhof

Statt Geburtstagskuchen und Kerzen gab es ein Dankeschön an die Sozialbranche in der Region Berlin Brandenburg

Ein runder Geburtstag wird in der Regel groß gefeiert. Tannenhof Berlin-Brandenburg, langjähriges Mitglied des Paritätischen Berlin, begeht in diesem Jahr sein 40. Vereinsjubiläum.

Vor vier Jahrzehnten, am 22. März 1979, war der Start mit der Gründungsversammlung als, damals noch, »Drogenhilfe Tübingen in Berlin«. Seitdem hat sich der Tannenhof Berlin-Brandenburg zu einem modernen medizinisch-therapeutischen Dienstleister entwickelt, der neben seinem ursprünglichen Geschäftsfeld Suchthilfe inzwischen stark auch in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe sowie Bildung und Qualifizierung aktiv ist und beispielsweise Themen wie Prävention und Fortbildung in den letzten Jahren vermehrt angegangen ist.

Zum Auftakt des Jubiläumsjahres fand – auf den Tag genau 40 Jahre nach Vereinsgründung – ein kleiner Festakt mit politischen und institutionellen Ehrengästen statt. Neben dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller, Klaus Wowereit als ehemaligem Bezirksstadtrat und Bürgermeister und anderen trat auch die Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, Prof. Barbara John, als Laudatorin auf.

Doch für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der sozialen Branche in Berlin und Brandenburg war das zweite große Event, das im Rahmen des 40. Trägerjubiläums veranstaltet wurde, fast noch bedeutsamer!

Unter dem Titel »Soziale Arbeit im Wandel! Was brauchen wir?« fand am 6. September 2019 ein großer Fachtag zu aktuellen Themen statt. Ein Fachtag, der sich bewusst und schwerpunktmäßig an die »vielen Fachkräfte beispielsweise aus den Sucht- und Familienberatungsstellen, den Kliniken, den Rentenversicherungen und Krankenkassen, den Jugend-, Sozial- und Schulämtern und nicht zuletzt den vielen sozialen Trägern der Region« richtete, wie Manuela Schulze und Babett Schott, Geschäftsführung Tannenhof Berlin-Brandenburg, schon vor Veranstaltungsstart feststellten. Als Tagungs-ort fungierten die Fest- und Konferenzräume der Berliner Stadtmission am Hauptbahnhof.



Fachvortrag Risikoentscheidungen von Prof. Dr. Wolfgang Gaissmaier

FOTO: MARGRIT STOLLE

Der Regierende Bürgermeister Berlins Michael Müller schrieb in seinem Grußwort: »Wichtige Voraussetzung dafür (für 40 Jahre soziale Arbeit – Anmerkung der Redaktion) ist es, die Arbeitszufriedenheit, das Wohlbefinden und die Motivation von Fachkräften zu stärken und gerade auch im verantwortungsvollen Bereich der sozialen Arbeit auf individuelle Bedürfnisse einzugehen sowie das Arbeitsumfeld entsprechend zu gestalten. Ich begrüße es daher sehr, dass der Tannenhof sein Jubiläumsjahr auch nutzt, um einen Fachtag für Beschäftigte auszurichten, der dieses Themenspektrum in den Blick nimmt.«

Die Themen der Veranstaltung waren so vielfältig, wie die soziale Landschaft in der Region es auch ist. Von Arbeiten in Mehrgenerationenteams und Risikomanagement bis hin zu ge-

sundem Selbstmanagement oder auch Gaming und Wirklichkeit reichten die Themen.

Die Eröffnung vor den rund 200 Gästen war ungewöhnlich für ein Fachevent: Der Comedian und Schauspieler Markus Majowski betrat plötzlich die Bühne und spielte einen »bitter-sweet-Act«, wie er es später selber bezeichnete. Ein kurzes Comedy-Stück, das die Arbeitsrealitäten von Menschen in der Sozialwelt nicht parodierte, sondern auf ironisch-ehrliche Weise aufzeigte.

Die thematische Eröffnung oblag dann Frau Prof. Dr. Jutta Rump, Professorin der Ludwigsburger Wirtschaftshochschule, die mit dem Vortrag »Herausforderung Mehrgenerationenteams!« zum ersten Hauptthema referierte.

Danach ging es für alle Gäste in sieben parallel laufende, interaktive The-

menräume, die im Vorfeld ausgewählt worden waren: Mit dabei erneut Frau Rump mit einer Vertiefung, welche Risiken und Chancen Mehrgenerationenteams haben und wie man damit umgehen kann. Oder auch Milena Kupka als Resilienz-Practitioner-Trainerin mit dem Themenraum Resilienz im Job als Haltung und Entwicklung. Der ehemalige Taekwondo-Weltmeister Lukas Szybowski übte mit den Teilnehmer(inne)n gesundes Selbstmanagement. Eine weitere Gruppe nahm am Streitgespräch Digitales teil, bei dem – moderiert vom Suchtberater für Onlinespiele, Jens Hantschkatz – die leitende Redakteurin des Magazins Games, Maria Beyer-Fistrich und Gordon Emons als Leiter der Aufklärungsprojekte »Lost in Space« und »Digital voll normal?!« über Gaming und Wirklichkeit stritten. Der Themenraum »Herausforderung Familie gestern und heute!« wurde von Ulrike Bavendiek von der Diakonie Düsseldorf durchgeführt. Von der Uni Erlangen-Nürnberg kam der »Erfinder« von TEK (Training emotionaler Kompetenzen), Prof. Dr. Matthias Berking, nach Berlin und erarbeitete mit seinem Teil der Gäste, welche emotionalen Belastungen es für Helferinnen und Helfer in der sozialen Arbeit es gibt und welche Kompetenzen für den Umgang damit nötig sind. Den siebten Themenraum gestaltete die Kommunikationspsychologin Ellen Martin unter dem Titel »Kommunikation ist immer! Konflikt auch?«.



Fachvortrag Mehrgenerationenteams von Prof. Dr. Jutta Rump vor dem Publikum

FOTO: MARGRIT STOLLE

Prof. Dr. Wolfgang Gaissmaier von der Uni Konstanz war als Gastredner für den Abschlussvortrag angereist. Sein Thema »Gute Entscheidungen treffen in einer komplexen Welt« stellte dar, dass gerade die soziale Arbeitswelt immer mehr Geschwindigkeit und Komplexität zeigt, aber gleichzeitig durch die dort arbeitenden Personen stark risikobehaftete Entscheidungen gefällt werden müssen. Das dies besser gelingt, wenn für komplexe Situationen einfache Lösungen gefunden werden

und wieder mehr auf Intuition vertraut wird, war eine der Kernerkenntnisse in seinem Beitrag.

■ BORIS KNOBLICH, TANNENHOF BERLIN-BRANDENBURG E. V.

Wissenswertes

Mehr zum Tannenhof Berlin-Brandenburg e. V. finden Sie auf der Internetseite:

www.tannenhof.de

WOHNUNGSNOTFALLHILFE

Neun Wohneinheiten geplant

Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg investiert weiter in Wohnungslosenhilfe

Rund 1,25 Millionen Euro nimmt der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg KdöR bis März 2020 in die Hand, um in Berlin-Weißensee neun Wohneinheiten für alleinstehende Frauen und Männer – mit und ohne Kinder – sowie Paare zu schaffen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind.

Ziel ist es, die Betroffenen vorübergehend mit Wohnraum zu versorgen, sie temporär zu begleiten. Am Ende der Zusammenarbeit steht ein selbstständiges Leben in einer Wohnung des freien Wohnungsmarkts.

»Alleinstehende Frauen und Kleinfamilien sind bei Wohnungslosigkeit in besonderer Weise den existenziellen Nöten und Gefahren des Lebens auf der Straße ausgesetzt«, kommentierte die Verantwortliche für die Wohnungslosennarbeit des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg Katrin Schwabow diese Initiative.

Der Verband hat an dem Standort 2015 bereits zwölf Wohneinheiten für verschiedene Zielgruppen geschaffen. Nun erweitert er sein Angebot, so dass insgesamt 21 Ein- und Zwei-Raumwohnungen am Standort Weißensee

für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen zur Verfügung stehen.

■ THOMAS HUMMITZSCH, HUMANISTISCHER VERBAND DEUTSCHLANDS, LANDESVERBAND BERLIN-BRANDENBURG KdöR

Wissenswertes

Mehr über den Humanistischen Verband Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg KdöR, erfahren Sie hier:

www.hvd-bb.de

Stellungnahme zum Berliner »Mietendeckel«

Die Miethöhen zu begrenzen ist richtig – der Paritätische Berlin fordert aber Nachbesserungen

Blick auf Berlin

FOTO: PIXABAY

Der Berliner Wohnungs- und Immobilienmarkt ist überhitzt. Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum, die soziale Mischung und die soziale Infrastruktur sind akut bedroht. Wohnen ist mittlerweile eine zentrale soziale Frage in Berlin.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin die Debatte um eine politische Lösung zur Entschärfung des Wohnungsmarktes durch eine landesrechtliche Regelung zur Begrenzung der Miethöhen, den sogenannten Mietendeckel. Die Zielsetzung des vorliegenden Gesetzesentwurfs zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin, MietenWoG, eine Preisentwicklung auf dem Berliner Mietenmarkt zu Gunsten der Mieterinnen und Mieter zu begrenzen, unterstützen wir ausdrücklich.

Allerdings empfehlen wir dringend Nachbesserungen, etwa für Menschen mit Pflege- und Teilhabebedarf, für inklusive Wohnprojekte und für Gewerbemieten, insbesondere für Beratungs- und Verwaltungsräume von sozialen Organisationen.

Der geplante Mietendeckel ist hilfreich für diejenigen, die eine Wohnung haben. Er wird jedoch nicht die Zahl der Mietwohnungen erhöhen. Erst wenn Berlin langfristig über ausreichend leistbare Wohnungen entsprechend aller vorhandenen Haushaltseinkommen verfügt, wird das zu einer spürbaren Entspannung führen. Daher fordern wir zusätzlich den Neubau von Sozialwohnungen durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen massiv zu verstärken.

■ DANIELA RADLBECK, REFERENTIN WOHNUNGSNOTFALLHILFE UND WOHNUNGSPOLITIK BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Link zur vorläufigen Stellungnahme zum Referentenentwurf vom 30. August 2019 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zum Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin:

<https://bit.ly/2B8cT44>

Jetzt bewerben!

Wettbewerbe und Förderpreise

SilverStar Förderpreis – Aktiv für ältere Patienten

»Diabetes in Bewegung«: Unter diesem Motto vergibt die Berlin Chemie AG dieses Jahr den mit 25.000 Euro dotierten SilverStar Förderpreis. Ausgezeichnet werden engagierte Einzelpersonen oder Gruppen, die durch praxisorientierte Projekte zu einer Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen mit Diabetes beitragen. Dabei kann es sich um zukunftsweisende Versorgungskonzepte oder um nützliche und praktische Ideen handeln, die älteren Diabetespatienten helfen, ihren Alltag zu bewältigen. In diesem Jahr wird auf das wichtige Thema Bewegung aufmerksam gemacht und mit dem SilverStar 2020 Projekte aus diesem Bereich gezielt gefördert.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.silverstar-preis.de/Bewerbung-2020/Bewerbung-2020
Die Bewerbungsfrist endet am 31. Dezember 2019

Deutscher Jugendfilmpreis

Der Deutsche Jugendfilmpreis des Deutschen Kinder- und Jugendfilmzentrums ist ein Wettbewerb für Film Talente bis 25 Jahre und eines der größten bundesweiten Foren für junge Filmemacherinnen und Filmemacher. Der Deutsche Jugendfilmpreis ist offen für alle Themen, Genres und Umsetzungsformen. Egal, ob Eigenregie, Teamproduktion oder Schulprojekt, jedes Format wird zum Wettbewerb zugelassen. Es werden Preise im Gesamtwert von 12.000 Euro verliehen.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.deutscher-jugendfilmpreis.de/
Die Bewerbungsfrist endet am 15. Januar 2020

Deutscher Generationenfilmpreis

Der Generationenfilmpreis des Deutschen Kinder- und Jugendfilmzentrums ist eine in Deutschland einzigartige Plattform für Filmemacherinnen und Filmemacher bis 25 und ab 50 Jahre und für Mehr-Generationen-Teams. Alle Themen, Genres und Umsetzungsformen sind willkommen. Zu gewinnen gibt es Preise im Gesamtwert von 8.000 Euro. Der Wettbewerb hat zwei Bereiche: Allgemeiner Wettbewerb (Freie Themenwahl) und Jahresthema »Auf den Straßen, in den Köp-



Mitmachen lohnt sich!

FOTO: PHOTOCASE.DE, MMCHEN

fen«. Beim aktuellen Jahresthema geht es um die Kraft und Macht von Bürgerbewegungen.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.deutscher-generationenfilmpreis.de/
Die Bewerbungsfrist endet am 15. Januar 2020

Deutscher CSR-Preis

Der Preis für besondere gesellschaftliche Unternehmensverantwortung, englisch: Corporate Social Responsibility, kurz: CSR, wird vom Deutschen CSR-Forum verliehen. Mit der Verleihung des Preises geben Veranstalter, Mitveranstalter und Beirat des Deutschen CSR-Forums herausragenden Leistungen im Bereich CSR eine öffentlichkeitswirksame Plattform. Das Deutsche CSR-Forum verleiht Preise in mehreren Kategorien, zu denen unter anderem gesellschaftliches oder ökologisches Engagement oder globale Verantwortung gehören. Bewerben können sich Unternehmen und Organisationen, die sich, je nach Kategorie, in besonderer Weise für gesellschaftliche Aufgaben engagieren, für Biodiversität und Nachhaltigkeit oder für Umweltbelange in Entwicklungs- und Schwellenländern einsetzen.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.csrforum.eu/
Die Bewerbungsfrist endet am 15. Januar 2020

Förderprogramm für internationale Jugendprojekte – Europeans for Peace

Das Programm Europeans for Peace der evz-Stiftung fördert internationale Austauschprojekte für Jugendliche und junge Menschen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Israel und Deutschland. Das Projekt will junge Menschen für Zivilcourage und soziales Engagement interessieren und gewinnen. Schulen

und außerschulische Bildungsträger können sich in internationaler Partnerschaft um die Förderung ihres gemeinsamen Vorhabens bewerben.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/handeln-fuer-menschenrechte/europeans-for-peace.html
Die Bewerbungsfrist endet am 20. Januar 2020

BigBrotherAwards

Die BigBrotherAwards Deutschland wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern und den missbräuchlichen Umgang mit Technik und Informationen aufzuzeigen. Der Preis wird an Firmen, Organisationen und Personen verliehen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen. Interessierte können Organisationen, Institutionen, Verbände oder Personen, die Ihres Erachtens für die Verleihung eines BigBrotherAwards in Frage kommen, online auf der Veranstalter-Website vorschlagen. Die deutschen BigBrotherAwards werden vom Bielefelder Verein Digitalcourage (vormals FoeBuD e. V.) organisiert.

Mehr Informationen finden Sie unter:
<https://bigbrotherawards.de/>
Die Bewerbungsfrist endet am 31. Januar 2020

Respekt gewinnt! 2019

Auch in diesem Jahr zeichnet der Berliner Ratschlag für Demokratie Initiativen und Einzelpersonen aus, die sich für die Diversität, die Lebendigkeit und die Freiheit Berlins einsetzen. Gesucht werden Menschen, die für ein demokratisches und friedliches Miteinander eintreten. Bewerben kann sich jeder, der sich für Fairness im Sport oder die Rechte Geflüchteter einsetzt, gegen Hate Speech im Netz kämpft oder Menschen mit Handicap unterstützt. Egal, ob Schulkasse oder Verein, Nachbarschafts- oder Elterninitiative, Einzelkämpferin, Einzelkämpfer oder Freigeist – jedes Projekt wird gesucht! Das Preisgeld beträgt insgesamt 5.000 Euro.

Mehr Informationen finden Sie unter:
www.berlinerratschlagfuerdemokratie.de/wettbewerb/
Die Bewerbungsfrist endet am 29. Februar 2020

Weiterbildende Studiengänge – Start 2019 / 2020

Im November 2019 startet unser neuer berufsbegleitender Bachelor Soziale Arbeit und unsere Masterstudiengänge im Bereich Sozialmanagement. Jetzt informieren und anmelden!

NEU: Bachelor of Arts (B.A.) Soziale Arbeit

Berufsbegleitender Bachelorstudiengang mit Abschluss zum/ zur staatlich anerkannten Sozialarbeiter/in

Der Studiengang wird als Kooperation zwischen der Paritätischen Akademie Berlin und der Hochschule für angewandte Pädagogik erstmalig ab Herbst 2019 angeboten.

Das Online-Studium als selbstbestimmtes, zeitlich unabhängiges Lernen wird mit internetbasierten Lerninhalten und Kommunikation sowie durch Präsenzzeiten in Berlin ergänzt. Damit ist das Lernkonzept des Studiengangs auf die besonderen Bedürfnisse Berufstätiger zugeschnitten.

Zielgruppe

Das Studienangebot richtet sich sowohl an Berufstätige, deren bisherige Berufslaufbahn auf einer praxisorientierten Fachausbildung aufbaut und die diese durch ein Studium ergänzen möchten, als auch an Quereinsteiger in sozialen Berufen.

Inhalt

Der Studiengang dient der Qualifizierung von Fachkräften in der nötigen fachlichen Breite für alle Einsatzgebiete der Sozialen Arbeit. Er bezieht fachwissenschaftliche und anwendungsbezogene Gegenstände eines Grundlagenstudiums der Sozialen Arbeit ein und verknüpft diese innerhalb des Studiums mit einer berufspraktischen Tätigkeit. Ziel des Studiums ist es, Studierende zu befähigen, selbstständig und verantwortungsbewusst in verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit zu agieren. Neben der Vermittlung von berufsfeldspezifischen, rechtlichen und sozialwissenschaftlich interdisziplinären Grundlagen werden berufsbezogene Schlüsselqualifikationen erworben.

Abschluss

Nach erfolgreichem Abschluss aller Module und der Bachelorarbeit wird der Titel B.A. Soziale Arbeit* verliehen. Die staatliche Anerkennung als Sozialarbeiter/in wird auf Antrag bei der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft* erteilt. Ins-



Die Paritätische Akademie Berlin bietet zahlreiche Weiterbildungskurse FOTO: PARITÄTISCHE AKADEMIE BERLIN

gesamt werden im Studiengang 180 ECTS erworben. Damit befähigt der Studiengang zur Aufnahme eines Masterstudiums.

Start: November 2019 und voraussichtlich Sommersemester 2020
Studienkosten: Gesamtbetrag in Regelstudienzeit: 11.550 Euro

Weitere Informationen und Beratung:
Christin Fritzsche | Tel.: 030 275 82 82 23
E-Mail: fritzsche@akademie.org

Sozialmanagement (M.A.)

Dieser erfolgreiche berufsbegleitende Masterstudiengang wird seit 20 Jahren in Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule Berlin durchgeführt.

Zielgruppe

Mit unserem Studienangebot machen wir (zukünftige) Geschäftsführungen, Einrichtungsleitungen, Abteilungs- und Projektleitungen in den Bereichen der sozialen Arbeit, der Sozialverwaltungen, des Gesundheitswesens, der Bildung, kirchlicher Einrichtungen und selbständiger Arbeit fit für neue Aufgaben!

Inhalt

Führungskompetenz und Verständnis für Organisationsstrukturen gehören ebenso dazu, wie verantwortungsbewusstes Handeln gegenüber der Gesellschaft und den Klientinnen und Klienten sozialer Arbeit.

Struktur

Als berufsbegleitendes Fernstudium mit kompakten Präsenzeinheiten in Berlin, E-Learning-Anteilen und unterstützendem Coaching ist der Studiengang op-

timal auf die Studierbarkeit neben dem Beruf ausgerichtet.

Studienvoraussetzungen sind ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss (Bachelor, Diplom, Magister) und mindestens ein Jahr Berufserfahrung.

November 2019; späterer Einstieg im Februar ist möglich
Studienkosten: 8.896 Euro

Weitere Informationen und Beratung:
Johanna Brömer | Tel.: 030 275 82 82 13
E-Mail: broemer@akademie.org

Ina Kant | Tel.: 030 275 82 82 28
E-Mail: kant@akademie.org

Management von Sozialeinrichtungen (M.Sc.) – Schwerpunkt Kinder- und Jugendeinrichtungen

Die österreichische Donau-Universität Krems und die Paritätische Akademie Berlin bieten diesen berufsbegleitenden Masterlehrgang an.

Zielgruppe und Inhalt

Der Studiengang ist speziell auf die Qualifizierung von (zukünftigen) Führungskräften in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgerichtet. Das viersemestrige Studienangebot richtet sich an Berufstätige mit und ohne vorherige akademische Ausbildung. Auch Interessierte ohne Abitur können bei entsprechender Eignung und mindestens achtjähriger Berufserfahrung zum Masterlehrgang zugelassen werden. ■

Start: Februar 2020
Studienkosten: 7.790 Euro

Weitere Informationen und Beratung:
Stefanie Gallander
Tel.: 030 275 82 82 26
E-Mail: gallander@akademie.org

Wissenswertes

Das gesamte Bildungsangebot ist abrufbar unter:

www.akademie.org

Paritätisches Kitaforum offiziell eröffnet

Dabei gab es einen Rück- und Ausblick zu 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

Am 14. August 2019 fand die offizielle Eröffnung des Paritätischen Kitaforums in der Paritätischen Akademie Berlin statt. Am Auftakt nahmen über 60 Personen aus Mitgliedsorganisationen, Fachschulen, Senatsverwaltung, Landesverband und Akademie sowie angehende Erzieherinnen und Erzieher teil.

Das Kitaforum ist eine Plattform zur Vernetzung der Mitgliedsorganisationen mit Fachexpertinnen und -experten aus Forschung, Wissenschaft, Verwaltung und Politik sowie zum Fachaustausch im Bereich Kindertagesbetreuung. Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Berlin, begrüßte die Gäste. Sie sieht in neuen Netzwerken großes Potenzial für Berlin, gerade um mehr Qualität in den Kitas zu gewährleisten.



Dr. Gabriele Schlimper begrüßt die Gäste zum Auftakt des Kitaforums in der Paritätischen Akademie

FOTO: SABINE RADTKE

Kinder haben Rechte – 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

Anlässlich von 30 Jahren UN-Kinderrechtskonvention sprach Claudia Kittel vom Deutschen Institut für Menschenrechte über deren Bedeutung: Am 20. November 1989 wurde die Kinderrechtskonvention von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Mit insgesamt 54 Artikeln legt die Konvention wesentliche Standards zum Schutz der Kinder und Jugendlichen weltweit fest und stellt damit das wichtigste Menschenrechtsinstrumentarium für Minderjährige dar. Die Konvention definiert das Recht auf:

- Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von Religion, Herkunft und Geschlecht
- einen Namen und eine Staatszugehörigkeit
- Gesundheit
- Bildung und Ausbildung
- Freizeit, Spiel und Erholung
- eine eigene Meinung und sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln
- eine gewaltfreie Erziehung und eine Privatsphäre
- sofortige Hilfe in Katastrophen und Notlagen wie Armut, Hunger und Krieg und auf Schutz vor Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung
- eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause sowie
- Betreuung bei Behinderung

Kinderrechte in der pädagogischen Praxis erfahrbar machen

Für die meisten Kinder in Deutschland beginnt mit dem Besuch einer Kita erstmalig ein Leben außerhalb ihrer vertrauten Familie. Hier können sie erleben, wie eine größere Gemeinschaft von Menschen organisiert ist und welche Rechte die einzelnen Kinder und Erwachsenen haben. Der Gesetzgeber verpflichtet Kindertageseinrichtungen im Rahmen des im Januar 2012 in Kraft getretenen Bundeskinderschutzgesetzes (Paragraf 45 Abs. 3 SGB VIII, Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung), Verfahren und Strukturen zu entwickeln, um Kinderrechte zu sichern, Kinder an allen sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen und Möglichkeiten der Beschwerde für sie konzeptionell zu verankern und in der Praxis umzusetzen.

Sicher können Kinderrechte nicht »verordnet« werden – es reicht nicht, sie zu kennen und die Kinder darüber zu informieren. Vielmehr muss es gelingen, Kinderrechte in der pädagogischen Praxis erfahrbar zu machen, sie im Alltag zu leben und das Erlebte gemeinsam zu reflektieren.

Im Paritätischen Kita-Forum wird das Thema UN-Kinderrechtskonvention auch weiterhin aktiv aufgegriffen. Zum Ende des Jahres startet das Dialogforum »Wie kann Partizipation und Beteiligung in Kitas gelingen«. Dort

bietet sich die Möglichkeit für alle Interessierten zum Austausch und zur Vernetzung rund um das Thema Kinderrechte.

Was das Kitaforum leisten kann

Nach diesem Ausflug in die UN-Kinderrechtskonvention verteilen sich die Anwesenden auf die Info-Workshops. Dort stellten Sabine Radtke und Dorothee Thielen, Fachreferentinnen des Referats Kindertagesstätten beim Paritätischen Berlin, das Kitaforum und sein Angebot vor. Neben Fachinformationen und Expertisen bietet das Forum Kitaträgern Qualifizierungen für Geschäftsführungen, Fachbereichsleitungen, Fachberatungen und Kita-Leitungen an sowie Austausch zu aktuellen fachlichen und politischen Fragestellungen zum Thema Kindertagesbetreuung in Berlin.

■ MELANIE LORENZ, PROKURISTIN, INNOVATION & ÖFFENTLICHKEITSARBEIT BEI DER PARITÄTISCHEN AKADEMIE BERLIN, UND SABINE RADTKE, REFERENTIN KINDER UND KINDERTAGESSTÄTTEN BEIM PARITÄTISCHEN BERLIN

Wissenswertes

Sie sind eingeladen, sich an unseren Gremien und Netzwerken aktiv zu beteiligen!

Kontakt: Susanne Steinmetz
Tel.: 030 25 82 82 14
E-Mail: steinmetz@akademie.org

Was bedeutet die Arbeitswelt der Zukunft für Sie und Ihre Organisation?

Im Rahmen des Paritätischen Netzwerkes Personalmarketing – Fachkräftegewinnung und -bindung hat sich vor allem die Arbeitsgruppe New Work mit dem Thema »Neue Arbeitswelten« beschäftigt.

Wir müssen uns damit beschäftigen, wie die Arbeitswelt von morgen aussehen wird und was wir unternehmen können – und zwar während diese Entwicklungen längst in vollem Gange sind. Neue Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitskultur sind im Entstehen, die bisherige Arbeitsformen, Führungsstile und Rollen herausfordern. Was bedeutet die Arbeitswelt der Zukunft für Sie und Ihre Organisation?

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin und die Paritätische Akademie Berlin haben gemeinsam mit den Mit-

gliedsorganisationen aus der AG New Work die Idee eines Netzwerkes entwickelt, das diese Themen aufgreift und in dem gemeinsam nach Antworten gesucht wird. Das Netzwerk soll den Charakter eines praktischen Lern- & Experimentierraums haben. Input für das Kick-Off-Treffen bekommen wir von der Organisation *betterplace.org*, die den Change-Prozess hin zum selbstorganisierten Arbeiten vor ein paar Jahren vollzogen hat. Aus ihren jeweiligen Erfahrungen in dem Prozess werden Joana Breidenbach als ehemaligen Chefin und Stephan Peters als Mitarbeiter berichten.

Das Kick-Off des Paritätischen Netzwerkes »Neue Arbeitswelten« findet am 28. November in der Paritätischen Akademie Berlin statt, Start ist 10 Uhr.

Wissenswertes

Interessierte können sich bei Melanie Lorenz anmelden unter:

Tel.: 030 275 82 82 11

E-Mail: lorenz@akademie.org

Demokratiefeerne Einstellungen in einer Kommune

Neue Publikation zum Forschungsprojekt – herausgegeben von Prof. Dr. Heinz Stapf-Fine

Im Forschungsprojekt Demokratieerne Einstellungen in einer Kommune wurden in Marzahn-Hellersdorf mittels eines Fragebogens die Haltungen und Einstellungen der Menschen zur Demokratie untersucht. Vertiefende narrative Interviews wurden anschließend mit 30 Bürgerinnen und Bürgern geführt. Je nach Generation berichteten diese dabei von unterschiedlichen Erfahrungen. Allen gemeinsam ist jedoch eine hohe Sensibilität für soziale Fragen.

Wenn die Auffassung dominiert, der Staat erfülle die Aufgabe der sozialen Absicherung und der Vermeidung von sozialen Risiken nicht, wenden sich viele Menschen vom Gemeinwesen ab. Grund zum Optimismus gibt die Tatsache, dass viele Menschen berichtet haben, dass sie gleichsam darauf warten, dass die Politik ihnen zuhört und ihre Probleme ernst nimmt. Daher sollten politische Mandatsträger und die öffentliche Verwaltung mehr Gehör anstelle von Komm-Strukturen entwickeln.

Eine Reihe weiterer Handlungsempfehlungen an Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft konnten aus den Ergebnissen abgeleitet werden. Unter



anderem die Empfehlung, Mitarbeitende der Verwaltung zu trainieren, um institutionellen Rassismus und Abwertung von Menschen zu erkennen und zu vermeiden.

Es gibt eine Vielfalt von Projekten und Initiativen, nicht nur im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, sondern auch in anderen Bezirken und bei vielen Senatsverwaltungen. Es wäre sinnvoll, diese in

einem gemeinsamen Auftritt zu bündeln, um sie für die Bürgerinnen und Bürger leichter als Teil eines gemeinsamen Ganzen erkennbar zu machen.

Für Marzahn-Hellersdorf empfiehlt sich ein modellhaftes Verfahren sozialräumlicher Demokratieentwicklung, an dem Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Initiativen aus der Zivilgesellschaft beteiligt werden und gemeinsam mit dem Bezirk an der Umsetzung des »Demokratieplans« arbeiten. Wichtig ist dabei, dass die Beteiligten an diesem Prozess die Erfahrung von Selbstwirksamkeit machen und dass die Politik in der Ergänzung der repräsentativen durch Elemente einer partizipativen Demokratie eine Stärkung der Demokratie insgesamt sieht.

Wissenswertes

Bei der Publikation zu obigem Forschungsprojekt handelt es sich um den 6. Band einer Reihe, die Prof. Dr. Stapf-Fine gemeinsam mit Prof. Dr. Michael Brodowski herausgibt, zu finden unter:

<https://bit.ly/2P6R50M>

Paritätische Foren

Ein Angebot des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin für seine Mitgliedsorganisationen

Die Paritätischen Foren sind Plattformen des fachlichen Austausches für die Mitarbeitenden der Paritätischen Mitgliedsorganisationen. Die Foren bieten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich zu Fach- und Querschnittsthemen weiterzubilden und zu vernetzen. Ziel ist es, Vorstände, Geschäftsführungen, Fachverantwortliche qualifiziert und praxisbezogen zu unterstützen und fortzubilden. Darüber hinaus sind externe Interessenten willkommen.

Bisher werden vier Paritätische Foren in Kooperation mit dem Paritätischen Berlin unter dem Dach der Paritätischen Akademie Berlin umgesetzt. Weitere Fachforen zu den Themen Innovation und Wirkung, Wohnen, Eingliederungshilfe sind in Planung.

Paritätisches Personalforum

Das Paritätische Personalforum umfasst Weiterbildungsangebote im Bereich Arbeits-, Tarif- und Rentenrecht, Beteiligungsrechte des Betriebsrats, betriebliche Altersvorsorge, Gesundheitsmanagement und -förderung, Datenschutz sowie allgemeine Rechtsgrundlagen. Neu dabei sind Seminare zur Personalgewinnung und -bindung.

Ansprechpartnerin: Dilek Yüksel,
Tel.: 030 275 82 82-17,
E-Mail: yueksel@akademie.org;
Sie finden alle Angebote unter:
paritaetisches-personalforum.de

Termine Dezember – Februar

Arbeitsrecht

Aktuelles Arbeitsrecht für Führungskräfte | 05. + 06. Dezember 2019 | 399 Euro / 449 Euro

Einstellungsprozess und Zeugniserteilung richtig meistern | 21. Januar 2020 | 149 Euro / 189 Euro

Grundzüge des Arbeitsrechts aus Arbeitgeber-sicht | 31. Januar 2020 | 99 Euro / 129 Euro

Wie gründe ich einen Verein, was kann oder muss ich in der Satzung regeln? | 21. Februar 2020 | 99 Euro / 129 Euro

Datenschutz

Neujahrestreffen Datenschutz – Rückblick und Ausblick | 21. Januar 2020 | 159 Euro / 199 Euro

Die ersten 100 Tage als Datenschutzbeauftragter | 13. Februar 2020 | 239 Euro / 279 Euro

Paritätisches Digitalforum

Die Seminare, Workshops, Zertifikatskurse und Fachveranstaltungen, die das Paritätische Digitalforum im Auftrag des Paritätischen Berlin zum Thema Digitalisierung seit Januar 2019 anbietet, erfreuen sich hoher Nachfrage. Angeboten werden zahlreiche Formate zu den Themen Agilität und Innovation, Digitale Kommunikation, Digitale Führung und Transformation sowie Digi-

tale Prozesse. Das Forum entwickelt sich weiter: Nach intensiver Bedarfserhebung bei den Paritätischen Mitgliedern im Rahmen von Fachgruppen- und Arbeitskreisgesprächen, Workshops und einer Ideenschmiede, entwerfen Referentinnen und Referenten aus dem Paritätischen Berlin und der Paritätischen Akademie neue Austausch- und Vernetzungsformate, Fachgesprächsformate und Werkstattveranstaltung.

Ansprechpartner Paritätisches Digitalforum:
Cengizhan Yüksel, Tel.: 030 275 82 82-15,
E-Mail: c.yueksel@akademie.org
Ein Überblick über alle Angebote finden Sie unter: paritaetisches-digitalforum.de

Termine Dezember – Februar

Agilität und Innovation

Agile Methoden und Werkzeuge | 20. + 21. Februar 2020 | 459 Euro / 579 Euro

Digitale Kommunikation

Videoproduktion mit dem Smartphone | 12. Dezember 2019 | 239 Euro / 289 Euro

Social Media für Einsteiger – Grundlagen und Einsatzmöglichkeiten | 24. Februar 2020 | 239 Euro / 289 Euro

Digitale Führung und Transformation

Digital Leadership: Führen im digitalen Wandel | 20. + 21. Februar 2020 | 459 Euro / 579 Euro

Digitale Prozesse

Digitalisierung täglicher Arbeitsprozesse in der Geschäftsführung & Leitung erfolgreich vorbereiten | 02. + 03. Dezember 2019 | 399 Euro / 479 Euro

Digitalisierung täglicher Arbeitsprozessen in der Verwaltung und Administration erfolgreich vorbereiten | 09. + 10. Dezember 2019 | 399 Euro / 479 Euro

Digitalisierung täglicher Arbeitsprozesse – erfolgreich vorbereiten | 28. + 29. Januar 2020 | 459 Euro / 579 Euro

Digitalisierung täglicher Arbeitsprozesse – erfolgreich vorbereiten | 25. + 26. Februar 2020 | 459 Euro / 579 Euro

Paritätisches Jugendhilfeforum

Die verschiedenen Angebote zu Jugendhilfe und Jugendarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin werden im Paritätischen Jugendhilfeforum zusammengefasst und um Vernetzungsformate erweitert.

Ansprechpartnerin: Solvejg Hesse,
Tel.: 030 275 82 82-27,
E-Mail: hesse@akademie.org
Einen Überblick gibt Ihnen die Website:
paritaetisches-jugendhilfeforum.de

Termine Dezember – Februar

Berechnung von Entgelten für Leistungsangebote und betriebsnotwendige Investitionen im stationären Bereich der Hilfen zur Erziehung nach dem BRVJug | 18. Februar 2020 | 119 Euro / 149 Euro

Grundlagenseminar Berliner Rahmenvertrag für Hilfen in Einrichtungen und durch Dienste der Kinder- und Jugendhilfe | 28. Februar 2019 | 119 Euro / 149 Euro

Paritätisches Kitaforum

Das Paritätische Kitaforum bündelt die vielfältigen Angeboten im Arbeitsfeld Kindertagesstätten, die die Paritätische Akademie Berlin und der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin anbieten. Das Netzwerk berufsbegleitende Ausbildung wird seit 2019 unter dem Dach des Paritätischen Kitaforums fortgesetzt.

Ansprechpartnerin: Susanne Steinmetz,
Tel.: 030 275 82 82-14,
E-Mail: steinmetz@akademie.org
Alle Termine und die Online-Anmeldung finden Sie unter: paritaetisches-kitaforum.de

Termine Dezember – Februar

Kitaträger

Grundlagenwissen Kindertagesbetreuung in Berlin für (neue) Kita-Träger Modul Kita-Konzeption – Leitbild, Konzepte, Schutzkonzept, Beteiligungsverfahren, Beschwerdeverfahren | 05. Dezember 2019 | Je Modul 50 Euro / 80 Euro

Modul Kita-Qualitätsentwicklung – Umsetzung der QVTAG, Arbeit mit dem Berliner Bildungsprogramm, interne und externe Evaluation, Fachberatung | 09. Januar 2020 | Je Modul 50 Euro / 80 Euro

Modul Kita-Recht – SGB VIII, KitaFöG, VO-KitaFöG, RVTag, OVTAG, Pflichtverletzung und Schlichtung | 14. Januar 2020 | Je Modul 50 Euro / 80 Euro

Modul Kita-Finanzierung – Finanzierungssystematik, Entgelte, Zuzahlungen, Grundsätze der Nachweisführung, Aufbewahrungsfristen | 27. Februar 2020 | Je Modul 50 Euro / 80 Euro

Fachberatung

Fachwerkstatt – Kita-Fachberatung | Fachtagung, 16. + 17. Dezember 2019 | Kostenfrei

Beratende Fachkraft im Kinderschutz, »insofern erfahrene Fachkraft« nach Paragraph 8a

SGB VIII – berufsbegleitender Zertifikatskurs (4 Module) | Start: 10. – 12. Februar 2020 | 1.600 Euro / 1.900 Euro

Paritätische Foren in Planung

Paritätisches Innovationforum

Dieses Forum geht im Dezember 2019 an den Start. Neben der Gestaltung von Innovationen geht es um die Wirkungsorientierung bei Projektplanung und Durchführung sowie um Fragen der Organisationsgestaltung und Führung. In diesem Forum gehen wir die Herausforderungen der sozialen Arbeit von morgen schon heute gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen an. In Netzwerktreffen, Paritätischen Perspektiven und Strategiegesprächen wird diskutiert. Wir tauschen Good Practice-Beispiele aus und greifen aktuelle Themen der sozialen Arbeit auf. In Workshops und zertifizierten Weiterbildungen können Interessierte tiefer in die Themen eintauchen und diese für ihre Organisationen und somit auch für

die Menschen nutzbar machen, die sie mit ihren Projekten ansprechen. Der Fokus des Paritätischen Innovationsforums liegt auf Vernetzung, der aktiven Umsetzung und der Reflexion.

Paritätisches Eingliederungshilfeforum

Dieses Fachinformations- und Weiterbildungsangebot wird auf den aktuellen Bedarf der Leistungserbringer der Eingliederungshilfe eingehen. Es bietet Qualifizierungsangebote für Geschäftsführende, Fachbereichsleitungen, Einrichtungs- und Gruppenleitungen sowie für die Mitarbeitenden in der direkten Betreuungsarbeit. Gleichzeitig ist es ein Forum zur Vernetzung verschiedener Fachexpertinnen und -experten sowie zum Austausch zu politischen Positionen und Entwicklungen. Die Inhalte des Berliner Rahmenvertrages für die Leistungen der Eingliederungshilfe stehen dabei im Zentrum der verschiedenen Themen. Die Eröffnung dieses Forums ist für Anfang 2020 geplant.

Veranstaltungsinformationen

Informationen zu den aufgeführten Veranstaltungen erhalten Sie unter www.akademie.org oder unter Tel.: 030 275 82 82 12. Der erstgenannte Preis gilt für Seminarteilnehmende aus Mitgliedsorganisationen, der an zweiter Stelle genannte Preis für Seminarteilnehmende aus Nicht-Mitgliedsorganisationen.

Dezember 2019

Personalauswahl – eine zukunftsweisende Entscheidung | 04. Dezember 2019 | 209 Euro / 249 Euro

Das Strukturmodell zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation für Pflegedienst-, Team- und Wohnbereichsleitungen | 04. + 05. Dezember 2019 | 118 Euro / 178 Euro

Die Macht der Worte in der Rede | 05. + 06. Dezember 2019 | 429 Euro / 549 Euro

»Politik? Das hat doch nichts mit mir zu tun!« Gesellschaftliche Teilhabe und politische Bildung in der Grundbildung – Methodenworkshop | 06. Dezember 2019 | 69 Euro / 89 Euro

Handlungsstrategien in der Arbeit mit psychisch kranken Menschen | 11. + 12. Dezember 2019 | 349 Euro / 429 Euro

Januar 2020

»Immer ist jemand dagegen...« – Umgang mit Widerstand in Veränderungssituationen | 14. + 15. Januar 2020 | 429 Euro / 549 Euro

KiQu Workshop: Das Sprachlerntagebuch in der aktualisierten Fassung | 22. Januar 2020 | 99 Euro / 109 Euro

Personal-, Personalentwicklungs- und Kritikgespräche erfolgreich führen | 27. Januar 2020 | 209 Euro / 249 Euro

Struktur und Funktion der ICF (International Classification of Functioning, Disability and Health) | 28. Januar 2020 | 239 Euro / 299 Euro

Das Strukturmodell zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation für Pflegefachkräfte | 31. Januar 2020 | 59 Euro / 119 Euro

Februar 2020

Struktur und Funktion der ICF für gesetzliche Vertreterinnen und Vertreter | 03. Februar 2020 | 239 Euro / 299 Euro

Stellvertretende Leitung | 12. Februar 2020 | 239 Euro / 299 Euro

Preisdifferenzierung für Zertifikatskurse:
Es wird unterschieden zwischen Preisen für Mitglie-

der des Paritätischen Berlin (MO Paritätischer Berlin), Mitgliedern aus anderen Paritätischen Landesverbänden (MO Paritätischer) und Nichtmitgliedern (NMO).

NEU im Programm: Wirkungsmanagement – Zertifikatskurs mit 4 Modulen

Werden Sie zum/zur Wirkungsmanager/in und stellen Sie Prozesse auf eine wirkungsorientierte Arbeitsweise um.

Durch die Weiterbildung etablieren Sie die notwendigen Fähigkeiten in Ihrer Organisation und nutzen die Chance, Mehrwerte für Ihre Zielgruppen dauerhaft zu schaffen, sich Partnern, Förderern und Finanzgebern Ihrer Organisation professionell und verlässlich zu präsentieren sowie die Wahrnehmung und Anerkennung für sich und Ihre Kolleginnen und Kollegen zu erhalten.

Start: 17. + 18. Februar 2020
950 Euro (MO Paritätischen Berlin) / 2.500 Euro
Am 25. November 2019 findet eine Informationsveranstaltung von 10 bis 12.30 Uhr im Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin statt.

Weitere Informationen und Beratung:
Anne Jeglinski | Tel.: 030 860 01-601
E-Mail: jeglinski@paritaet-berlin.de

Der Expertenstandard »Beziehungsgestaltung in der Pflege von Menschen mit Demenz« | 24. Februar 2020 | 59 Euro / 119 Euro

Konfliktmanagement und Mediation in Organisationen – Konflikte systemisch betrachtet Zertifikatskurs (4 Module) | Start: 27. – 29. Februar 2020 | 2190 Euro / 2590 Euro

Alles wird immer komplizierter! – Ein innovativer Umgang mit Komplexität | 27. + 28. Februar 2020 | 429 Euro / 549 Euro

NEU im Programm: Betriebliches Gesundheitsmanagement

Zertifikatskurs über neun Monate im Blended-Learning-Format, in Kooperation mit der SRH Fernhochschule. Ein BGM ist gewinnbringend sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmende. Belastungen können reduziert, die Arbeitszufriedenheit erhöht und damit die Lebensqualität verbessert werden. Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit können gesteigert und im Idealfall werden Fachkräfte länger beschäftigt. Für Mitarbeitende der Fach-, Projekt- oder Leitungsebene mit Inter-

esse an Innovation und Lust an Veränderung. Sie erhalten umfassende Fach- und Methodenkompetenzen für das BGM mit Anwendungsbezug für Ihre berufliche Praxis. Bei bestandener Modulabschlussprüfung vergibt die SRH 6 ECTS-Punkte. Start: April 2020 | Kosten: 1.268 Euro Euro (MO des Paritätischen Berlin) | 2.268 Euro (MO des Paritätischen) | 2.568 Euro (NMO)

Weitere Informationen und Beratung:
Dilek Yüksel | Tel.: 030 275 82 82-17
E-Mail: yueksel@akademie.org

Paritätisches Bildungswerk

Landesverband Brandenburg e. V.

Ausführliche Informationen zu den aufgeführten Veranstaltungen und auch das gesamte Bildungsprogramm für 2020 sind auf der Internetseite www.pbw-brandenburg.de zu finden. Buchungen sind dort direkt möglich.

Bei Fragen erreichen Sie das Paritätische Bildungswerk Brandenburg unter der Telefonnummer 0331 748 18-75 oder per Mail an info@pbw-brandenburg.de.

Dezember 2019

Zertifikatskurs: Grundlagen der Sozialen Arbeit | Kurs-Nr.: 19-02K430A | 16. Dezember 2019 – 21. Juli 2020 | 1.890 Euro / für MO: 1.840 Euro

Januar 2020

Zertifikatskurs: Berater*in zur Gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase | Kurs-Nr.: 20-06K406 | 7. Januar 2020 – 21. Juli 2021 | 1.350 Euro / für MO: 1.300 Euro

Zertifikatskurs: Weiterbildung zur Verantwortlichen Pflegefachkraft (Pflegedienstleitung) | Kurs-Nr.: 20-06K163 | 13. Januar 2020 – 10. März 2021 | 4.150 Euro / für MO: 4.100 Euro

Strategisch Netzwerken – in Politik und Verwaltung erfolgreich Ziele erreichen | Sem-Nr.: 20-02-234 | 20. Januar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Stressmanagement | Sem-Nr.: 20-04-228 | 23. Januar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

»Wir haben schon alles versucht!« Ideenwerkstatt für komplizierte Fälle | Sem-Nr.: 20-02-235 | 27. Januar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Teamsitzungen effektiv und lustvoll gestalten | Sem-Nr.: 20-02-236 | 29. Januar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro



FOTO: ADOBESTOCK, IJEAB

Vorbereitung auf die Qualitätsprüfung durch den MDK | Sem-Nr.: 20-06-100 | 29. Januar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Geistige Behinderung – was ist das eigentlich und wie geht man damit um? | Sem-Nr.: 20-07-206 | 30.-31. Januar 2020 | 275 Euro / für MO: 265 Euro

Februar 2020

Arbeit mit Menschen, die eine geringe oder ambivalente Änderungsbereitschaft haben | Sem-Nr.: 20-08-136 | 10.-11. Februar 2020 | 275 Euro / für MO: 265 Euro

ICF-Gesprächsführung | Sem-Nr.: 20-07-100 | 12. Februar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

EU-Datenschutz-Grundverordnung – als Führungskraft sicher agieren | Sem-Nr.: 20-01-131 | 17. Februar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Erfolgsfaktor Persönlichkeit | Sem-Nr.: 20-02-237 | 18. Februar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Berücksichtigung der Qualitätsindikatoren in der Pflegeprozessplanung | Sem-Nr.: 20-06-101 | 19. Februar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Demenz bei Menschen mit geistiger Behinderung | Sem-Nr.: 20-07-201 | 20. Februar 2020 | 145 Euro / für MO: 140 Euro

Fachbetreuer*in für Autismus – Basisqualifikation | Kurs-Nr.: 20-07K199 | 25. Februar 2020 – 11. Juni 2020 | 1.350 Euro / für MO: 1.300 Euro

Stellen anbieten und finden über *ParitätJob.de*

Mit unserem Stellenportal *ParitätJob.de* unterstützen wir unsere Mitglieder bei der Stellensuche

Es handelt sich um ein speziell auf die Sozialbranche zugeschnittenes Online-Stellenportal zur Jobsuche und Mitarbeitergewinnung. Auch die Paritätischen Landesverbände Sachsen-Anhalt sowie Brandenburg haben sich der Plattform angeschlossen.

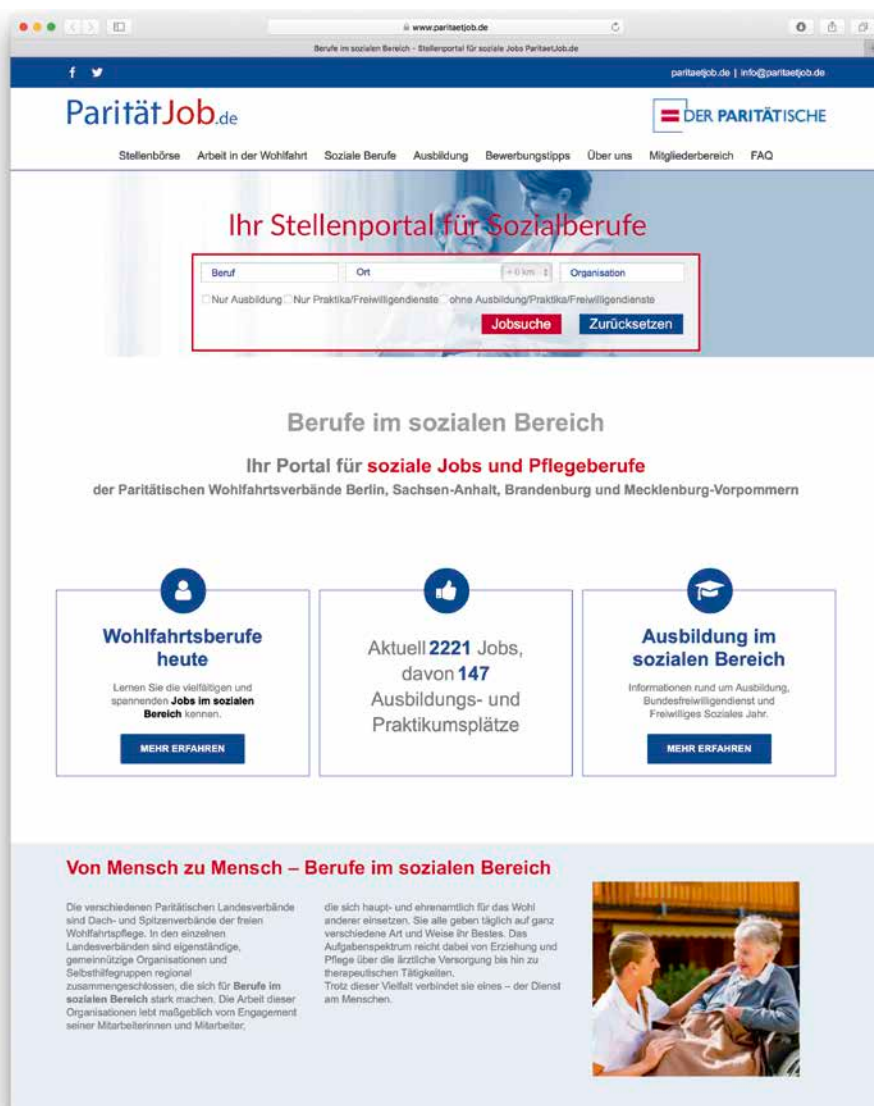
Grundgedanke des Fachportals ist es, gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen auf das Arbeitsfeld aufmerksam zu machen und umfangreich darüber zu informieren sowie die vakanten Stellen zu bewerben. Der Ansatz des Portals: Stellenausschreibungen der Mitgliedsorganisationen bündeln und ein umfangreiches Informationsangebot über Berufsprofile und Ausbildungsmöglichkeiten in der Wohlfahrtspflege schaffen.

So präsentiert *ParitätJob.de* die Tätigkeitsbereiche des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin als spannendes, zukunftssicheres und attraktives Arbeitsfeld.

Über eine spezielle Crawler-Technologie unseres Partners – der index Internet und Mediaforschung GmbH – werden die Stellenausschreibungen der Mitgliedsorganisationen von deren Webseiten sowie aus Jobportalen und Print-Titeln gesammelt und automatisch in der Stellenbörse des Fachportals gebündelt. Dank dieser Technologie ist das Stellenangebot von *ParitätJob.de* immer aktuell. Mitgliedsorganisationen haben keinerlei Aufwand mit dem Einstellen und Entfernen von Stellenangeboten.

Mitgliederbereich auf *ParitätJob.de*

Inzwischen ist auf *ParitätJob.de* auch ein separater Bereich speziell für die Mitgliedsorganisationen online. Falls die Stellenangebote nicht über den automatischen Prozess in das Parität-Job-Portal gelangen, besteht ab sofort



im passwortgeschützten Mitgliederbereich die Möglichkeit, Stellenangebote manuell in die Stellenbörse hochzuladen. Fordern Sie dazu bitte unter *info@paritaetjob.de* Ihre Zugangsdaten an. Innerhalb des Mitgliederbereiches ste-

hen Ihnen folgende Funktionen zur Verfügung:

- Upload-Tool
- Stellenanzeigengenerator
- Anzeigenübersicht

Wichtiger Hinweis an unsere Mitglieder

Bitte überprüfen Sie von Zeit zu Zeit, ob Ihre Stellenausschreibungen korrekt auf *ParitätJob.de* angezeigt werden. Falls Sie Ihre Anzeigen beispielsweise auf Unter-Webseiten mit anderen URLs veröffentlichen, kann es sein, dass diese durch die Crawler-Technologie nicht erkannt werden. Bitte schicken Sie eine Nachricht per E-Mail an *info@paritaetjob.de*, wenn dies der Fall sein sollte – dann werden die entsprechenden Seiten in die Suchfunktion mit aufgenommen.

Stellenausschreibungen, die längere Zeit unverändert auf Ihrer Webseite sind, rutschen in der Suchanzeige weiter nach unten. Wir empfehlen, Anzeigen gegebenenfalls leicht zu verändern beziehungsweise zu aktualisieren, damit sie wieder weiter oben angezeigt und leichter gefunden werden.

Klicken Sie dazu auf die Schaltfläche »Eine Stellenanzeige hochladen«. Wählen Sie dann über die Durchsuchen-Funktion das entsprechende PDF-Dokument aus und tragen Sie den Stellentitel und den Einsatzort ein.

Im Mitgliederbereich steht neben dem Stellenanzeigen-Upload auch eine Übersicht über alle manuell hochgeladenen Stellenanzeigen zur Verfügung. In der Übersichtsansicht können die Stellenangebote, die Sie manuell hochgeladen haben, per Klick angesehen werden. Bei Bedarf können diese aber auch gelöscht oder es kann deren Laufzeit verlängert werden. Ändern Sie dazu einfach das eingetragene Datum.

Stellenanzeigen selbst generieren

Die dritte Funktion im Mitgliederbereich – der Stellenanzeigengenerator –

ist vor allem für Mitgliedsorganisationen entwickelt worden, die nur wenige Kapazitäten für die Gewinnung neuer Mitarbeiter haben. Daher stellen wir mit dem Stellenanzeigengenerator ein Tool zur Verfügung, über das in einem einfachen Schritt-für-Schritt-Verfahren Stellenanzeigen generiert werden können, die den heutigen Standards entsprechen.

Klicken Sie dazu auf die Schaltfläche »Eine Stellenanzeige erstellen«. Bevor die Erstellung beginnt, wird zunächst über eine Liste mitgeteilt, welche Dokumente und Informationen beigetragen werden sollten. In den weiteren Schritten werden der Stellentitel, der Einsatzort sowie die Aufgaben und Anforderungen abgefragt. Dann werden die Angaben zum Bewerbungsverfahren sowie ein Ansprechpartner hin-

terlegt. Im Anschluss kann die Stellenanzeige in einer Vorschauansicht geprüft und gegebenenfalls noch einmal bearbeitet werden. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden, kann das Inserat auf Ihrem PC gespeichert oder direkt in das ParitätJob-Portal hochgeladen werden. ■

Wissenswertes

Für Fragen wenden Sie sich an:
Stefanie Regel
Tel.: 030 39 08 81 93
E-Mail: info@paritaetjob.de

FACHGRUPPEN UND ARBEITSKREISE

Fachgruppen und Arbeitskreise

Beim Paritätischen Wohlfahrtsverband treffen sich Fachgruppen (FG) und Arbeitskreise (AK). Termine und Informationen erhalten Sie über paritaet-alsopfleg.de, im passwortgeschützten Extranet pariextra.de oder telefonisch.

Fachgruppe bzw. Arbeitskreis	Telefonnummer
FG Ambulante Pflege	8 60 01 - 502
FG Ältere Menschen	8 60 01 - 501
FG Betreuung Schulkinder FG Schulbez. Jugendhilfe AK Koordinierende Leitungen im Ganztagsbereich	8 60 01 - 166
FG Familie, Frauen, Mädchen	8 60 01 - 188
FG Jugendarbeit	8 60 01 - 613
FG Jugendberufshilfe FG Hilfen zur Erziehung	8 60 01 - 165
FG Kita AG Integration	8 60 01 - 179
FG Krankenhäuser	8 60 01 - 101
FG Menschen mit Behinderung	8 60 01 - 155
FG Migration	8 60 01 - 177
FG Pflegeschulen	8 60 01 - 502
FG Psychiatrie	8 60 01 - 555
FG Queere Lebensweisen	8 60 01 - 555
FG Schulträger	8 60 01 - 161
FG Stationäre pflegerische Versorgung	8 60 01 - 501
FG Suchthilfe AK Gesundheit FG HIV, Aids, STI und Hepatiden	8 60 01 - 168
AK Arbeitsmarkt	8 60 01 - 623
AK Ehrenamtskoordination	8 60 01 - 613
AK Kultur im Paritätischen	8 60 01 - 183
AK Qualitätszirkel Pflege	8 60 01 - 503
AK Selbsthilfe	8 60 01 - 618
AK Soziale Beratung AK § 67 SGB XIII und Schuldnerberatung AK Qualität § 67 SGB XII	8 60 01 - 171
AK Straffälligen- und Opferhilfe	8 60 01 - 188
Forum Jugendhilfeausschüsse JHA	8 60 01 - 613
PR Forum	8 60 01 - 107

Paritätischer Berlin | Brandenburgische Straße

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin
Brandenburgische Straße 80 | 10713 Berlin

Telefon: 030 8 60 01 0
Fax: 030 8 60 01 110

info@paritaet-berlin.de
paritaet-berlin.de

Name	Bereich/Funktion	Telefon	Fax	Mail
John, Prof. Barbara	Vorstandsvorsitzende	-182	-260	john@paritaet-berlin.de

Name	Bereich / Funktion	Telefon	Fax	Mail
Adler-Goerick, Sabine	Verwaltungsleitung / Personalleitung	-112	-240	adler-goerick@paritaet-berlin.de
Böckel, Sabine vom	Drittmittel / Fördermittel	-121	-240	boeckel@paritaet-berlin.de
Brohl-Zubert, Uwe	Ref. Soziale Psychiatrie / Queere Lebensweisen	-555	-210	brohl-zubert@paritaet-berlin.de
Drees, Heike	Ref. Suchthilfe / Gesundheit / HIV, Aids	-168	-210	drees@paritaet-berlin.de
Freitag, Andrea	Empfang	-200	-110	info@paritaet-berlin.de
Grof, Martina	Catering	-105	-110	grof@paritaet-berlin.de
Groß, Heike	Sekr. Eingliederungshilfe / Soziale Psychiatrie / Queere Lebensweisen / Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik	-172	-210	gross@paritaet-berlin.de
Herchner, Claudia	Sekr. Geschäftsführung	-102	-260	herchner@paritaet-berlin.de
Hoyer, Martin	Stv. Geschäftsführer	-108	-260	hoyer@paritaet-berlin.de
Kriebel, Elvira	Ref. Schulbezogene Jugendhilfe	-166	-220	kriebel@paritaet-berlin.de
Lange, Bettina	Zuwendungsberatung / Stiftungsmittel	-124	-240	lange@paritaet-berlin.de
Mohr, Sabina	Sekr. Hilfen zur Erziehung und Familie / Schulbezogene Jugendhilfe	-165	-220	mohr@paritaet-berlin.de
Peretz, Nina	Stv. Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-123	-240	peretz@paritaet-berlin.de
Mokanska, Ewa	Empfang	-200	-110	info@paritaet-berlin.de
Radlbeck, Daniela	Ref. Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik	-180	-210	radlbeck@paritaet-berlin.de
Radtke, Sabine	Ref. Kinder und Kindertagesstätten	-178	-220	radtke@paritaet-berlin.de
Ratzek, Alida	Sekr. Suchthilfe / Gesundheit / HIV Aids / Migration	-169	-220	ratzek@paritaet-berlin.de
Riesmeier, Yvonne	Finanzbuchhaltung	-113	-240	riesmeier@paritaet-berlin.de
Rose-Kotsch, Petra	Sekr. Geschäftsführung / Mitgliederverwaltung	-103	-260	rose-kotsch@paritaet-berlin.de
Schlimper, Dr. Gabriele	Geschäftsführerin	-101	-260	schlimper@paritaet-berlin.de
Schmid, Rita	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-183	-240	schmid@paritaet-berlin.de
Schödl, Regina	Ref. Eingliederungshilfe	-171	-210	schoedl@paritaet-berlin.de
Spöhr, Holger	Ref. Migration	-177	-220	spoehr@paritaet-berlin.de
Stoll, Sandra	Sekr. Kinder und Kindertagesstätten / Schule	-163	-220	stoll@paritaet-berlin.de
Szczerbowska, Barbara	Catering	-105	-110	Szczerbowska@paritaet-berlin.de
Thielen, Dorothee	Ref. Kinder und Kindertagesstätten / Leiterin Verbandsentwicklung	-179	-220	thielen@paritaet-berlin.de
Wachholz, Chris	Drittmittel / Praktikanten	-127	-240	wachholz@paritaet-berlin.de
Wanke, Hans-Jürgen	Organisationsberatung	-186	-260	wanke@paritaet-berlin.de
Wischnewski-Ruschin, Torsten	Ref. Kinder und Kindertagesstätten / Schule	-167	-220	wischnewski-ruschin@paritaet-berlin.de
Wotzlaw, Anja	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-130	-240	wotzlaw@paritaet-berlin.de
Zagidullin, Anna	Ref. Hilfen zur Erziehung und Familie / Frauen und Mädchen	-162	-220	zagidullin@paritaet-berlin.de
Zauter, Kathrin	Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-175	-240	zauter@paritaet-berlin.de
Zimmer, Andrea	Empfang	-200	-110	info@paritaet-berlin.de
Personalbüro	Personalverwaltung (Sprechstunde Mittwoch)	-135	-240	personalbuero@paritaet-berlin.de
Tagungsraum E.04: -117 Tagungsraum E.05: -118 Tagungsraum E.06: -119 Tagungsraum 1.14 -274 Tagungsraum 5.04: -115 Keller: -196				

Stiftung Parität Berlin

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin
Brandenburgische Straße 80 | 10713 Berlin

Telefon: 030 8 60 01 104
Fax: 030 8 60 01 260

menninger@paritaet-berlin.de

Paritätischer Berlin | Kollwitzstraße

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin
Kollwitzstraße 94 – 96 | 10435 Berlin

Telefon: 030 8 60 01 0
Fax: 030 8 60 01 110

info@paritaet-berlin.de
paritaet-berlin.de

Name	Bereich / Funktion	Telefon	Fax	Mail
Abou Ammar, Maen	Work for Refugees	-686	-660	abouammar@paritaet-berlin.de
Al Sukhi, Sondas	Work for Refugees	-688	-660	alsukhi@paritaet-berlin.de
Alt, Niklas	Bezirksbeauftragter für Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg / Freiwilliges Engagement	-612	-660	alt@paritaet-berlin.de
Derhalli, Reem	Work for Refugees	-689	-660	derhalli@paritaet-berlin.de
Göbel, Anika	Bezirksbeauftragte für Mitte, Spandau und Steglitz-Zehlendorf	-615	-660	goebel@paritaet-berlin.de
Hanjohr, Simone	Sekr. Geschäftsstelle Bezirke, Sekr. Innovation und Wirkung	-600	-660	hanjohr@paritaet-berlin.de
Jeglinski, Anne	Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke, Leiterin Innovation und Wirkung	-601	-660	jeglinski@paritaet-berlin.de
Lüderitz, Alke	Sekr. Teilhabe – von Menschen mit Behinderung / Straffälligen- und Opferhilfe / Offene Jugendarbeit	-556	-550	luederitz@paritaet-berlin.de
Meyer, Irina	Ref. Straffälligen- und Opferhilfe / Schuldner- und allgemeine Sozialberatung	-188	-550	meyer@paritaet-berlin.de
Panka, Dr. Christiane	Ref. Ambulante Pflege und Hospize	-502	-550	panka@paritaet-berlin.de
Peth, Christian	Bezirksbeauftragter für Pankow und Reinickendorf / Ref. Teilhabe – von Menschen mit Behinderung	-616	-660	peth@paritaet-berlin.de
Pleyer, Markus	Bezirksbeauftragter für Marzahn-Hellersdorf / Datenschutz	-623	-660	pleyer@paritaet-berlin.de
Riegel, Eva-Maria	Qualitätsmanagerin Pflege	-503	-660	riegel@paritaet-berlin.de
Sievert, Christian	Bezirksbeauftragter für Treptow-Köpenick / Ref. Offene Jugendarbeit	-613	-660	sievert@paritaet-berlin.de
Winnig, Lea	Bezirksbeauftragte für Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg / Selbsthilfe	-618	-660	winnig@paritaet-berlin.de
Wittek, Nadine	Geschäftsstelle Bezirke Verwaltung	-626	-660	wittek@paritaet-berlin.de
N.N.	Sekr. Ambulante Pflege und Hospize / Stationäre Pflege und Altenhilfe			
Zobel, Dr. Oliver	Ref. Stationäre Pflege und Altenhilfe	-501	-550	zobel@paritaet-berlin.de

Paritätische Akademie Berlin | Tucholskystraße

Paritätische Akademie Berlin gGmbH
Tucholskystraße 11 | 10117 Berlin

Telefon: 030 275 82 82 25
Fax: 030 275 941 44

paritaetische@akademie.org
akademie.org

Name	Bereich / Funktion	Telefon	Fax	Mail
Brosk, Ariane	Buchhalterin / Verwaltung	275 82 82-25 / -12	275 941 44	brosk@akademie.org / paritaetische@akademie.org
Brömer, Johanna	Bildungsreferentin	275 82 82-13	275 941 44	broemer@akademie.org
Fischer, Katharina	Bildungsreferentin	275 82 82-24	275 941 44	fischer@akademie.org
Fritzsche, Christin	Bildungsreferentin	275 82 82-23	275 941 44	fritzsche@akademie.org
Gallander, Stefanie	Prokuristin / Bereichsleitung Studiengänge	275 82 82-26	275 941 44	gallander@akademie.org
Hesse, Solvejg	Bildungsreferentin	275 82 82-27	275 941 44	hesse@akademie.org
Kant, Ina	Bildungsreferentin	275 82 82-28	275 941 44	kant@akademie.org
Lorenz, Melanie	Prokuristin / Öffentlichkeitsarbeit und Marketing	275 82 82-11	275 941 44	lorenz@akademie.org
Pekyigit, Asya	Bildungsreferentin	0152 22 92 70 84	275 941 44	pekyigit@akademie.org
Stapf-Fine, Heinz	Akademischer Leiter	275 82 82-20	275 941 44	stapf-fine@akademie.org
Steinmetz, Susanne	Bildungsreferentin	275 82 82-14	275 941 44	steinmetz@akademie.org
Turner, Rudi	Bildungsreferent	275 82 82-16	275 941 44	turner@akademie.org
Wanke, Hans-Jürgen	Geschäftsführer	860 01 -186	860 01 260	wanke@paritaet-berlin.de
Yüksel, Cengizhan	Bildungsreferent	275 82 82-15	275 941 44	c.yueksel@akademie.org
Yüksel, Dilek	Bildungsreferentin	275 82 82-17	275 941 44	yueksel@akademie.org
Runge, Gabriela Schubert, Tschuluunbator	Raumbuchung / Catering	275 82 82-18	275 941 44	raumbuchung@akademie.org

